Preußische Allgemeine Zeitung
Mit Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 6 – 13. Februar 2010
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ein seltenes Bilddokument aus dem Jahre 1945: Vor 65 Jahren wurde Dresden zerstört, wobei Zehntausende Zivilisten in einem längst entschiedenen Kriege einen sinnlosen Tod fanden. Unser Bild zeigt die Verbrennung von Leichen auf einem Rost aus Eisenbahnschienen mitten in der Stadt – eine Maßnahme zur Seuchenbekämpfung. Bis heute weiß die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland nicht recht, wie sie mit solchen Verbrechen an Deutschen angemessen und würdig umgehen soll.

Bild: F1 online

Doppelte Ohrfeige

Rüttgers Polemik gegen Steuersenkungen – Ist Merkel plötzlich gegen Kernkraft?

Die Spannungen in der Bundesregierung haben sich weiter verstärkt. Nachdem wochenlang die FDP nach einer Linie suchte, war es zuletzt die CDU, die durch scharfe Kurswechsel das Bild der Konfusion verstärkte. Wie es heißt, sind nun erstmals auch Angela Merkel und Guido Westerwelle hart aneinandergeraten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist für ihre Nervenstärke berühmt. Doch wenn die von ihr geführte Bundesregierung so weitermacht, könnte bald eine handfeste Koalitionskrise drohen. Zwei neue Fässer hat die CDU in dieser Woche aufgemacht und damit die in Umfragen mächtig angeschlagene FDP zusätzlich unter Druck gesetzt.

Der eine Vorstoß kam von CDU-Vize Jürgen Rüttgers, trifft aber nicht nur die Liberalen, sondern auch die Bundeskanzlerin: „Nordrhein-Westfalen wird keiner Steuersenkung zustimmen, die dazu führt, dass in unseren Städten und Gemeinden Theater und Schwimmbäder geschlossen werden müssen“, polterte der Ministerpräsident. Bis dahin mag es noch als Wahlkampfgetöse durchgegangen sein, doch dann zielte Rüttgers auf den Solarplexus der Kanzlerin: „Das Wohl meiner Kommunen ist mir wichtiger als Steuerentlastungen, für die in Wahrheit kein Geld da ist und die nicht automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führen.“

> CDU macht Druck: Wir brauchen Euch Liberale nicht!

So hat bisher nur die SPD argumentiert, und spätestens damit war klar, dass Rüttgers' Vorstoß nicht mit Merkels Zustimmung geschehen sein konnte, um der FDP eins auszuwischen – umso weniger, als Rüttgers an einer Bruchlandung seines Regierungspartners bei der Landtagswahl im Mai kaum gelegen sein kann.

Die andere überraschende Volte dieser Woche kam von Bundesumweltminister Norbert Röttgen, ebenfalls CDU. Er gilt als einer der getreuesten Gefolgsleute Merkels. Nun hat er zur Überraschung und auch zum Ärger vieler Parteifreunde für den Abschied von der Kernenergie geworben. Röttgen will eine Laufzeitverlängerung der Meiler von maximal acht Jahren – das ist das im Koalitionsvertrag fixierte Minimum. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) wirbt da für ganz andere Zusatz-Laufzeiten. Für die Liberalen war dieser Vorstoß deswegen eine doppelte Ohrfeige: Zum einen sind sie aus Überzeugung für die längere Nutzung der Anlagen, die übrigens auch in großem Stil CO_2-Freisetzungen vermeiden würde. Zum anderen interpretieren sie den Vorstoß Röttgens, der gewiss mit Merkel abgestimmt war (zumal die Kanzlerin Röttgen sofort gegen intern geäußerte Kritik aus den eigenen Reihen in Schutz nahm), auch als freundlichen Gruß der CDU an die Grünen in Nordrhein-Westfalen. Die grimmige Botschaft: Wir brauchen die FDP letztlich nicht!

Wie es heißt, sind Westerwelle und Merkel bei einem Routinetreffen der Koalition am Dienstag hart aneinandergeraten, wobei CSU-Vertreter sich diesmal auf die Seite des FDP-Chefs gestellt hätten. Die Fronten sind unübersichtlich in Berlin. *Konrad Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Pantomime

Auch wohlmeinende Beobachter verlieren allmählich die Geduld mit der schwarz-gelben Bundesregierung, die hinsichtlich ihres Programms und ihres Stils so gar nichts Bürgerliches und noch viel weniger christlich-liberale Substanz hat. War es wirklich eine überzogene Erwartung, dass eine von CDU, CSU und FDP gestellte Koalition ihre Arbeit zumindest nicht schlechter machen würde als das Bündnis aus Union und SPD? Schließlich fieberte die Sozialdemokratie in dieser Zeit längst in einer tiefen Identitätskrise dahin, die sich in schnellen Führungswechseln und kompletter Ratlosigkeit gegenüber den SED-Erben für jeden sichtbar ausdrückte.

Warum gelingt der schwarz-gelben Bundesregierung nichts? Warum treiben gestandene Politiker aller drei Koalitionsparteien fast täglich eine neue Sau durchs Dorf? Das Hin und Her in Sachen Steuern, Hartz IV und zuletzt Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke erweckt nicht mehr nur den Eindruck von Uneinigkeit, sondern geradezu von Konzeptionslosigkeit. Dieses Bild passt nicht zur Persönlichkeit der Kanzlerin, die zwar manches will, was Konservativen gegen den Strich geht, an deren Zielklarheit und Willensstärke es bisher aber keine Zweifel gab.

Im Grunde bleibt nur eine Erklärung für das wirre Bild: Was in Berlin momentan gespielt wird, ist virtuelle Politik, sozusagen Pantomime. Die Kassen sind so gähnend leer, dass erst nach der Landtagswahl im Mai die „richtige“ Regierungsarbeit anfängt. Vielleicht hatte das ja der CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich im Sinne, als er nun zum Besten gab, für die Bundesregierung beginne jetzt „der Ernst des Lebens“.

Große Politik in Königsberg

Laute Rufe nach der Ablösung Putins – Frust wurde unterschätzt

Bei den Mächtigen in Moskau liegen die Nerven blank: Über 10 000 Demonstranten in der strategisch wichtigen Exklave Königsberg, nur zwei Tage später 300 in Moskau, unter ihnen der Oppositionspolitiker Boris Nemzow, der zwei Tage zuvor in Königsberg Mitorganisator der Demonstration gewesen war.

Sergej Mironow, Vorsitzender des Föderationsrates, Chef der regierungsnahen Partei „Gerechtes Russland“ und dritter Mann im Land, kritisierte im Staatsfernsehen zur besten Sendezeit offen Putins Sozialpolitik. Und zu guter Letzt veröffentlichte die Denkfabrik „Insor“, deren Gründer Präsident Dmitrij Medwedew ist, ihren Zukunftsbericht, in dem radikale Reformen ähnlich wie die der 90er Jahren gefordert werden. Eine offene Abrechnung mit dem System Putin?

Offenbar hat die Regierung den Frust ihrer Untertanen unterschätzt. Bei früheren Protestaktionen war es dem Kreml stets gelungen, durch Druck und mit mehr Subventionen einen Flächenbrand zu verhindern. Derart laute Rufe nach der Ablösung Putins wie in Königsberg hat es noch nie gegeben. Erstmals zog die Opposition unter der Leitung der außerparlamentarischen Gruppe „Solidarnost“ – die Anspielung auf die polnische Bewegung ist gewollt – mit der größten Oppositionspartei, den Kommunisten, an einem Strang. Die Furcht der Regierung: Soziale Proteste in der Region könnten den schon lange erwarteten Machtkampf in Moskau beschleunigen und einen Systemwechsel einleiten, denn das Lager um Medwedew hat andere Pläne zur Lösung der Probleme als Putin. Für Medwedew könnte sich eine Chance bieten, aus Putins Schatten herauszutreten und sich als echte Nummer eins für die Präsidentschaftswahl 2012 in Position zu bringen. *M. Rosenthal-Kappi*

> Ist Dmitrij Medwedew bald die echte Nr. 1?

Ramsauer gegen Denglisch

»Ich will, dass bei uns wieder mehr Deutsch gesprochen wird«

In einer im Stimmungstief steckenden Bundesregierung sammelt Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) derzeit Popularitätspunkte. Bei den deutschen Vertriebenen hat der gelernte Müller und Unternehmer aus dem Berchtesgadener Land seit langem einen Stein im Brett, weil er 1991 mit einer Handvoll Getreuen gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ohne Klärung der vielen offenen Fragen in diesem Zusammenhang gestimmt hat.

Zuletzt machte er auf sich aufmerksam, weil er die Deutsche Bahn ermutigte, Schadenersatzansprüche gegen die Hersteller von ICE-Zügen zu prüfen. „Es darf nicht sein, dass Pulverschnee durch Lüftungsschlitze eindringt und die Elektronik lahmlegt“, monierte der Verkehrsminister. Die Bahn könne dafür nichts, habe aber den finanziellen Schaden und die Imageprobleme. „Deshalb sollten wir, wo immer das möglich ist, die Industrie haftbar machen.“ Der ICE solle schließlich nach Russland und in den Nahen Osten exportiert werden und müsse deswegen von minus 40 bis plus 40 Grad funktionieren.



Ramsauer

Wenige Tage zuvor hatte Ramsauer in seinem Ministerium den Anglizismen den Kampf angesagt. Er erließ für sein Haus ein striktes „Denglisch“-Verbot, seitdem heißt das „Travel Management“ im Verkehrsministerium wieder „Reisestelle“. Statt „Task Forces“ arbeiten bei Ramsauer künftig wieder „Projektgruppen“. Auch die „Public Private Partnership“ hat als Begriff ausgedient, stattdessen spricht man im Bundesverkehrsministerium jetzt von einer „Öffentlich-Privaten Partnerschaft“. Das „Inhouse Meeting“ heißt wieder „hauseigenes Seminar“ und „Deadlines“ heißen wieder „Abgabetermine“. „Ich will, dass im Haus wieder mehr Deutsch gesprochen wird“, erklärte Ramsauer mit Blick auf seinen Vorstoß. *PAZ*

MELDUNGEN

Deutschland als Vorbild?

Berlin – Von Deutschland lernen, dies schien das Motto des Besuchs des britischen Wirtschaftsministers Lord Peter Mandelson in Berlin zu sein. Die Finanzkrise habe in Großbritannien zu der Erkenntnis geführt, dass das Land sich zu sehr in Abhängigkeit der Finanzbranche begeben sowie andere Branchen und moderne Technologien vernachlässigt habe, erklärte Mandelson sinngemäß. In Deutschland hätten Wissenschaft und Wirtschaft dagegen viel besser zusammengearbeitet. Ziel der Briten ist es nun, ein Institut wie die 1949 in München gegründete Fraunhofer-Gesellschaft zur Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auch in England aufzubauen. Die Fraunhofer-Gesellschaft gilt als Europas führende Organisation für angewandte Forschung. *Bel*

Böse Blamage mit dem ICE

Berlin – Eine böse Blamage muss die Deutsche Bahn mit ihrem „Paradepferd“, dem ICE, hinnehmen: Wegen seiner Kälteanfälligkeit mussten zahlreiche Züge in die Werkstatt und ausgerechnet der größte Konkurrent des ICE, der französische Hochgeschwindigkeitszug TGV, ersetzt nun zwei deutsche Züge auf der Strecke Berlin–Paris. Auch wurden sechs bereits eingemottete Diesel-ICE wieder fahrtüchtig gemacht. Nicht nur den besten Zügen der Bahn setzt die lange Frostperiode durch Eisklumpen am Fahrwerk und Schnee in der Elektronik erheblich zu. Auch Kälteschäden bei anderen Zugmodellen sowie an Gleisanlagen und an der Stromzufuhr verzögern den Betrieb und führen zu massenhaften Verspätungen. Zu allem Überfluss werden den Bahnreisende oft nicht rechtzeitig und umfassend informiert, so dass sie unwissend und frierend an den Gleisen warten müssen. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Pensionen als Zeitbombe

Der Deutsche Beamtenbund ist empört über den Vergleich, den das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) zwischen Renten und Pensionen gezogen hat. Doch der Kern des vom IW angesprochenen Problems liegt weniger in der vergleichsweise guten Altersversorgung der Beamten, als vielmehr in der Tatsache, dass Bund und Länder für diese kaum Rücklagen gebildet haben und die Pensionen deswegen aus den laufenden Einnahmen finanzieren müssen. Die Länder beschäftigen derzeit 1,3 Millionen Beamte. Ihre Versorgungsaufwendungen steigen laut IW von aktuell 17,9 auf bis zu 107,4 Milliarden Euro im Jahr 2050. Die Länder seien ab 2030 gezwungen, fast 15 Prozent ihrer gesamten Steuereinnahmen für pensionierte Beamte aufzuwenden, warnt das Institut. *Bel*

1.670.151.880.026 €

Vorwoche: 1.667.457.218.425 €
Verschuldung pro Kopf: 20 430 €
Vorwoche: 20 397 €

(Dienstag, 9. Februar 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Fracksausen in Dresden

7000 Polizisten sollen in der Elbmetropole den Zusammenprall rechter und linker Extremisten verhindern

Zum 65. Jahrestag der sinnlosen Zerstörung der Stadt am 13./14. Februar 1945 droht ein Zusammenstoß rechts- und linksradikaler Demonstranten. Die Verantwortlichen in der Stadt und linke „Gutmenschen“ haben durch mehr als ungeschicktes Taktieren Gratiswerbung für den womöglich größten Aufmarsch von Rechtsradikalen in Europa seit Jahrzehnten gemacht.

Niemand kann den Verantwortlichen in Dresden vorwerfen, ihnen wäre die Zerstörung des legendären „Elbflorenz“ vor nunmehr 65 Jahren gleichgültig oder es gäbe kein angemessenes Gedenken für die unzähligen Toten: Anders als in vielen anderen im Luftkrieg zerstörten deutschen Städten hat sich in Dresden eine Gedenkkultur entwickelt. Unter Mitwirkung von Vertretern aus Großbritannien und den USA, darunter sogar ehemaligen Bomberpiloten, hat dieses Gedenken einen eindrucksvoll völkerverbindenden Charakter gewonnen.

Und doch ist es weit rechts stehenden und auch rechtsradikalen Kräften seit der friedlichen Revolution von 1989 gelungen, das Gedenken an diesen Luftangriff zu einem festen Termin im Kalender ihrer Demonstrationen zu machen. Unvergessen ist das Gruppenbild der drei rechten Anführer Franz Schönhuber (Republikaner), Gerhard Frey (DVU) und Udo Voigt (NPD) vom 13. Februar 2005. Eine „Einheitsfront“ an der äußersten Rechten schien sich abzuzeichnen. Die hat dann zwar nicht lange gehalten, doch die Teilnehmerzahlen des alljährlichen Dresden-Gedenkens von Rechtsaußen sind weiter gestiegen.

Im vergangenen Jahr registrierte die Polizei 6700 Demonstranten, in diesem Jahr werden bis zu 10 000 Mitglieder und Sympathisanten von NPD, DVU und weiteren Gruppen am rechten Rand erwartet – es könnte der größte „rechte“ Aufmarsch in Europa seit Jahrzehnten werden. Ihre Slogans schwanken zwischen ziemlich geschmackloser Polemik gegen den damaligen „Bombenholocaust“ und eher banalen Parolen wie „Nie wieder Bombenterror“.

Fragt man nach den Ursachen der steigenden Teilnehmerzahlen der rechten Umzüge, dann landet man mitten in den Peinlichkeiten des bundesdeutschen „Kampfes gegen Rechts“. Das legitime Ziel, der NPD eine Bühne zu entziehen, wurde mit so wenig Verstand verfolgt, dass am Ende immer wieder Gratiswerbung für die Rechtsaußen daraus wurde.

Dass die offiziellen Gedenkveranstaltungen sich auch von demjenigen Teil der „Rechten“ schroff abgrenzen, der noch klar innerhalb des Verfassungsbogens steht, ist vielleicht organisatorisch nicht zu vermeiden. Problematischer ist die fehlende Grenzziehung zu Linksextremisten. Es gibt „erlebnisorientierte“ Krawalltouristen auch und gerade mit rotem Anstrich – solange sie nur sagen, sie seien „gegen Rechts“, sind sie gesellschaftlich weitgehend akzeptiert. Die unsäglichen Parolen, die von dieser Seite in den zurückliegenden Jahren immer wieder skandiert wurden, haben aber nicht wenige Dresdner dermaßen verärgert, dass sie nun ihrerseits den offiziellen Gedenkveranstaltungen den Rücken kehren.

Ein Extrembeispiel dafür mag die Parole „Bomber Harris, do it again!“ („Bomber Harris, auf ein Neues!“) sein, die am Rande der Dresdner Gedenkveranstaltungen wiederholt von Linksradikalen auf Transparenten hochgehalten wurde. Nun ist es eine unbestrittene Tatsache, dass der von Sir Arthur Harris organisierte Luftkrieg gegen deutsche Städte mehrere Hunderttausende Zivilisten das Leben gekostet hat und auch militärisch weitgehend sinnlos war. Naturgemäß waren die Opfer überwiegend Frauen, Kinder und Alte, die Männer waren ja im Feld. Dennoch hatten Strafanzeigen gegen diese unsägliche Parole keinerlei Erfolg. Weder den Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) noch den der Billigung von Straftaten oder den der Herabwürdigung des Andenkens Verstorbener sahen deutsche Gerichte als erfüllt an. Wer die in den letzten Jahren immer rigideren Standards bei § 130-Prozessen gegen Rechtsradikale kennt, kann darüber nur den Kopf schütteln. Aber nur wenigen Politikern und Richtern scheint zu schwanen, dass solche Entscheidungen Wasser auf die Mühlen derer sein können, die man eigentlich bekämpfen will.

Vergeblicher Versuch, die Demonstration zu verbieten

Während deutsche Gerichte „rechte“ und „linke“ Fälle von Beleidigung und Volksverhetzung inzwischen ganz offen unterschiedlich beurteilen, gilt beim Demonstrationsrecht immer noch „gleiches Recht für alle“ und in der Folge recht weitgehende Freiheit. Der Staat darf zwar einzelne Bereiche sperren – etwa das Brandenburger Tor – muss aber damit leben, dass auch radikale, geschmacklose und äußerst verquere Positionen auf Demonstrationen artikuliert werden. Insbesondere darf der Staat sich nicht damit herausreden, dass eine Demo so starke und gewaltbereite Gegenkräfte auf den Plan rufe, dass deswegen die primäre Kundgebung verboten werden dürfte.

Weil das so ist, muten auch die Versuche, die „rechten“ Demonstrationen zum Dresden-Jubiläum schlicht verbieten zu lassen, hilflos an. Sachsen hat nun sogar sein Versammlungsrecht geändert, um am 13./14. Februar Kundgebungen in der Dresdner Innenstadt verbieten zu können. Doch das Verwaltungsgericht Dresden hat ein entsprechendes Verbot bereits gekippt, von der nächsthöheren Instanz erwarten Experten keine andere Haltung. Die NPD kann sich jedenfalls über weitere Gratiswerbung freuen.

Ein Musterbeispiel für das wahrhaft beschränkte Niveau, auf dem in Dresden dem braunen Spuk entgegengetreten wird, gab vor Jahresfrist der damalige Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), „Rechte haben auf Dresdens Straßen nichts zu suchen“, erklärte er wörtlich auf der Auftaktveranstaltung der offiziellen Gedenkkundgebung. So mancher konservative, also ebenfalls „rechte“ Sachse mag sich da gefragt haben, warum der SPD-Politiker die Straßen seiner Landeshauptstadt nicht beispielsweise auch für über 50-Jährige oder Angehörige der Blutgruppe B sperren möchte. Tiefensees Appell, man dürfe „nicht hinter den Gardinen sitzen“ und nur still gedenken, mag sich der eine oder andere zu Herzen genommen haben – und am Sonnabend bei den Rechtsaußen mitmarschieren.

Medienberichten zufolge hat der Freistaat Sachsen ein Großaufgebot von 6000 bis 8000 Polizisten angefordert, Richter und Staatsanwälte zum Bereitschaftsdienst eingeteilt und im Dresdener Gefängnis Zellen räumen lassen. Der 13. Februar kann also kommen. *Konrad Badenheuer*



Mit Plakaten gegen Nazis: Dresden bereitet sich auf den Jahrestag vor. Bild: ddp

Von Teheran in die Enge getrieben

Russland hat im Konflikt mit dem Iran nur wenig eigenen Gestaltungsraum

In der Kontroverse um die Anreicherung von Uran im Iran haben die bisher diskutierten Verhandlungslösungen eines gemeinsam: Bei der Umsetzung aller solcher Abmachungen, wie immer man diese bezeichnen oder bewerten mag, würde Russland eine wesentliche Rolle übernehmen. Nicht ganz freiwillig, denn – und das wird viel zu wenig beachtet – die Iran-Krise hat Russland in ein arges Dilemma gebracht.

Die UdSSR hatte einst jene unterstützt, die eine antiwestliche Politik betrieben oder versprachen. Ideologie war sekundär, auch im Fall Iran. Nach dem Zerfall der UdSSR war zunächst Pause, bis der Nachfolgestaat Russland sich nach Jahren, vor allem seit Beginn der Ära Putin, mit neuem Selbstbewusstsein zurückmeldete, auch in der Dritten Welt. Allerdings war dort inzwischen das erstarkte China nachgerückt, das heute mancherorts bereits wichtigster Wirtschaftspartner und als UN-Vetomacht zugleich ein mächtiger politischer Protektor ist.

Russland schloss 1995 mit dem Iran einen Vertrag ab zur Neuerrichtung des von Siemens und AEG noch in der Schah-Zeit fast fertiggestellten, doch im Iran-Irak-Krieg größtenteils zerstörten Atomkraftwerks Buschehr am Golf. Warum aber ist das Werk bis heute nicht in Betrieb, trotz wiederholter Verkündung von Eröffnungsterminen? Die in den letzten Jahren kolportierten Zwistigkeiten um Zahlungen und Reklamationen sind nur diplomatische Verschleierung dafür, dass sich die bilateralen Beziehungen drastisch verschlechtert haben.

Gute Beziehungen gehören der Vergangenheit an

Bezeichnend war, dass jüngst der Iran die Überstellung eines Su-27-Jägers zur internationalen Luftfahrtmesse in Bahrain untersagte – um sie dann doch zu erlauben. Bezeichnend ist auch die unterschiedliche Darstellung von Ereignissen im Kaukasus. Als etwa Georgien den einzigen russischen, erst im Januar in Betrieb gegangenen TV-Kanal einstellte, war das für „Russia Today“ (RT) eine Schikane Georgiens. Der iranische Kanal Press TV übernahm die georgische Version: Eutelsat habe auf russisches Betreiben die Übertragung abgedreht. Vor zwei Wochen brachte RIA-Novosti sogar eine lange Aufzählung, betitelt „Eisige Kälte zwischen Russland und Iran“. Was sich als Schuss vor den Bug deuten lässt und bei der iranischen Führung nicht wirkungslos verhallt sein dürfte.

Für die Welt deutlich sichtbar war auch anderes, was arge Irritationen auslösen musste: Präsident Ahmadinedschad war, obwohl der Iran nur Beobachterstatus hat, im Juni 2009 beim Gipfeltreffen der „Schanghai-Gruppe“ in Jekaterinburg erschienen und hatte so Russland genötigt, die umstrittene Präsidentenwahl anzuerkennen. Im September musste Präsident Medwedjew just von Amtskollegen Obama über die bis dahin geheimen Bauarbeiten an der Uran-Anreicherungsanlage bei Qom erfahren. Und im Dezember kündigte Ahmadinedschad Ersatzansprüche für die während des Weltkriegs von den Alliierten im Iran angerichteten Schäden an – was natürlich auch Russland betrifft.

Vor allem aber wurde das Gezerre um das iranische Atomprogramm für Russland zur schweren Belastung, bei der jede denkbare Haltung auch große Nachteile brächte: Bloß die Inbetriebnahme von Buschehr und die Auslieferung des hochmodernen Luftabwehrsystems S-300 weiter hinauszuzögern, befriedigt den Westen wenig, lässt Russland aber in der Dritten Welt als unzuverlässigen Partner erscheinen und ist Wasser auf die Mühlen Chinas, vor dem sich Moskau ohnehin weit mehr fürchtet als zugegeben.

Noch ärger wäre es, voll auf die westliche Linie einzuschwenken bis hin zur Billigung militärischer Gewalt – dies umso mehr als sich ja alle Beteiligten bewusst sind, welche Doppelmoral in der Frage herrscht, wer allenfalls Atomwaffen haben darf und wer nicht. Schwenkt man aber auf Chinas Linie ein und blockiert, beschädigt das die Beziehungen zum Westen, führt dem Rest der Welt aber erst recht vor Augen, dass man verglichen mit den USA und China nur mehr in der zweiten Liga spielt. *Richard G. Kerschhofer*

1000 Interessierte bei Steinbach

Im Streit um die Berufung von Erika Steinbach in das Vertriebenenzentrum in Berlin deutet sich Bewegung an. Zu Wochenbeginn wurde vermeldet, dass sich die Chefs der Regierungsfraktionen und Kulturstaatsminister Bernd Neumann am Donnerstag mit der BdV-Präsidentin treffen wollten. Für denselben Tag habe Steinbach das Präsidium des Bundes der Vertriebenen einberufen. Das Thema Vertreibung lockt unterdessen so viele Interessierte an, wie lange nicht mehr. Als die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion am 1. Februar zu einem „Werkstattgespräch“ zum Thema „Vertrieben, aber nicht vergessen – Erinnerung lebendig halten“ mit Frau Steinbach einlud, meldeten sich rund 1000 Interessenten an. Die Diskussion musste daraufhin aus dem Plenarsaal des Landtags in ein Kongresszentrum verlegt werden. Der Landtagsabgeordnete Horst Westkämper (CDU) konnte die Rettung des Westpreußischen Landesmuseums durch Landesmittel zusagen. Erika Steinbach erntete viel Applaus; Unmut äußerte das Publikum, als sie an den Kurswechsel des jetzigen Außenministers Westerwelle in Sachen „Vertriebenenzentrum“ in Berlin erinnerte. *Jochen Zauner*

Übereifer schadet auch

Von Harald Fourier

Vor einer Woche war mal wieder das Jugendamt bei einem Vater im Prenzlauer Berg, der mit seiner Familie, darunter kleine Kinder, im Dreck hauste. Die Staatsbediensteten nahmen den Rabeneltern ihre Kinder weg und brachten sie in ein Jugendheim. Solche Geschichten stehen oft in der Zeitung: Eltern überfordert, Kinder ins Heim gebracht. Wir merken nur noch bei den spektakulären Fällen wie „Kevin“ (lag im Kühlschrank bei seinem Bremer Stiefvater) oder „Jessica“ (verhungerte in Hamburg, angekettet an die Heizung in der Wohnung ihrer Eltern) auf.

Immer wieder hieß es hinterher, die Behörden hätten weggesehen oder seien so überlastet, dass sie sich nicht um diesen Fall hätten kümmern können. Die Angst nicht rechtzeitig und beherzt genug einzugreifen, lastet inzwischen wie ein Stein auf dem Gewissen vieler Jugendamtsmitarbeiter. Deswegen wächst nun die Gefahr, dass verunsicherte Mitarbeiter ins andere Extrem verfallen und Kinder ohne hinreichenden Grund aus der Familie holen? Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Geschichte von Viola Fechner. Der dreifachen Mutter aus Mariendorf wurde ihre Tochter entzogen. Warum, weiß sie bis heute nicht.

Alles fing damit an, dass Viola Fechner vor knapp zwei Jahren Geld vermisste. Sie verdächtigte ihre damals 14-jährige Tochter, brachte es aber nicht übers Herz, selber mit ihr zu reden. Eine Freundin sollte vermitteln. Doch die ging mit der Tochter zum Jugendamt, und so nahm die Geschichte ihren Lauf.

Der Staat nahm das Mädchen in Obhut, und alle juristischen Bemühungen der Mutter um „Herausgabe“ scheiterten. Die Verantwortlichen aus der Verwaltung geben sich wortkarg. Irgendwie weiß niemand so recht, warum das Jugendamt so drastisch gehandelt hat. Die Presse hat über den Fall berichtet, aber das Mädchen ist trotzdem nicht wieder zur Mutter zurückgekehrt.

Es lässt sich nachweisen, dass die Zahl von Sorgerechtsentzügen und Inobhutnahmen angestiegen ist, nachdem sich in den vergangenen Jahren so viele spektakuläre Fälle ereignet haben. In Bremen beispielsweise war nach dem Fall „Kevin“ eine Zunahme von weit mehr als 100 Prozent verzeichnet worden.

Es ist aber niemandem damit geholfen, wenn Ämter massenhaft überreagieren, weil sie vorher in Einzelfällen nicht die notwendige Sorgfalt an den Tag gelegt haben. Der Staat sollte sich so wenig wie möglich in das Familienleben einmischen und nur im äußersten Notfall Kinder von ihren Eltern trennen.

Einsam im roten Meer

Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber wird zur Zielscheibe linker Attacken



„Linkslastiger Verein“: Schröders einstiger Regierungssprecher Uwe Carsten Heye stellt eine neue Kampagne von „Gesicht zeigen“ vor

Bild: imago

Nach der Brandstiftung im sogenannten „Haus der Demokratie“ nehmen Linke die Zossener Bürgermeisterin Michaela Schreiber unter Feuer: Sie tue nicht genug gegen Rechtsextremismus. Schreiber hatte dem Anti-Rechts-Verein „Zossen zeigt Gesicht“ Linkslastigkeit vorgeworfen.

Am 23. Januar steckte ein 16-jähriger Jugendlicher im Städtchen Zossen südlich von Berlin eine Baracke in Brand. Dort hatte der Verein „Gesicht zeigen“ ein „Haus der Demokratie“ eingerichtet. Vorsitzender des Vereins ist Kanzler Schröders einstiger Regierungssprecher Uwe Carsten Heye, der zuletzt 2006 in die Schlagzeilen geraten war, als er im Vorfeld der Fußball-WM ausländischen Gästen von einem Besuch großer Teile Deutschlands dringend abgeraten hatte (das seien „No-go-areas“ für Ausländer).

Nach dem Anschlag nahm „Gesicht zeigen“ umgehend Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber unter Feuer. Der örtliche Verein „Zossen zeigt Gesicht“ warf ihr „politische Brandstiftung“ vor, weil Schreiber die Aktivitäten des Vereins nicht unterstützt habe. Tatsächlich hatte sich die Bürgermeisterin von den Vereinsaktivitäten schon länger wenig begeistert gezeigt. Mehr noch hatte Schreiber Heyes Verein Linkslastigkeit vorgeworfen. „Wer sich so verhält, begünstigt die Feinde der Demokratie“, behauptet nun die Geschäftsführerin von „Zossen zeigt Gesicht“, Rebecca Weis.

Schreiber weist den Vorwurf zurück. Sie habe schließlich selber Aktionen gegen Rechtsextremismus durchführen lassen. So ließ sie zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar die Sirenen heulen. Dennoch zeigt sie Distanz zu den zahlreichen meist staatlich alimentieren Anti-Rechts-Vereinen. Im ganzen Landkreis Teltow-Fläming, zu dem Zossen gehört, gibt es nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes bei mehr als 160000 Einwohnern etwa 70 Rechtsextremisten, die sich „Freie Kräfte Teltow Fläming“ nennen.

> »Gesicht zeigen«-Chef Uwe Carsten Heye hatte zur WM 2006 Ausländer nachdrücklich vor einem Besuch in Deutschland gewarnt

Der Groll von „Gesicht zeigen“ sowie linken Parteien und Gruppierungen dürfte denn auch andere Gründe haben als mangelndes Engagement der Zossener Bürgermeisterin gegen Rechtsextremismus. Die 17000-Einwohner-Gemeinde ist eine der wenigen Städte im roten Brandenburg, die keinen roten Bürgermeister haben. Allerdings war hier nicht die CDU, sondern eine Bürgerinitiative mit dem sinnigen Namen „Plan B“ erfolgreich. Sie stellt im Kreistag zwei Abgeordnete, im Stadtparlament von Zossen ist sie sogar etwa so stark wie SPD und Linke zusammen. In der Stichwahl um das Amt des Bürgermeisters erhielt Michaela Schreiber von „Plan B“ 2003 63,5 Prozent der Stimmen. „Zossen ist demokratisch unterentwickelt“, zeterte der SPD-Landtagsabgeordnete Christoph Schulze.

Die Bürgermeisterin hat es seither verstanden, Geld und Unternehmen in den Ort zu locken. Ihr Rezept: niedrige Steuern. Der Gewerbesteuerhebesatz ist mit 200 Prozent so gering wie nirgendwo anders in Brandenburg. Bereits zwei internationale Konzerne haben ihren Firmensitz in den kleinen Ort verlegt. Zwar schimpfen SPD und Linke von verschenkten Steuereinnahmen und vom „Steuerparadies Zossen“, aber 71 weitere Unternehmen wollen nach Zossen umziehen. Das bedeutet Geld für die Stadtkasse und Arbeitsplätze für die Bewohner.

Das Städtchen musste gar wegen zu reichhaltiger Steuereinnahmen eine Ausgleichsabgabe von 70000 Euro an den Kreis abführen. Mit anderen Worten: Die beiden Linksparteien können, wenn diese Entwicklung so weiter geht, einen Wahlerfolg in Zossen vergessen.

Insofern wundern sich Beobachter vor Ort nicht, dass SPD und Linkspartei nun auf anderem Wege versuchen, gegen Schreiber und „Plan B“ Terrain zu gewinnen. Der Vorwurf, nicht genug gegen Rechtsextremismus zu tun, wurde schon vor dem Brandanschlag des 16-jährigen Jugendlichen vorgebracht. Für linken Argwohn sorgte Frau Schreiber in der Vergangenheit auch dadurch, dass sie Extremisten jeglicher Couleur den Kampf ansagte. Der Sprecher der „Plan B“-Fraktion im Zossener Stadtrat, Robin Lewinsohn, bekräftigte, seine Gruppe sei gegen „jede Form von Extremismus“, auch gegen den von links. Für vergangenes Wochenende war ein Aufmarsch von Berliner Linksautonomen in Zossen angekündigt worden. Die Polizei rückte mit 130 Beamten aus, um die vermutlich gewalttätigen Linksextremisten zu empfangen. Die überlegten es sich jedoch kurzfristig anders und blieben in Berlin. *Hans Lody*

Millionengrab Brandenburg

Potsdam: Prestigeprojekte statt Pflege des Kulturerbes

Das Land Brandenburg klagt über leere Kassen, doch in Potsdam setzen Politiker immer noch falsche Schwerpunkte: Vom Landtag auf dem Brauhausberg und seiner Sanierung über das Niemeyer-Bad bis zur Stadtbibliothek – die Liste Potsdamer Investitionsruinen der öffentlichen Hand ist lang. Kritiker monieren: Statt Kultur, bauliches Erbe oder wenigstens einige öffentliche Arbeitsplätze angemessen zu fördern, pumpe das Land Millionen in fragwürdige Prestigeobjekte.

Nur vergleichsweise bescheidenen Einsatz zeige Potsdam bei Investitionen in Wirtschaft, Technologie und Unternehmensgründer, bei denen auch Erfolge zu verzeichnen seien.

Bis zu 35 Millionen Euro soll ein neues Potsdamer Spaßbad kosten. Die Politik hat auf eine Sehenswürdigkeit von Rang und einen Touristenmagneten gehofft. Jetzt hat das Land nach jahrelanger Vorplanung, bei der schon ein Vertrag mit dem brasilianischen Star-Architekten Oscar Niemeyer abgeschlossen worden war, die Notbremse gezogen. Die 80-Prozent-Beteiligung an den Kosten ist der rot-roten Landesregierung nun zu viel. Vom Tisch ist das Projekt indes noch nicht.

> 80 Millionen für ein Landtagsgebäude auf Abruf

Auch beim Brauhausberg, einst Sitz der Kriegsschule, jongliert Platzecks rot-rote Regierung mit Millionen. Der Landtag soll eigentlich in eine äußerliche Rekonstruktion des Potsdamer Stadtschlosses einziehen. Dennoch soll der jetzige Sitz noch einmal teuer renoviert werden. Ganze 80 Millionen Euro wurden 2005 als „Finanzierungsbedarf“ dafür ermittelt. Dabei steht die Kostenaufteilung für den städtebaulich wertvollen Schloss-Aufbau noch in den Sternen. Die Landesregierung riskiert bei solcher Planung, mittelfristig zwei Parlamentsgebäude bezahlen zu müssen.

Als sinnvollere Investition sticht allein das Potsdamer Zentrum für Technologie (pct) hervor. Die „erste Adresse für Unternehmen aus Dienstleistung und Technologie“ hat eine solche Nachfrage zu verzeichnen, dass es weiter ausgebaut werden muss. Rund 40 Firmen mit etwa 140 Mitarbeitern arbeiten dort bereits, Tendenz steigend. Mitte Dezember war Richtfest für einen zweiten Bauabschnitt, der vor allem Absolventen von Potsdamer Hochschulen einen günstigen Raum für eigene Unternehmensgründungen bieten soll. 15,5 Millionen Euro kostet diese Investition den Steuerzahler, doch die könnten sich ziemlich bald für die gesamte Region bezahlt machen. *SV*

Chance vertan

Berlin: Schinkels Bauakademie wird nicht wiederaufgebaut

Über der Wiederherstellung von Berlins historischer Mitte scheint kein guter Stern zu stehen. Wie der Berliner Liegenschaftsfonds am 8. Februar mitteilte, wurde jetzt das Vergabeverfahren für einen europaweiten Wettbewerb zur Rekonstruktion der Schinkelschen Bauakademie (erbaut 1836 von Karl Friedrich Schinkel, abgerissen 1962) eingestellt. Als Grund wurde angegeben, dass die Stadt keinen passenden Investor gefunden habe.

Das vorgelegte Angebot des Unternehmers Hans Wall, der 15 Millionen Euro für den Wiederaufbau stiften wollte, wurde abgelehnt, da es nicht den vom rot-roten Senat festgelegten Bedingungen entsprochen habe. Diese sehen vor, dass ein privater Investor das Gebäude zwar zu 100 Prozent zu finanzieren, aber dann zu 75 Prozent der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen habe, in diesem Fall also der Architekten-Akademie.

Dieses Finanzierungsmodell lässt erkennen, wie wenig dem Senat augenscheinlich an dem architekturgeschichtlichen Vermächtnis der Stadt gelegen ist. So verglich der „BZ“-Kolumnist Gunnar Schupelius dieses Ansinnen mit der Bitte an einen Dritten, ein Auto zu kaufen, in dem dieser aber nur drei Monate im Jahr fahren dürfe, während es die übrige Zeit dem Bittsteller zur Verfügung zu stellen sei.

> Senat ließ Großspender abblitzen

Trotzdem hatte Berlin Glück: Hans Wall hatte sich vom engagierten Kulturstaatssekretär André Schmitz für die Idee des Wiederaufbaus begeistern lassen und die enorme Summe von 15 Millionen Euro als Spende angeboten. Einzige Bedingung: Der Senat müsse dafür sorgen, dass die Summe nicht überschritten werde. Andernfalls hätte die Stadt für die Mehrkosten aufzukommen.

Doch genau aus dieser Angst, dass eine Verteuerung der Baukosten eintreten könnte, hat sich der Senat die vergangenen 21 Monate – solange stand Walls Angebot – geweigert, eine Zusage zu geben.

Ende Januar dieses Jahres verlor der Unternehmer deshalb die Geduld und zog sein Angebot zurück. Denn die vorgesehene Summe sollte zu einem Drittel aus Steuergutschriften finanziert werden. Diese aber sind Ende vergangenen Jahres abgelaufen.

Damit stünden nun „nur“ noch zehn Millionen Euro zur Verfügung – gesetzt, Hans Wall erklärt sich zu einem zweiten Anlauf bereit. Bewegen aber müsste sich der Senat von Berlin. *Peter Westphal*

Zeitzeugen



Norbert Blüm – Seine Versicherung, dass die Rente sicher sei, hatte schon, als er von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung war, einen bitteren Beigeschmack: Sicher ja, aber in welcher Höhe? Bereits damals zeichnete sich die massive Überalterung der Gesellschaft ab.

Kurt Biedenkopf – „Die langfristig einzige Lösung ist eine aus Steuern finanzierte Grundsicherung, die für alle Bürger gleich ist", so der ehemalige sächsische Ministerpräsident zur Rente der Zukunft. Der CDU-Politiker plädiert seit drei Jahrzehnten für ein Umdenken bei der Rente. „Jeder Einwohner, der in Deutschland 25 Jahre Steuern bezahlt hat, bekommt sie bei Erreichen der Altersgrenze. Sie beträgt rund 50 Prozent des Pro-Kopf-Volkseinkommens, derzeit rund 850 Euro brutto."



Frank Bsirske – „Wir brauchen eine Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt", so der Verdi-Vorsitzende, der sich ausdrücklich für eine Verlängerung der Altersteilzeit ausspricht. Bsirske wirft den Arbeitgebern „glatte Ignoranz" realen Arbeitsbedingungen vor. Nur wenige Erzieherinnen, Krankenschwestern oder Müllwerker könnten bis zum Rentenalter ihrer Arbeit nachgehen.

Hans Werner Sinn – Der Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München wies bereits 2003 darauf hin, dass sich bis zum Jahr 2035, dem Höhepunkt der demographischen Krise unseres Volkes, die Zahl der Alten relativ zur Zahl der Jungen verdoppeln werde. Der Ökonom spricht sich seit langem für deutlich weniger Rente für Kinderlose aus. Er ist überzeugt, dass ein „sehr großer Teil der Renten" in 30 Jahren nicht mehr über dem Sozialhilfeniveau liegen werde.



Olaf Scholz – Stolz verkündete der damalige Arbeitminister 2008, im Interesse der Rentner den Riester-Faktor, der eine anstehende Rentenerhöhung um 0,6 Prozentpunkte reduziert, ausgesetzt zu haben. Dieser war 2001 von der rot-grünen Regierung für mehr Generationsgerechtigkeit eingeführt worden. 2009 wollte der SPD-Politiker noch kurz vor der Bundestagswahl die Förderung der Altersteilzeit um fünf Jahre verlängern, doch das gelang ihm nicht mehr.

Einigung auf Kosten Dritter

Altersteilzeit: Wie eine gute Idee zum Wohlfühlgeschenk verkommt

In mehreren Städten Deutschlands streiken Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes. Die Tarifverhandlungen stocken, denn die klammen Kommunen können kaum Lohnerhöhungen finanzieren. Verzweifelt prüfen die Kämmerer, was sie den Gewerkschaften anbieten könnten. Eine Möglichkeit wäre die Verlängerung der Altersteilzeit, denn die geht auf Kosten anderer.

„Wir können das ganze Paket aufschnüren, wenn die Arbeitgeber uns bei der Altersteilzeit sowie der Entgeltordnung endlich Verhandelbares auf den Tisch legen", gibt sich der Deutsche Beamtenbund verhandlungsbereit. Auch die Gewerkschaft Verdi hat deutlich gemacht, dass sie von ihrer Fünf-Prozent-Forderung ablassen würde, wenn beispielsweise die Altersteilzeit neu geregelt würde.

Arbeitministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist allerdings nicht gewillt, die zum 31. Dezember 2009 ausgelaufene Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit zu verlängern. „Demographischer Wandel und absehbarer Fachkräftemangel gebieten es vielmehr, die Erwerbsbeteiligung Älterer zu erhöhen und generell Arbeitgeber wie Arbeitnehmer zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen zu ermutigen", so eine Sprecherin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf Anfrage der *PAZ* und verweist auf den Koalitionsvertrag. Das ansonsten wenig konkrete Vertragswerk sagt zum Thema Altersteilzeit: „Staatliche Anreize zur faktischen Frühverrentung werden wir beseitigen."

50 Prozent arbeiten, 75 Prozent verdienen

Allerdings stellt die Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit, die diese 2009 291 Millionen Euro gekostet hat, nur einen Teil der Förderung von Altersteilzeit dar. Hinzu kommt die Förderung mittels Steuer- und Abgabenfreiheit des Aufstockungsbeitrags. Diese Möglichkeit zur Altersteilzeit besteht weiterhin, wenn sie in den Tarifverträgen vereinbart ist. Und diese sehen für 50-Prozent-Teilzeitarbeit Aufstockungen je nach Branche auf 70 bis 82 Prozent des jeweiligen Gehaltes vor. Wie viel allein dieser Verzicht auf Steuern und Sozialbeiträge für die rund 420 000 Arbeitnehmer in Altersteilzeit kostet, ist keiner öffentlichen Broschüre zu entnehmen.

Die Grundidee hinter der Altersteilzeit ist, dass ältere Arbeitnehmer, die Jahrzehnte im Berufsalltag standen, einige Jahre vor Renteneintritt ihre Arbeitszeit reduzieren und so sanft in den Ruhestand gleiten. Auch sah die Theorie vor, dass so schneller Arbeitsplätze für jüngere Arbeitnehmer und Arbeitslose frei werden. Doch in der Praxis ist die Altersteilzeit vor allem eine Chance für Arbeitnehmer, früher in Rente zu gehen. So nutzen 90 Prozent das „Blockmodell". Dieses sieht vor, dass beispielsweise ab dem 55. Geburtstag drei Jahre weiter Vollzeit zu beispielsweise 75 Prozent des Gehaltes gearbeitet wird und danach drei Jahre zu 75 Prozent des Gehaltes ganz daheim geblieben wird. Ab dem 62. Lebensjahr gibt es dann die reguläre Rente mit den gesetzlich geregelten Abschlägen.

Auch für Arbeitgeber ist Altersteilzeit attraktiv, denn sie können so älteres Personal mit längeren Kündigungsfristen abbauen und jüngeres Personal, das inzwischen häufig zu weit schlechteren Bedingungen, aber dennoch motivierter und mit aktuellem Ausbildungsstand arbeitet, behalten. Das wiederum ist auch ein Vorteil für die Jüngeren, die zwar als Teil der Gesamtgesellschaft die höheren Kosten der ökonomisch ineffizienten Altersteilzeit mittragen, im jeweiligen Einzelfall aber den Arbeitsplatz behalten.

Da Gewerkschaften aufgrund ihrer Altersstruktur aber tendenziell eher ältere Arbeitnehmer vertreten, ist es verständlich, dass sie nicht auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen, sondern auf die individuellen Belange ihrer Mitglieder achten. Und auch die Kämmerer der Kommunen werden vor allem darauf achten, wie sie ihren eigenen Haushalt nicht noch weiter überbelasten. Auch ist die Verlängerung der Altersteilzeit für die Kommunen durchaus attraktiv, da auch sie so äußerst unauffällig teures Personal abbauen können.

Rebecca Bellano



Auf der Suche nach Ersatz: Da die Kommunen sich keine Lohnerhöhungen leisten können, suchen sie Alternativen. Bild: ddp

Trübe Aussicht: Rente auf Hartz-Niveau?

Das 1996 eingeführte „Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand", kurz Altersteilzeit, hat dafür gesorgt, dass Arbeitnehmer heute im Durchschnitt genauso früh in Rente gehen wie 1970, obwohl die Lebenserwartung 60-Jähriger und somit ihre Rentenbezugsdauer um fünf Jahre gestiegen ist. Inwieweit wirklich Arbeitslose durch Neueinstellung davon profitiert haben, dass ältere Kollegen früher in den Ruhestand gingen, ist auch im Nachhinein nur schwer nachweisbar. Es ist eher so, dass jüngere Kollegen im Rahmen von Personalreduzierung nicht entlassen wurden, weil ältere Mitarbeiter sich entschieden haben, frühzeitig aus dem Unternehmen auszuscheiden.

Früher Renteneintritt bringt Abschläge

Die Entscheidung, früher in Rente zu gehen, hat durchaus negative Auswirkungen auf die spätere Rentenhöhe. Wird die Altersteilzeit mit 55 Jahren begonnen und läuft mit Anfang 60 aus, so fehlen noch gut vier Jahre bis zum regulären Renteneintritt. Jeder Monat, der dann früher die Rente bezogen wird, bedeutet dauerhaft einen Abschlag von jeweils 0,3 Prozent. Jene, die 2008 nach 45 Berufsjahren in Rente gingen, erhielten noch knapp 46 Prozent ihres letzten Bruttogehaltes. Ihre Kinder, die nach 2040 in Rente gehen werden, können bereits nur noch deutlich weniger als 40 Prozent erwarten. Genaue Zahlen gibt es nicht, aber die demographische Entwicklung und die Staatsschulden begründen diese Skepsis. Eine düstere Prognose liefert die Deutsche Rentenversicherung bereits jetzt: So muss ein Durchschnittsverdiener mit rund 30 000 Jahresbrutto 27 Jahre lang Beiträge in die Rentenkasse gezahlt haben, um im Alter auch nur Sozialhilfeniveau zu erreichen.

Bel

Der Staat langt zu

2040 sollen Renteneinkünfte zu 100 Prozent steuerpflichtig sein

Wenn man den Medienberichten Glauben schenken will, sitzen derzeit Millionen verunsicherte Rentner in ihren Wohnungen und schrecken bei jedem Klingeln zusammen, da sie die Steuerfahndung fürchten. Das ist zwar übertrieben, aber tatsächlich überprüfen die deutschen Finanzbehörden seit Jahresbeginn die Ruheständler intensiver als je zuvor. Bereits seit 2005 gilt eine verschärfte Versteuerung der gesetzlichen Rente und etwa drei Millionen Rentner dürften in den letzten Jahren zu wenig gezahlt haben. Allerdings wissen auch die Behörden, dass dies überwiegend unwissentlich geschehen ist, und so drohen nur Nachzahlungen.

Wie viel das im Einzelnen sein wird, ist schwer zu ermitteln, denn die für die Steuer relevanten Beträge erhöhen sich jährlich und richten sich nach dem Jahr des Renteneinstiegs. Wer 2007 in den Ruhestand ging, muss 54 Prozent seiner Bruttorente versteuern und darf somit lebenslang 46 Prozent seiner Einstiegsrente steuerfrei behalten. Ziel des Staates ist es, dass Renten ab dem Jahr 2040 vollständig versteuert werden müssen. Die Anpassung erfolgt nun in Stufen, die nach dem Renteneinstiegsjahr gestaffelt werden.

Für Betriebsrenten und private Renten gibt es dann noch einmal einen speziellen Steuersatz. Der Vorteil der 2008 an alle deutschen Bürger vergebenen Steuer-Identifikationsnummer ist, dass das Finanzamt erkennt, welche Einnahmen aus welcher Form stammen. Allerdings ermöglicht es diese Steuer-ID auch überhaupt erst, dass die Finanzbehörden etwas von anderen Einnahmen erfahren. Denn mit Einführung der Nummer wurden auch alle Versicherungen, Banken und Behörden verpflichtet, Zahlungen der jeweiligen Steuer-ID zuzuordnen und dem Finanzbehörden zu übermitteln.

Individueller Steuersatz hängt vom Renteneinstiegsjahr ab

Damit müssen nun auch Rentner wie Pensionäre eine Steuererklärung einreichen. Pensionäre zahlen schon jetzt Einkommensteuer auf die gesamten Pensionseinkünfte, allerdings sind diese auch im Durchschnitt deutlich höher, wie vor kurzem das Institut der deutschen Wirtschaft Köln monierte: „Während 2009 die durchschnittlich gezahlte monatliche Pension 2700 Euro betrug, muss sich ein sogenannter Eckrentner netto mit einer verfügbaren Rente von 1100 Euro begnügen." Allerdings merkte der Deutsche Beamtenbund hierzu an, dass die Qualifikation der Beamten auch über der der Durchschnitts-Arbeitnehmer läge.

Anlass für die Besteuerung der Renten ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2002, das zur Geichbehandlung der Alterseinkünfte neben der Besteuerung von Pensionen auch die der Rente gefordert hatte. Die Erkenntnis des Staates, dass er in der Zukunft, in der es mehr Rentner geben wird, Steuereinnahmen benötigt, beschleunigte die Umsetzung der Karlsruher Forderung. Ob die Steuerpflicht hilft, die Kosten für die Sozialsysteme, Pensionen (siehe Schuldenuhr Seite 2), Schuldendienst, Infrastruktur und sonstiges zu finanzieren, bleibt zweifelhaft. Zumal die Renten langfristig sinken, also auch weniger Steuereinnahmen aus ihnen zu generieren sind.

Bel

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2764**

Gefangen in der Selbstblockade

SPD-Spitze kann sich nicht auf gemeinsame Ziele einigen – Andrea Ypsilanti streitet weiter für Rot-Rot

Nach dem enttäuschenden Auftakt von Schwarz-Gelb müsste es für die SPD eigentlich blendend aussehen. Tut es aber nicht: Steinmeier und Gabriel stehen sich gegenseitig im Weg, Ypsilanti irrlichtert durch linke Visionen.



Die zwei Gesichter der SPD: Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier haben einander nicht mehr viel zu sagen. Bild: pa

Die Begeisterung über Andrea Ypsilantis neuesten Wurf hielt sich auch links der Mitte in engen Grenzen: Mit ihrem am 31. Januar ins Leben gerufenen „Institut Solidarische Moderne" will die gescheiterte hessische SPD-Kandidatin Verbündete in der SPD, bei den Grünen und von der Linkspartei zusammenführen, um ein breites Bündnis linker Kräfte vorzubereiten. Vor allem aber, so wird selbst aus den Reihen der SPD gelästert, will Ypsilanti unbedingt selbst zurück in die große Politik. Und dafür benötige sie eine Bühne, irgendeine.

Dass Ypsilanti dabei ganz offen auf eine Einheitsfront mit der Linkspartei setzt, ist zumindest konsequent nach ihren schillernden Volten vor und nach der Hessenwahl 2008. So führte sie ihr erster öffentlicher Auftritt nach der Gründung des Instituts-Vereins nach Halle, wo sie gemeinsam mit der Frontfrau der „Kommunistischen Plattform", Sahra Wagenknecht, vor ein paar hundert Anhänger trat, in der Mehrheit betagte SED-Genossen.

Das „Institut" soll als Denkwerkstatt agieren und neue linke Entwürfe für die Zukunft entwickeln. Im Gründungsaufruf finden sich indes die gleichen altlinken Gleichheitsfloskeln, Kanonaden gegen Kapitalismus und „Neoliberalismus", die Parolen von Umverteilung und „Demokratisierung der Wirtschaft" (sprich: Verstaatlichung) wie seit jeher.

Ypsilanti will offenbar vor allem eines: sich selbst zur „Vordenkerin" einer rot-roten Zusammenarbeit auf Bundesebene stilisieren. Mit einer Mischung aus Kopfschütteln und Mitleid wird in Berlin registriert, in welchem Ausmaß Ypsilanti ihre Bedeutung in der SPD überschätze.

Dass dem Treiben der rastlosen Hessin dennoch derart viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, hängt unmittelbar mit der fortdauernden Orientierungsschwäche der SPD zusammen. In solchen Situationen haben traditionell auch abseitige Figuren die Chance auf einen großen Auftritt, die Andrea Ypsilanti für sich genutzt hat. Dabei wird die Selbstverständlichkeit, mit der sie ausgerechnet Seite an Seite mit der bekennenden Kommunistin Wagenknecht auftrat, nur noch beiläufig abgehakt. Das Motto der Hallenser Veranstaltung lautete „Frauen ganz links".

Die SPD-Führung hat sich für das Treffen wie für das Institut kaum interessiert. Dort hat man andere Sorgen: Wer führt eigentlich? SPD-Chef Sigmar Gabriel und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, scheinen einander nicht etwa zu ergänzen, sondern zu blockieren. Die Träger der nach der verheerenden Wahlniederlage eilig gezimmerten „Doppelspitze" passen in mehrfacher Hinsicht nicht zusammen, weder in ihrer Mentalität noch in ihrem politischen Selbstverständnis oder in ihrer Vorstellung davon, wie die Sozialdemokratie wieder auf die Beine kommen soll. So konnte es passieren, dass die SPD bei Umfragen immer noch bei 22 Prozent dümpelt, obwohl die allgemeine Wahrnehmung der schwarz-gelben Regierungsarbeit niederschmetternder kaum sein könnte.

Bild von den Sozialdemokraten bleibt diffus

Steinmeier bleibt der Mann, der als unsichtbarer Organisator in Schröders Kanzleramt die Fäden zog. Den polternden öffentlichen Auftritt hat er weder während des vergangenen Bundestagswahlkampfs noch danach gelernt. Seine Versuche als mitreißender Massenredner wirkten bemüht, fast komisch.

Gabriel hingegen liebt die laute Sprache, den Affront. Er bringt im Unterschied zu Steinmeier auch die nötige Unverfrorenheit mit für jede Form von Rabulistik. Wo Steinmeier seine staatsmännische Überlegenheit, seine Gesamtverantwortung für Volk und Staat in Szene zu setzen versucht, gibt sich Gabriel ungezügelt dem Demagogenhandwerk hin. Beiden wird nachgesagt, über einen erfahrenen Mentor zu verfügen: Gabriel erhalte wertvolle Tipps von Gerhard Schröder, derweil Steinmeier Rat bei Helmut Schmidt finde.

Inhaltlich sieht sich Steinmeier immer noch den Beschlüssen der Großen Koalition verpflichtet, während Gabriel schon als Angela Merkels Umweltminister keine Chance ausgelassen hatte, um dem schwarzen Partner eins überzuziehen. Entsprechend kennt der SPD-Chef auch jetzt keine Skrupel und geht, etwa bei der Afghanistan-Politik, geradewegs auf Gegenkurs zu einer Linie, deren grobe Züge sogar in die rot-grüne Zeit zurückreichen und die von Schwarz-Rot nur weiterentwickelt worden war.

Dem Dauerzwist der beiden ist auch das hastige Hin und Her der SPD in Sachen Hartz IV geschuldet. Steinmeier war selbst am Zustandekommen jener Reform beteiligt, Gabriel würde sie am liebsten als schwarz-gelbes Verbrechen in den Köcher seiner Wahlkampfmunition stecken.

So bleibt das Bild der SPD diffus: Linksaußen-Experimente mit Frau Ypsilanti und eine Doppelspitze im Bund, die auf keinem Feld zusammenfindet. Vom Absturz der FDP profitieren nicht die Sozialdemokraten, es sind die Grünen, die zuletzt Werte bis 16 Prozent bei einer bundesweiten Umfrage einfuhren.

Das stärkt deren Selbstbewusstsein: Die NRW-Grünen wehren sich dagegen, von der SPD als selbstverständliche Partner in einer rot-rot-grünen Koalition nach der Wahl im Mai vereinnahmt zu werden. Man könne sich unter Umständen auch eine Zusammenarbeit mit Jürgen Rüttgers' CDU vorstellen, heißt es. Das wäre ein weiterer Schlag für die Sozialdemokraten. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Liberale im Umfragekeller

Berlin – Nach den ersten 100 Tagen der schwarz-gelben Bundesregierung ist die FDP auf ein Umfragetief von acht Prozent gestürzt. Die Beliebtheit der fünf FDP-Minister rutschte zudem auf historisch niedrige Werte. Noch nie war ein deutscher Außenminister so unbeliebt wie Guido Westerwelle. Er belegt in einer aktuellen Umfrage von „welt-online" den vorletzten Platz mit der Schulnote 5,24. Alle fünf liberalen Minister erhalten die Zensur „mangelhaft". Am besten platziert ist der Gesundheitsminister Philip Rösler mit 4,85. An der Spitze der Bewertungen liegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg mit den Bewertungsnoten 2,7 und 2,8. *H.E.B.*

Die EKM bedauert nichts

Berlin – Vor drei Wochen hat diese Zeitung über die Anwürfe eines Oberkirchenrats der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) gegen den Chefredakteur der Nachrichtenagentur idea, Helmut Matthies, berichtet. Der EKM-Kirchenrat Christ-hard Wagner hatte Matthies in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt, und die *PAZ* hat danach die Frage gestellt, ob dieses Vorgehen von EKM-Bischöfin Ilse Junkermann gebilligt werde. Eine Sprecherin der EKM hatte sich explizit geweigert, eine entsprechende Anfrage zu beantworten. Während der *PAZ* kurz darauf zugetragen wurde, dass Junkermann schweige, weil ihr Wagners Vorgehen peinlich sei, hat die EKM ihre Haltung nun bekräftigt. Ein Gespräch in Erfurt unter Beteiligung von Junkermann und Matthies endete ohne Entschuldigung der EKM, sondern mit einer Presseerklärung, der EKM „liegt es fern, Pfarrer Matthies mit Rechtsextremismus zu identifizieren". *K.B.*

Russki-Deutsch (54):

CA

Von Wolf Oschlies

Einer der nettesten Menschen, die ich je kennenlernte, war ein Journalist, der zehn Kinder hatte – gesunde und pfiffige Kinder, wie eine Tochter jahrelang bewies. Da sie beim Klamottenkult ihrer Klassenkameradinnen nicht mithalten konnte, erfand sie die exklusive Modeboutique „Claudio und Antonia". Dort kleidete sie sich ein, verschweigend, dass es sich um das Konfektionsgeschäft C. A. Brenninkmeijer handelte.

„Die Brenninkmeijers" hießen in der DDR die sowjetischen Besatzer, da sie auf den Achselklappen die Buchstaben „CA" trugen. Die waren kyrillisch SA und standen für „Sovetskaja Armija" – Sowjetische Armee. Rund 410 000 Angehörige zählte diese „Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland", wie die Besatzerarmee bis zum Schluss offiziell hieß. Mit Deutschen kamen die Russen so gut wie nie in Kontakt – die grauen Zäune um ihre Kasernen waren in der DDR Gegenstand vieler Witze und Bosheiten über die „Freunde". Oder gar für Zornesausbrüche wie die der Jenaer Kleingärtner, deren Anlage sich gegenüber einer Sowjetkaserne befand und von den „Iwans" monatlich mehrfach ausgeraubt wurde.

Irgendwann wechselte die Dechiffrierung von CA zu „Circus Aljoscha" – unter bulgarischem Einfluss, wie ich annehme. „Aljoscha", Verkleinerungsform von Alexander, wurden in Bulgarien die Soldaten-Denkmäler genannt, für alte Russen oder neue Sowjets, die manchmal, etwa im wunderschönen südlichen Plovdiv, gleich nebeneinander standen.

Politische Brisanz kam ab 1979 in CA, das man „Camping Afghanistan" übersetzte. Die Sowjetarmee hatte sich in den afghanischen Bürgerkrieg eingemischt, was ihr schlecht bekam: 115 000 Soldaten waren aktiv, sehr verlustreich, wie Lieder kündeten, die erstmals ehrlich sagten, wie grausam ein Krieg ist, den Russland vom Zaun brach, der es 15 000 Gefallene kostete und im Mai 1988 mit einem Rückzug endete.

In seinem Weltseller „Perestrojka" berichtete Gorbatschow, welche Mühe es ihn kostete, den Rückzug bei den Kreml-Betonköpfen durchzusetzen. Irgendwo war der ja auch der Anfang vom Ende der Sowjetunion. Mit ihr starb auch CA in seiner originären Bedeutung, nun durch PA ersetzt, kyrillisch RA für „Rossijskaja Armija" – Russische Armee.

Wellen belauscht

Neue Technik für Flughafenkontrollen

Flugreisende können auf ein baldiges Ende der lästigen, zeitraubenden, aus Sicherheitsgründen aber noch unverzichtbaren Flüssigkeitskontrollen beim Einchecken hoffen. Zu danken hätten sie dies einer Forschergruppe am Forschungszentrum Jülich. Das Team unter Prof. Knut Urban und Dr. Yuri Divin hat ein Gerät entwickelt, das schnell und zuverlässig zwischen harmlosen Substanzen und flüssigem Sprengstoff unterscheiden kann.

Gerät kann Flüssigkeiten erkennen

Die Entdeckung basiert darauf, dass jede Substanz ihren eigenen, unverwechselbaren elektromagnetischen „Fingerabdruck" hat. Mit einem Detektor werden die zu testenden Stoffe mit Mikrowellen über einen extrem breiten Frequenzbereich bestrahlt. Aus dem Muster des Echos dieser Wellen zwischen wenigen Gigahertz und mehreren Terahertz lässt sich exakt bestimmen, ob es sich um eine gefährliche Substanz handelt. Bislang waren solche Messungen nur in einem sehr eng begrenzten Frequenzbereich möglich, so dass man nur einen bescheidenen Ausschnitt des elektromagnetischen Fingerabdrucks lesen konnte. Eine zuverlässige Identifizierung von Sprengstoffen war damit nicht möglich.

Das Herzstück des in Jülich entwickelten Hilbert-Spektrometers – benannt nach der Hilbert-Transformation, einem aus der Integralrechnung bekannten mathematischen Phänomen – ist ein so genannter Josephson-Kontakt, der in Zusammenarbeit mit Spezialisten der Moskauer Akademie der Wissenschaften entwickelt wurde. Es handelt sich um ein winziges hochempfindliches, ultraschnelles Nano-Bauelement, das innerhalb von zwei Zehntelsekunden zuverlässig anzeigt, ob man es mit Sprengstoff zu tun hat.

Nachdem die Jülicher ihre Neuentwicklung in der Fachzeitschrift „Superconductor Science and Technology" veröffentlicht hatten, gab es „viel Interesse und erste positive Gespräche mit der Sicherheitsindustrie", wie eine Sprecherin des Forschungszentrums der *PAZ* mitteilte. So könnte dank angewandter Forschung aus Deutschland das von der EU gesteckte Ziel, bis 2012 das heutige Verfahren durch eine deutlich schnellere Methode abzulösen, erreicht werden. *H.-J. Mahlitz*

Hoch gepokert

Rösler setzt alles auf die »Kopfpauschale«

Derzeit findet bei vielen gesetzlichen Krankenkassen ein Exodus statt. Tausende Mitglieder wechseln ihre Kassen. Der Grund sind jüngst angekündigte Zusatzbeiträge von acht Euro pro Monat. Einzelne Kassen, etwa die BKK Heilberufe, verlangen gar den maximal möglichen Aufschlag von einem Prozent des Bruttolohns, gedeckelt auf 37,50 Euro monatlich. Das hieße für manche Versicherte 450 Euro Zusatzbelastung im Jahr.

CSU mosert, CDU schweigt sich aus

Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) rät den Betroffenen kühl zum Kassenwechsel: „Wenn mir mein Stromanbieter zu teuer ist, sehe ich mich ja auch nach einem anderen um." Für die Zukunft will der liberale Minister das bestehende einkommensabhängige System auf eine einheitliche Gesundheitsprämie umstellen, bei der Bedürftige Zuschüsse aus Steuermitteln erhalten. Zur Überraschung vieler knüpfte Rösler daran sein politisches Schicksal. Wenn ihm kein vernünftiges Gesundheitssystem gelinge, „dann will mich keiner mehr als Gesundheitsminister haben". Schon vorher hatte der jetzt 37-Jährige kokettiert, für ihn werde mit 45 Schluss sein mit der Politik.

Vor allem Röslers Kritiker aus der CSU sind über das verklausulierte Ultimatum wenig amüsiert. Parteichef Horst Seehofer verlangte stattdessen von ihm, zusammen mit den beteiligten Gruppen „verbindliche Vereinbarungen über Kostendämpfung und Einsparungen im Gesundheitswesen" zu treffen. Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) rechnete vor, je nach Höhe der Gesundheitsprämie müssten jährlich 15 bis 40 Milliarden Euro Steuergelder zugeschossen werden.

Während CSU und Opposition aus vollen Rohren gegen Zusatzbeiträge und Gesundheitsprämie schießen, verhält sich die CDU auffallend still. Die Kanzlerinnenpartei weiß: Sie hat in der Großen Koalition mit SPD und CSU der Möglichkeit von Zusatzbeiträgen den Weg geebnet. Außerdem kündigt der mit FDP und CSU vereinbarte Koalitionsvertrag an, langfristig das bestehende Ausgleichssystem in eine Ordnung „mit einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden", überführen zu wollen. Schließlich kann die CDU Unruhe vor der NRW-Wahl nicht gebrauchen. *J.V.*

MELDUNGEN

Änderung der Machtbalance

Brüssel – Die Regierungen der EU-Mitgliedsländer reagierten überrascht und verärgert auf die neuen Einflussmöglichkeiten, die Kommissionspräsident José Manuel Barroso dem EU-Parlament ohne Rücksprache mit ihnen eingeräumt hat. Barroso hatte sich zu diesem Zugeständnis genötigt gesehen, da die Parlamentarier gedroht hatten, andernfalls die von ihm nominierten 26 Kommissare abzulehnen. Das nun vereinbarte Rahmenabkommen erhöht den Druck auf die EU-Kommission, vom Parlament gewünschte Gesetze („Richtlinien") tatsächlich vorzuschlagen. In Berliner Regierungskreisen bezeichnet man die Vereinbarung als „gefährliche Änderung der Machtbalance der EU-Institutionen", da die nationalen Regierungen das Straßburger Parlament jetzt weniger als bisher übergehen können. *Bel*

Auch Rumänien ärgert Moskau

Bukarest – Das US-freundliche Rumänien hat sich bereit erklärt, ähnlich wie Polen und die Tschechische Republik Standorte für das Raketenabwehrsystem der USA zur Verfügung zu stellen. Diese Entscheidung dürfte sich für Bukarest finanziell lohnen und bietet außerdem eine Möglichkeit, das aus Sowjetzeiten ungeliebte Moskau zu brüskieren. Russland fühlt sich durch den US-Raketenschild bedroht und glaubt nicht, dass er nur als Schutz gegen iranische Raketen gedacht ist. US-Präsident Obama hat die Pläne seines Vorgängers jedoch im Sinne Russlands modifiziert. Statt eines Schildes gegen Langstreckenraketen soll nun in Osteuropa ein mobiles System zum Schutz vor Raketen kürzerer und mittlerer Reichweite installiert werden. Es soll durch Abwehrraketen auf See im Persischen Golf ergänzt werden. *Bel*

Tote, Traumatisierte und Amputierte

Immer mehr Familien in den USA bekommen die Folgen der Kriegseinsätze hautnah zu spüren

Die beiden Kriege, die US-Präsident Barack Obama von seinem Vorgänger geerbt hat, beanspruchen den US-Haushalt im Fiskaljahr 2010/11 voraussichtlich mit 722 Milliarden Dollar und tragen somit viel zum Rekord-Staatsdefizit von 1,6 Billionen Dollar bei. Und dennoch sind die schmerzlichsten Opfer dieser Kriege nicht finanzieller Art.

Sie liegen in den menschlichen Tragödien, die sich jede Woche in den Familien der Militärs abspielen, wenn wieder Soldaten in Kämpfen und durch Bombenanschläge ums Leben gekommen oder zu Invaliden geworden sind. Eltern, die ihre Söhne und Töchter verlieren, junge Frauen, die zu Witwen werden, und vor allem zumeist kleine Kinder, die nun keinen Vater mehr haben. Ganz zu schweigen von schwersten Verletzungen wie Amputationen, die das Glück junger Familien für immer beeinträchtigen oder zerstören.

4375 gefallene US-Soldaten hat der Irakkrieg bisher gefordert, davon noch 149 im letzten Jahr und sechs allein im Januar 2010. Der Einsatz in Afghanistan hat bisher 978 Todesopfer gefordert, davon allein 317 im vergangenen Jahr und 31 im Januar. Die meisten starben nicht im Kampf, sondern durch Sprengfallen und Bombenanschläge.

Erschreckend ist auch die Anzahl der Verwundeten in beiden Kriegen: bis Dezember 2009 waren es 32616. Bis September 2006 wurden allein 725 Soldaten Arme oder Beine amputiert. Eine Zahl, die erheblich angestiegen sein dürfte. Im März 2008 erklärte ein Offizieller: „Mindestens 1600 von denen, die wir an die Front geschickt haben, sind mit dem Verlust eines ganzen Arms oder Beins zurückgekehrt."

Ein besonderes Problem sind auch Kopfverletzungen mit traumatischen Gehirnschäden. Wie die Zeitung „USA Today" im März vorigen Jahres berichtete, schätzt das Pentagon die Zahl der mit diesen Beschwerden zurückgekehrten Soldaten auf 360000, von denen 45000 bis 90000 sogar bleibende Schäden mit notwendiger Behandlung davongetragen haben.



Daheim: Mit Tränen in den Augen umarmt ein Junge seinen aus dem Irak heimgekehrten Vater. Bild: laif

Psychische Störungen gehören zu den kompliziertesten Folgeerscheinungen des Kriseneinsatzes. Viele junge Soldaten werden mit der unerwartet grausamen Realität des Krieges nicht fertig. Während der Ausbildung daheim werden sie auf Heldentum gedrillt, auf Kameradschaft, Mut, Pflichtbewusstsein, Führung und Verantwortung sowie den Umgang mit hochentwickelter Kriegstechnologie. Eine glänzende Karriere versprechen die Rekrutierungscenter in ihren Broschüren.

In den USA gibt es keine Wehrpflicht wie in Deutschland oder Israel, nach der jeder junge Mann dienen muss. Die US-Armee, bestehend aus 675000 Soldaten (davon 488000 im aktiven Einsatz oder einsatzbereit sowie 189000 Reservisten), ist eine reine Berufsarmee mit Freiwilligen. Also werben die Rekrutierungscenter mit

Hochglanzbroschüren werben um Freiwillige für die Armee

dem gleichen Geschick wie ein Geschäftsunternehmen. Und es klingt in der Tat eindrucksvoll, was jungen Leuten auf der Suche nach einem Beruf versprochen wird: College-Studium in fast jedem Fach mit Lehrgängen und online neben der Militärausbildung, günstige College-Darlehen für später (auf Weiterbildung wird großen Wert gelegt), Krankenversicherung für den Soldaten und seine Familie sowie Zuschüsse zur Lebensversicherung. Kostenlose Unterkunft in hübschen Appartements für Soldaten mit Familie oder mit Kameraden. Freizeiteinrichtungen für Sport, Musik und 30 Tage Urlaub, viele Programme für die Familien. Neben allen Vergünstigungen kommt zum Beispiel ein Offizier auf netto 68149 US-Dollar im Jahr und ein Sergeant mit Familie auf 47278 Dollar. Als Anreiz für den Entschluss, Soldat zu werden, bieten die eifrigen Rekrutierungscenter bis zu 40000 (für Reservisten 20000) Dollar in Cash. Die Höhe richtet sich jedoch wie alles andere nach diversen Beurteilungen, beispielsweise Eignung, Wahl des Jobs im Militär oder Testergebnisse.

Was die verlockenden Angebote jedoch verschweigen, sind die Gefahren für Leib und Leben, die Aussicht, von Einsätzen nicht mehr oder als Krüppel zurückzukehren. Die langen Monate, fern von Frau und Kindern, von Eltern, Freunden und den Annehmlichkeiten des US-Alltags. Erst im Einsatz erfahren viele, dass realer Krieg in einem fernen Land mit anderer Kultur und anderen Menschen und gnadenlosen Feinden mit der täglichen Aussicht, auf Minen zu treten, erschossen zu werden oder seine Freunde verbluten zu sehen, nicht dasselbe ist wie ein Hollywood-Film – und mehr als viele junge Menschen verkraften können. Besonders, wenn sie geschockt vom monatelangen ersten Einsatz kommen, oft einer Hölle entronnen, und bald darauf wieder hinaus müssen.

Nach einem Bericht der US-Army vom März 2008 gab es im Jahr 2007 121 Selbstmorde unter Soldaten und 2100 Suizidversuche. Viele werden auch nach dem Ausscheiden aus der Armee mit ihrem Leben psychisch nicht mehr fertig. Anstatt in die erwartete glänzende Zukunft zu starten, werden sie obdachlos, kriminell oder gewalttätig und leiden unter Depressionen. Die Scheidungsrate ist trotz aller Familien-Programme deutlich angestiegen. Leidtragende sind vor allem die Kinder.

„Die Entscheidung, zusätzliche 30000 Soldaten nach Afghanistan zu senden, war eine der schwersten meines Lebens", sagte Präsident Obama in einer Rede vor den Kadetten des Elite-Militär-College Westpoint. Er wusste, wovon er sprach. *Liselotte Millauer*

Kleineres Übel

Ukrainer wollten mehr Stabilität wählten

Wir hatten die Wahl zwischen zwei Übeln, zwischen einem kleinen Ganoven und einer großen Ganovin. Sie kämpften nicht für die Ukraine, sondern für den eigenen Geldbeutel", lautet das vernichtende Urteil in Kommentaren. Die Ukrainer haben sich für mehr Stabilität entschieden, und die sehen sie am ehesten bei Janukowitsch gewährleistet, der von mächtigen Oligarchen ostukrainischer Bergwerksbetriebe gestützt wird. Selbst alte Anhänger der Orangenen Revolution haben sich von der demokratischen Bewegung abgewandt. Fünf Jahre lang hatten deren Führer das Land in den Ruin geführt.

Demzufolge endete die zweite Runde der Präsentenwahl ohne Überraschung. Mit einem Vorsprung von drei bis vier Prozent liegt der pro-russische Herausforderer Viktor Janukowitsch knapp aber klar vor Regierungschefin Julia Timoschenko. Doch noch will diese sich nicht geschlagen geben. Sie wirft ihrem Gegner Wahlbetrug vor und kündigte an, das Ergebnis gerichtlich anzufechten. Dem Land stünde dann eine dritte Wahlrunde ins Haus. Die politische und wirtschaftliche Unsicherheit in dem osteuropäischen Staat, der zudem das wichtigste Transitland für russisches Gas nach Europa ist, würde anhalten.

Viktor Janukowitsch hat in den vergangenen fünf Jahren dazugelernt und sich im Wahlkampf auffallend zurückgehalten. Stattdessen wartete er seinen sicher geglaubten Sieg ab. Der rhetorisch unsichere und ungelenk wirkende Zwei-Meter-Mann vermied auch bewusst Fernseh-Duelle mit seiner charismatischen und ihm rhetorisch überlegenen Gegnerin Julia Timoschenko.

Es droht ein Rückfall in die Kutschma-Zeit

Beobachter glauben, dass die Ukraine mit Janukowitsch einen „neuen Kutschma" erhalten wird: Obwohl Janukowitsch sich demokratisch gibt, stehe er doch für eine Rückkehr zur Politik der 90er Jahre und für die Abhängigkeit von Oligarchen und von Russland. Janukowitsch hat Gazprom bereits ein Angebot unterbreitet, in einem Konsortium, bestehend aus Naftogas Ukraine und europäischen Abnehmern, die Kontrolle über das ukrainische Gasnetz zu übernehmen. Die ursprüngliche Hoffnung, dass die Russen der Ukraine im Gegenzug Gas zum Vorzugspreis liefern würden, hat sich bereits zerschlagen. *M. Rosenthal-Kappi*

Schlüssel für Krieg und Frieden

Wasserknappheit wird immer mehr zur Spannungsursache im Nahen Osten

Kein anderer als Israels erster Premier David Ben Gurion gab 1948 die Richtlinien für eine völkerrechtlich zweifelhafte Politik seines Landes aus: „Wir müssen uns den Fluss Litani einverleiben." Dieser fließt, wohlgemerkt, mitten durch den Süden des Libanon.

Wasser war und ist das wichtigste Element einer prosperierenden Entwicklung des Staates der Juden. Und während Israels Bevölkerung nach Angaben von Amnesty International pro Kopf und Tag 300 Liter des kostbaren Nasses verbraucht, werden den benachbarten Palästinensern nur 50 bis 70 Liter zugestanden. In Bethlehem etwa kommt aus dem öffentlichen Leitungsnetz manchmal einen Monat lang so gut wie kein Tropfen, die Bewohner müssen ihr Trink- und Brauchwasser teuer von Tankwagen kaufen. Dennoch fließen an die 50 bis 70 Millionen Liter Abwasser ungeklärt allein aus Gaza in das scheinbar postkartenblaue Mittelmeer und sorgen bei Badenden für Erkrankungen. Meeresströmungen spülen die kontaminierten Abwässer auch an Israels Strände und in seine Entsalzungsanlagen. Das könnte immerhin bewirken, dass endlich mit dem Bau von Klärwerken begonnen wird. Die Palästinenser vergiften sich langsam selbst, aus keinem Brunnen kommt mehr sauberes Trinkwasser

Die geringen Niederschläge 2008 haben das Problem noch verschärft. Israel kontrolliert diese wichtigste Ressource und verteilt sie ungleich. Allein im Gazastreifen zwischen Israel und Ägypten leben etwa 1,5 Millionen Palästinenser. Zu den annektierten Gebieten und dem Verteilerschlüssel der israelischen Wasserbehörde gehören zudem das Westjordanland, Ostjerusalem und die Golan-Höhen. Schon Ende 2010 könnte im Gazastreifen ein Chaos entstehen, die Wasserreserve nicht mehr ausreichend sein. Eine Entsalzungsanlage würde 1,8 Milliarden Dollar kosten. Doch auch eine solche Investition löst das Problem nicht. Die Grundwasserblase reicht von Israel bis Ägypten und ist mehr als strapaziert. Experten haben errechnet, dass es Jahrhunderte dauern könnte, bis die Schäden wieder ausgebügelt sind, wenn nicht bald und grenzüberschreitend etwas passiert.

Abwasser aus Gaza fließt in Israels Entsalzungsanlagen

Der jordanische Professor Ghazi al-Rababah in Amman warnte jetzt in einem öffentlichen Aufruf davor, dass Israel einen neuen Krieg vom Zaun brechen wolle, um wieder an das Wasser des Litani zu kommen. Zudem fürchtet er, dass die Regierung in Jerusalem „innerhalb der nächsten sieben Jahre" sogar einen neuen Krieg mit Ägypten riskieren könnte, um die Kontrolle über das Nilwasser an sich zu reißen.

Wasser ist von der Türkei bis zur Arabischen Halbinsel und im Osten bis ins Zweistromland der Schlüssel für Krieg und Frieden in der Zukunft. Schon heute leidet rund ein Drittel der Menschheit an Wassermangel, bis 2025, so prognostiziert die Uno, werden es voraussichtlich zwei Drittel sein. Der Nahe und Mittlere Osten ist davon besonders betroffen, wo allein zwischen 1980 und 2000 die Bevölkerungszahl um rund 150 Millionen Menschen zunahm. Da die Flüsse dieser Region in der Regel durch mehrere Staaten fließen, ist die Verteilung der Ressourcen ein Politikum. Das zeigt sich derzeit im Verhältnis der Staaten Irak, Syrien und Jordanien mit der Türkei, die gewaltige Staudämme baut und den anderen damit entweder das Wasser abgräbt oder es zunehmend gegen gutes Geld verkauft. Israels Einwohner und seine Wirtschaft machen ohnehin ein strenges Wassermanagement durch das National Water Carrier-Netzwerk (Mekorot) notwendig. Die durchschnittliche Regenmenge liegt bei rund fünf Milliarden Kubikmeter. Doch davon verdunsten 60 Prozent unmittelbar, weitere fünf Prozent fließen ungenutzt ins Mittelmeer. So verbleiben zwischen 1,5 und 1,8 Milliarden, hinzu kommen 160 Millionen Kubikmeter entsalztes Brackwasser, 250 Millionen aufbereitete Abwässer für die Landwirtschaft und rund 50 Millionen aus künftigen Meerwasserentsalzungsanlagen. Einer der drei Hauptspeicher ist der See Genezareth.

Das begrenzte Speichervolumen macht es sehr schwer, Strategien für Trockenperioden zu entwickeln – einer der Hauptgründe für eventuelle Expansionsgelüste, etwa in Richtung Nil. Und da ist die Bilanz ein Indikator: Während in Israel pro Jahr rund 2,2 Milliarden Kubikmeter verbraucht werden, fließen nur knapp 180 Millionen zu. Im Jahr 2020 wird der kleine, virulente Staat, Hochrechnungen zu Folge, 9,1 Millionen Einwohner zählen, 65 Prozent mehr als heute. Das bedeutet einen Mehrbedarf von jährlich 210 Millionen Kubikmetern Wasser. Da scheinen neue Spannungen programmiert zu sein. *Joachim Feyerabend*

Aktivierung ist entscheidend

Das System der Hartz-IV-Versorgung muss reformiert werden – »Gegenleistung für staatliche Unterstützung«

Kaum eine Debatte in Deutschland ist so unübersichtlich wie diejenige über die staatlichen Leistungen für Langzeitarbeitslose. Fest steht: Durch untragbar hohe Kosten und zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts sind bei „Hartz IV" größere Reformen notwendig.

„Weg mit Hartz IV!" war einer der Schlachtrufe der Linkspartei, als sie noch PDS hieß und sich mit Oskar Lafontaine anschickte, nach Westen zu expandieren. Was im Eifer des Gefechts übersehen wurde: Ein großer Teil der heute 6,5 Millionen Hartz-IV-Bezieher würde lange Gesichter machen, wenn das alte System wiedereingeführt würde. Denn für Arbeitslosen- und Sozialhilfe gab der Staat in den letzten Jahren vor dieser Reform jährlich 20 bis 30 Milliarden Euro aus, danach waren es zunächst fast 40 Milliarden Euro. Selbst in den Boomjahren 2007 und 2008, als der Arbeitsmarkt in weit besserer Verfassung war als vor dieser Reform, sank dieser Betrag nicht wieder nennenswert unter 35 Milliarden. Kurz: Was von Gerhard Schröder als Spargesetz geplant war und von Millionen Betroffenen auch so empfunden wurde, wurde im Ergebnis zu einem der größten Leistungsgesetze in der Geschichte der Bundesrepublik. Mehr als zehn Prozent des Bundeshaushalts gehen dafür drauf.

Denn zu den fiskalischen Kosten kommen Verwaltungskosten von zehn Milliarden Euro, die Sozialgerichte stöhnen unter der Prozessflut, die Mitarbeiter in den Vermittlungsstellen der Arbeitsagenturen (Neudeutsch: „Jobcenter") klagen über 40 Gesetzesänderungen in fünf Jahren.

Reformdruck kommt von allen Seiten: Im zerrütteten Bundeshaushalt müssen in den Jahren ab 2011 weit über 50 Milliarden Euro pro Jahr eingespart werden – und einer der wenigen Bereiche, wo Ausgaben nicht durch langfristige Verpflichtungen festliegen, ist eben Hartz IV.

Dazu kommt eine doppelte Vorgabe aus Karlsruhe: Schon im Dezember 2007 verpflichtete das Verfassungsgericht den Gesetzgeber, die doppelte Zuständigkeit der Arbeitsagenturen und der Kommunen für die „Jobcenter" bis Ende 2010 neu zu ordnen. Nun kam in dieser Woche das Urteil über die Höhe der Sätze für Kinder hinzu: Die Berechnung sei falsch, die Sätze zu niedrig. Auch hier muss der Gesetzgeber bis zum Jahresende tätig werden.

Angesichts von 1,7 Millionen Kindern in Hartz-IV-Familien bedeutet dieses Urteil unmittelbare Mehrausgaben des Bundes in Milliardenhöhe. Der Soziologe und Ökonom Gunnar Heinsohn warnt eindringlich vor einem weiteren Problem: „Charles Murray formulierte 1984 sein heute berühmtes Gesetz, dass Versorgungsleistungen an Sozialhilfemütter ihre Kinder nicht besserstellen, sondern lediglich immer mehr von Sozialhilfe abhängige Mütter und Kinder hervorbringen." Der inzwischen vielfach bestätigte Mechanismus hat zwei Hauptursachen: Mitnahmeeffekte bei Geringverdienern, für die es sich bei entsprechenden staatlichen Leistungen nicht mehr lohnt zu arbeiten, sowie zusätzliche Geburten in dieser Gruppe. Heinsohn will den betroffenen Eltern keinen Vorwurf machen, denn diese „handeln genauso rational wie andere Subventionsempfänger auch. Wenn mir der Staat Geld anbietet, wäre ich dumm, es nicht zu nehmen." Der schwarze Peter liege deswegen beim Gesetzgeber, der seine Sozialgesetze so ausgestalten müsse, dass bei aller notwendigen Absicherung gegen materielle Not keine Anreize zum Nichtstun geschaffen werden.

> Niemand kann 6,5 Millionen Bezieher überwachen

Diese Einsicht ist zwar nicht neu und stand geradezu am Anfang der Debatte über die Hartz-Reformen. Allein, es hapert mit der Umsetzung. „Wer Arbeitslosengeld II bezieht, gering qualifiziert ist und Kinder hat, steht einschließlich der Zuschläge häufig finanziell besser da als der Nachbar mit schlecht bezahlter Vollzeitstelle", erklärte der Chef der Fünf Wirtschaftsweisen Wolfgang Franz. Wer aber mit beispielsweise 160 Stunden Arbeit im Monat am Ende nur 200 Euro mehr in der Tasche hat, dem bleiben als Mehrverdienst „netto" nur gut 1,20 Euro in der Stunde.

Bei dieser Rechnung ist, wohlgemerkt, der in der Praxis häufige Fall noch nicht berücksichtigt, dass Hartz-IV-Empfänger schwarz etwas hinzuverdienen. Es muss ja nicht gleich der große Betrag einer Vollzeitbeschäftigung sein. Dieser ist auch nicht mehr so einfach wie früher, weil die Leistungsempfänger öfter als vor der Reform beispielsweise zu Fortbildungen herangezogen werden. Weit verbreitet sind hingegen die kleinen Schiebereien, dass Gelegenheitsarbeiten schwarz erledigt werden oder den Arbeitsagenturen zu hohe Mietzahlungen gemeldet werden. Angesichts der schieren Masse der Fälle, der meist kleinen Beträge und einer milden Sozialgerichtsbarkeit scheint hiergegen bisher kein Kraut gewachsen zu sein.

Experten weisen darauf hin, dass es entscheidend ist, Stütze-Empfänger aktiv zu halten. Wer notfalls zur gemeinnützigen Arbeit auf Ein-Euro-Basis herangezogen wird, gewöhnt sich nicht an spätes Aufstehen, hat keine Zeit zur Schwarzarbeit oder Schlimmerem und hat sogar, weil er unter die Leute kommt, die höhere Lebensqualität. „Wir müssen jedem Hartz IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertiger Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung", drängt Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU). Schon das geltende Recht lässt dies zu, nur wird es nicht konsequent angewendet. Alle vergleichenden Untersuchungen bestätigen aber den Nutzen der konsequenten Aktivierung der Erwerbslosen. Nicht zuletzt ist diese trotz aller Schwierigkeiten viel eher durchsetzbar als die Kontrolle von Millionen Menschen, ob sie etwa beim Schonvermögen oder bei kleinen Zuverdiensten getrickst haben.

Der Wirtschaftsweise Wolfgang Franz fordert darum eine Kombination von erweiterten Zuverdienstmöglichkeiten und niedrigeren Sätzen: Bei um 30 Prozent gekürzten Regelsätzen sollten den Hartz-IV-Beziehern die ersten 200 (statt bisher 100) selbstverdienten Euro voll belassen werden, weitere Zuverdienste, die am ersten Arbeitsmarkt verdient wurden, zu 50 statt bisher 20 Prozent. „Gibt es auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht genügend Arbeitsplätze, sollen Kommunen und Wohlfahrtsverbände ‚Arbeitsgelegenheiten' einrichten, bei denen man aber maximal das ungekürzte Arbeitslosengeld II erzielen kann", so Franz. Der Sozialstaat soll damit allerdings nicht demontiert werden und am Ende sollte niemand schlechter stehen als bisher: „Bekommt der Arbeitslose selbst dort keine Arbeit, bleibt ihm der ungekürzte Regelsatz erhalten."

Konrad Badenheuer



Vorbildlich: Die Stadt Halle zieht Hartz-IV-Empfänger zum Schneeräumen heran. Bild: action press

KURZ NOTIERT

DIW in der Krise: Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wegen des Verdachts der Untreue. Anlass dafür war ein Bericht des Berliner Rechnungshofes, der dem DIW die unwirtschaftliche Verwendung von sieben Millionen Euro und fehlerhafte Auftragsvergaben bescheinigt. Zeitgleich erfuhr das DIW von der erneuten Ablehnung seiner Bewerbung als Regierungsgutachter. Das Bundeswirtschaftsministerium wollte indes nicht erläutern, ob diese Ablehnung mit den genannten Ermittlungen, mit dem umstrittenen Finanzgebaren von DIW-Chef Klaus Zimmermann oder aber mit der neuen Kooperation des Instituts mit als nicht unabhängig geltenden Experten von Deutsche Bank Research zusammenhängt. *Bel*

Deutschland verlor 2009 nicht nur den Titel des Exportweltmeisters an China. Es besitzt auch nicht mehr den zweitgrößten europäischen Containerumschlagplatz, nachdem hier Antwerpen Hamburg den Rang abgelaufen hat. So sank der Umschlag 2009 in Hamburg um 32,9 Prozent auf 4,9 Millionen Standardcontainer (TEU). In Antwerpen nahm dieses Volumen dagegen nur um 15,6 Prozent auf 7,31 Millionen TEU ab. Nummer 1 bleibt Rotterdam mit 9,7 Millionen TEU. *PAZ*

Anleger bleiben vorsichtig: Egal ob Aktien-, Geldmarkt-, Rentenoder Immobilienfonds, private Anleger hielten sich nach den Verlusten 2008 auch 2009 zurück. Insgesamt verloren die großen Gesellschaften deswegen per Saldo Anlagekapital in zweistelliger Milliardenhöhe. *Bel*

Die Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK) rechnet in ihrem diesjährigen „Schwarzbuch Börse" vor allem mit Unternehmen wie Escada, Arcandor, aber auch der Commerzbank ab. Anleger, die hier investiert hätten, seien ihr Geld entweder los oder müssten voraussichtlich viele Jahre warten, bis die Kurse sich erholt hätten. So habe die Commerzbank-Aktie seit Mitte 2007 80 Prozent an Wert verloren. *Bel*

Hat das Fass einen Boden?

Trotz Hilfe aus Berlin: Athens Sparziele sind kaum erreichbar

Die Behauptung des griechischen Finanzministers Giorgos Papakonstantinou, der Euro-Raum habe die Pflicht, Griechenland zu helfen, indem er durch die Ausgabe einer gemeinsamen Staatsanleihe aller Euro-Staaten für Griechenlands Schulden geradestehe, stieß im hohen Norden auf Empörung. Finnlands Finanzminister Jyrki Katainen ist ob dieser Einlassungen regelrecht explodiert. In einer für das internationale Parkett ungewöhnlichen Schärfe wies er die Forderung zurück. Er schließe „kategorisch aus, dass die Länder der Euro-Zone Griechenland helfen", so der Finne gegenüber der „Welt". Athen habe seine Partner „vorsätzlich über Jahre hinweg hintergangen und getäuscht", er sei „enttäuscht und verärgert, was das Land dem Rest Europas angetan" habe.

Kurz nach der Attacke aus Helsinki platzte indes die Nachricht herein, die alles änderte: Deutschland werde den Griechen helfen, am liebsten im Verein mit der EU, notfalls aber auch allein, hieß es aus Berlin. Voraussetzung bleibe jedoch die Einhaltung harter Sparmaßnahmen, vor allem die Rückführung der Neuverschuldung: Von 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im vergangenen Jahr soll Athen sein Defizit 2010 auf 8,7 reduzieren. Jene vier Prozentpunkte entsprächen auf deutsche Größenordnungen umgerechnet etwa 100 Milliarden Euro. Die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) angestrebten Sparziele ab 2011 umfassen nur einen Bruchteil dieser Summe. Es stellt sich die Frage, ob die griechische Regierung die Kraft für solche Einschnitte aufbringen wird. Bis Ende 2012 soll Griechenland seine Neuverschuldung dann auf die im Stabilitätspakt festgelegte Obergrenze von drei Prozent des BIP herunterfahren. Wiederum auf deutsche Dimensionen hochgerechnet entspräche dies Gesamteinsparungen von knapp 250 Milliarden Euro.

> Griechen haben sich an die Früchte des Euro gewöhnt

Kein Wunder also, dass die Stimmen nicht verstummen, welche die angestebte Haushaltssanierung der Hellenen in diesem Umfang für unrealistisch halten.

Athen hat derweil einen neuen Schuldigen für seine Misere ausgemacht: Internationale Spekulanten redeten das Land schlecht und sorgten somit dafür, dass die Griechen für ihre Staatsverschuldung immer höhere Zinsen zahlen müssten. Die Mehrheit der Experten weist derlei als Ausflüchte zurück. Die „Spekulanten" reagierten nur darauf, was sie sähen: die von den Griechen selbst verursachte Misere.

Eine Minderheit von Fachleuten gibt Athen zumindest insofern Recht, als sie die Mutmaßungen über einen griechischen Staatsbankrott als übertrieben abtut. Die Analysen, die solchen Bewertungen zugrunde liegen, weisen jedoch einen entscheidenden Schwachpunkt auf. Sie beziffern allein die (theoretisch in der Tat handhabbare) Staatsverschuldung, ignorieren aber deren tiefere Ursachen: ein von Korruption und Vetternwirtschaft zerfressenes Land, dessen Volk sich an die Früchte einer von Europa geliehenen Stabilität gewöhnt hat. Dieses Manko abzustreifen wird die eigentliche Herausforderung darstellen. *Hans Heckel*

Mindestlöhne erschwert

Union und FDP beschneiden Einfluss der Arbeitsministerin

Zu ihrer Meinung nach Mindestlöhnen befragt, drückte sich Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) um eine direkte Antwort herum: „Eine der Urwurzeln der Union ist schließlich das christliche Menschenbild. Jeder einzelne Mensch ist unverwechselbar. Er sollte seine Fähigkeiten einsetzen – auch zum Wohl der Gemeinschaft, aber dazu braucht es einen Rahmen, der das zulässt", so die Ministerin, die zwar persönlich Mindestlöhnen positiv gegenüber steht, sich jedoch nicht dafür einsetzen darf. Ihre Aufgabe sei es, dafür zu sorgen, dass Menschen möglichst unabhängig vom Staat arbeiten können, zu fairen Bedingungen, betonte sie, wohlwissend, dass ihre Partei sie hier bereits im Dezember an eine Kette gelegt hatte.

Bereits Ende letzten Jahres hatten der Fraktionschef der Union, Volker Kauder, und seine Amtskollegin von der FDP, Birgit Homburger, die Einführung und die Verlängerung bestehender Mindestlöhne deutlich erschwert. Ohne Zustimmung der FDP-Minister darf von der Leyen keinen Mindestlohn für allgemeinverbindlich verordnen. Außerdem muss vor einer Ministerentscheidung der ständige Tarifausschuss, der sich aus je drei Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber zusammensetzt, einstimmig seine Zustimmung bekunden – vorher genügte eine Mehrheit.

Trotz dieser im Interesse der Arbeitgeber durchgeführten Erhöhung der Hürden zeichnet sich die Verlängerung des Ende 2009 ausgelaufenen Mindestlohns für die 450000 Gebäudereiniger im Innenbereich – 8,40 Euro (West) und 6,83 Euro (Ost) – ab. Für Glas- und Fassadenreiniger steigt er sogar auf 11,13 Euro im Westen und 8,66 Euro im Osten. In anderen Branchen wird noch verhandelt, da sich Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht einigen können.



Tarifverhandlungen: Debatte um Mindestlohn geht weiter

Derweil musste Ursula von der Leyen Stellung beziehen, nachdem das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig den von ihrem Vorgänger Olaf Scholz (SPD) für allgemeingültig erklärten Post-Mindestlohn für unwirksam erklärt hatte. „Das Bundesministerium für Arbeit bedauert" das Urteil, war alles, was ihr dazu einfiel, da von vornherein bekannt gewesen war, dass Scholz diesen Mindestlohn einseitig im Interesse der den Briefmarkt dominierenden Deutschen Post durchgedrückt hatte. Sein Ziel war es gewesen, der Post, die noch zu einem Drittel dem Bund gehört, die Billig-Konkurrenz vom Leib zu halten. Der Mindestlohn in Höhe von 9,80 trieb auch prompt einige Konkurrenten in die Insolvenz. Diese drohen nun mit Klagen und Schadensersatzforderungen. Laut Bundesnetzagentur habe der überhöhte Mindestlohn in den wenigen Monaten seiner Gültigkeit 19000 Arbeitsplätze in der Brief- und Zustellbranche gekostet. *Bel*

Diesmal gründlich

Von Konrad Badenheuer

Als wenig tatkräftig hat sich die schwarz-gelbe Bundesregierung bisher erwiesen. Doch eine Reform kommt in diesem Jahr so sicher wie das Amen in der Kirche: Gleich zwei Urteile aus Karlsruhe zwingen den Gesetzgeber zu deutlichen Änderungen beim Arbeitslosengeld II: Die Zuständigkeiten zwischen den Kommunen und den Arbeitsagenturen müssen neu abgegrenzt und die Sätze für Kinder müssen solide berechnet und wohl auch erhöht werden.

Um die erstgenannte Aufgabe zu lösen, zeichnet sich inzwischen eine Grundgesetzänderung ab. Die zweite Vorgabe der Verfassungsrichter wiederum dürfte den Steuerzahler am Ende mehrere Milliarden kosten.

Den 40 (!) Modifikationen von Hartz IV seit Inkrafttreten Anfang des Jahres 2005 folgen nun also mindestens zwei weitere. Der Gesetzgeber ist gut beraten, diesmal alles handwerklich und verfassungsrechtlich einwandfrei auszuarbeiten. Falls das international fast bespiellose Versorgungssystem namens „Hartz IV“ auf Dauer bestehen soll, muss vor allem stärker durchgesetzt werden, dass die Leistungsempfänger etwas für die Gemeinschaft tun. Andernfalls dürfte das System schon in wenigen Jahren wegen Unbezahlbarkeit zusammenbrechen.

Zwiegespalten

Von Rebecca Bellano

Zwei Herzen schlagen bezüglich des Mindestlohn in der Brust der Konservativen. Einerseits passen unfaire Löhne nicht in das christliche Menschenbild. Andererseits spricht die wirtschaftliche Vernunft gegen einen einheitlichen Mindestlohn, wie ihn Gewerkschaften fordern.

Die nun anstehende Hartz-IV-Reform lässt zumindest branchenbezogene Mindestlöhne sinnvoll erscheinen, da Arbeit sich auch für den Arbeitnehmer lohnen soll und daher über den staatlichen Sozialleistungen liegen muss. Doch die Forderungen der Gewerkschaften liegen über dem, was sich mehrere Hunderttausend Arbeitgeber leisten können und eben nicht nur leisten wollen. Allerdings ist es nicht nachvollziehbar, dass der Gesetzgeber bestimmte Formen der Ausbeutung zulässt. Wenn Zimmermädchen auf einen Stundenlohn von 2,80 Euro kommen oder Schlecker-Verkäuferinnen angeblich auf 6,78 Euro in der Stunde, muss der Staat dem einen Riegel vorschieben. Ob sich das Ergebnis dann Mindestlohn nennt oder irgendwie anders gesetzlich reguliert wird, ist den betroffenen Arbeitnehmern egal.

Allerdings sollten auch die Konsumenten nicht überrascht sein, wenn sie aus den Medien erfahren, dass Textilketten, die T-Shirts für 1,99 Euro anbieten, ihre Mitarbeiter ausbeuten. Hier bedarf es keiner großen Rechenkünste, um zu erahnen, dass nicht viel für Verkäufer oder gar asiatische Näherin übrigbleibt. In diesem Fall die Käufer jedoch zum moralisch motivierten Boykott aufzurufen ist naiv, da jene häufig auch der Gruppe der Niedriglöhner angehören.

Patienten: Zur Kasse bitte!

Von Hinrich E. Bues

Der normale Patient macht derzeit eine einfache Beobachtung: Die Kassenbeiträge steigen, die Leistungen sinken. Viele Medikamente muss der Kranke inzwischen selbst bezahlen; Praxisgebühren werden fällig und jetzt höhere Zusatzbeiträge bei vielen Krankenkassen.

Immer mehr Geld im Gesundheitssystem scheint aber keinesfalls für mehr Gesundheit zu sorgen. Die Reformen der letzten Jahre haben wenig gebracht. Der bayrische Gesundheitsminister Markus Söder kritisierte unlängst das „Gewurstel der letzten Jahre“, an dem nicht nur Ulla Schmidt (SPD), sondern auch Söders eigener Parteichef Horst Seehofer maßgeblich beteiligt war.

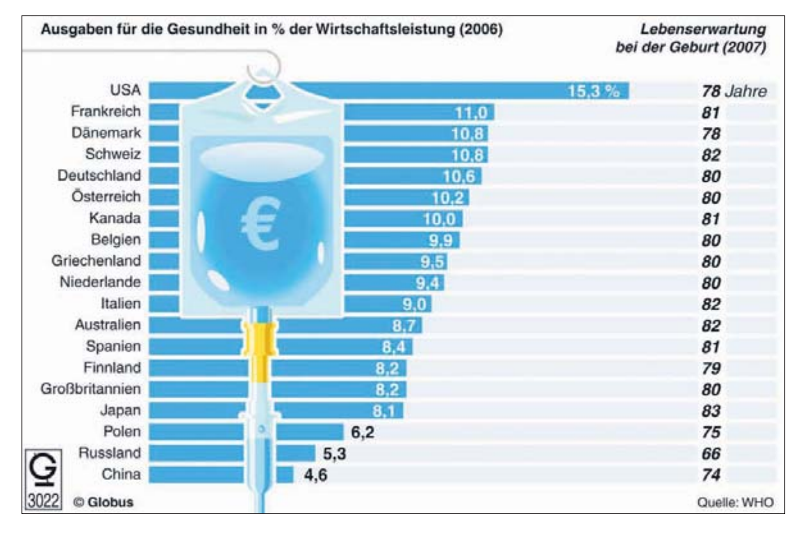
Nun will die FDP einen neuen Anlauf wagen. Doch bevor der neue Bundesgesundheitsminister Philip Rösler (FDP) überhaupt eine Reform begonnen hat, werfen ihm die Christsozialen aus Bayern Steine in den Weg. „Tagträumerei“ nennt CSU-Generalsekretär Dobrindt die liberalen Pläne zur geplanten Gesundheitsprämie. Laut und vernehmlich krachte es in der Talkshow „Maybrit Illner“ im ZDF zwischen Söder und Daniel Bahr (FDP), dem zuständigen Staatssekretär im Gesundheitsministerium. Söder betonte, er stehe den Reformvorstellungen „grundlegend skeptisch“ gegenüber. Wenn das so sei, konterte Bahr, dann müsse man eben auch andere Punkte des Koaltionsvertrages „noch mal neu diskutieren“. Eine Kampfansage der beiden Koalitionäre vor einem Millionenpublikum.

> Ohne Reform bleibt der Patient auf der Strecke

Das hinterlässt nicht nur einen verheerenden Eindruck von der schwarz-gelben Koalition, sondern die Gesundheit der Patienten bleibt wohl zunehmend auf der Strecke. Die Leistungen werden schlechter und die Patienten zahlen mehr. Die Lobbyverbände der Pharmaindustrie, Ärzte und Krankenhausbetreiber sind mächtig. Insbesondere die Krankenkassen haben riesige Verwaltungen aufgebaut. Eine „Komplett-Sanierung“ des Gesundheitssystems, wie sie der Mediziner, Journalist und Autor Werner Bartens fordert, liegt in weiter Ferne.

Eins ist sicher: Die Reform wird für alle schmerzlich sein, wenn das Gesundheitssystem finanzierbar bleiben soll. Von der Vollkasko-Mentalität wird der Bürger Abschied nehmen müssen. Das Gleichgewicht zwischen solidarischen und subsidiären Leistungen muss neu austariert werden. Einfacher gesagt: Jeder wird sich wohl in Zukunft genau überlegen müssen, für welche gesundheitlichen Risiken er eine solidarische Versicherung wirklich braucht und welche Gesundheitsdienste er selbst bezahlen kann und will.

Ein erster Schritt dafür wäre, dass jeder Patient eine Kostenaufstellung erhält, sodass jeder Kranke genau weiß, wie viel Geld eine bestimmte Behandlung tatsächlich kostet oder gekostet hat.



Und die Ausgaben steigen weiter: Bereits 2006 investierte Deutschland 10,6 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes in die Gesundheit seiner Bürger. Doch je älter die Menschen werden, desto höher die Ausgaben in diesem Bereich, so dass sich die Frage stellt, wie viel Gesundheit sich Deutschland in Zukunft noch leisten kann und will.

Bild: pa

Gastkommentar

Noch Glut unter der kalten Asche?

Von Jürgen Liminski

Es war der Diplomat, Schriftsteller und Politiker Francois Rene Chateaubriand, der vor knapp 200 Jahren, 1818, eine Zeitschrift mit dem Titel „Le Conservateur“ gründete und darin auf der ersten Seite beschrieb, worin denn das Konservative bestehe. Es bestehe nicht, so Chateaubriand, im Festklammern an einen Status quo, sondern „en conservant les saines doctrines“ – im Bewahren der gesunden Lehren, im Hochschätzen dessen, was immer gilt, in den Werten von immer. Was aber, wenn eine Partei sich nicht mehr zu diesen Werten bekennt, weil diese sich angeblich gewandelt hätten? Was, wenn die Parteispitze diese Werte nur noch auf Lippen und nicht mehr in Taten zum Ausdruck bringt? Was passiert mit den Wählern, die im Vertrauen auf das Fundament dieser Werte diese Partei gewählt haben? Ganz einfach: Sie wählen nicht mehr, jedenfalls nicht mehr diese Partei. Denn wenn nur noch klar ist, wohin eine Partei inhaltlich wandert (nach links) und nicht mehr, wofür sie steht, dann trifft die Analyse der „Neuen Zürcher Zeitung“ über die CDU ins Schwarze: „Programmatische Beliebigkeit erleichtert zweifellos den Zugang – aber eben auch den Absprung“.

Die Kanzlerin und ihre Führungscrew müssen sagen, was sie unter konservativ verstehen. In der Großen Koalition konnte Merkel präsidieren und moderieren, sie konnte Entscheidungsschwäche als Stärke auslegen (lassen). In einer bürgerlichen Koalition, die wegen bestimmter Inhalte und Erwartungen gewählt wurde, geht das nicht mehr. Diese Inhalte werden nun zur Schicksalsfrage der Union. Die Partei kann nicht mehr nur Sozialklempnerei betreiben, wenn ein Gesellschaftskonzept gefragt ist. Sie kann nicht mehr Steuerpolitik nach dem Gießkannenprinzip ausüben, wenn die soziale Mitte schmilzt und die Menschen nach sozialer Gerechtigkeit fragen. Auch in der Außenpolitik sind Konzepte gefragt, in Europa und der Türkei-Frage ebenso wie am Hindukusch und anderen Brennpunkten der Welt.

> Bürgerliche Koalition wurde wegen bestimmter Inhalte gewählt

Das Christliche hatte der Partei eine Politik aus einem Guss gegeben, weil es ein Koordinatensystem bietet, in dem der Mensch über Detailfragen hinaus seinen Platz in der Welt finden konnte. Dazu braucht es keine tausend Programme. Die zehn Gebote wären Richtschnur genug, etwa der Satz „Du sollst nicht töten“ (Abtreibung) oder das vierte Gebot (Generationenvertrag und Generationengerechtigkeit). Natürlich ist der Konservative auch weltoffen. Aber wenn Moscheen mit allen Begleiterscheinungen (Muezzin-Rufe) das Lebensbild zu bestimmen drohen und ein CDU-Ministerpräsident, in diesem Fall Carstensen, sich darüber freut, ja, wenn die Muslime in Rendsburg sich darüber beschweren, dass der Muezzin-Ruf nicht mindestens so laut sein dürfe wie christliches Glockenläuten, dann ist die Grenze des Erträglichen auch für Konservative erreicht.

Überhaupt das Christliche: Es nützt nicht viel, dass der neue Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans Gert Pöttering, auf das große Verdienst der Gründerväter der CDU hinweist, die konfessionellen Trennungen und Grenzen überwunden und so erst eine Volkspartei im bikonfessionellen Deutschland geschaffen zu haben. Denn es geht beim Konservativen nicht um Kirchenbindung, es geht um Freiheit, um das personale Menschenbild und die damit verbundene Natur des Menschen. Wer sich dazu bekennt, der bekennt eine Schöpfungsordnung, zu der auch Ehe und Familie und auch angeblich verstaubte Begriffe wie Vaterland, Ehre und Wahrheit gehören. Und der Bekennende bindet sich an diese Ordnung aus freien Stücken, weil er glaubt, dass sie gut und richtig ist. Daraus ergeben sich dann Entscheidungen, etwa im Bereich des Lebensschutzes. Denn das Bekenntnis enthält ein Konzept von Freiheit, das sich unterscheidet von dem Konzept der Autonomie der 68er.

Freiheit zu ist das Lebensprinzip der Konservativen und nicht Freiheit von. Freiheit als „tätige Kraft“ (vis operans nannte es Thomas von Aquin), als Entscheidungskraft und nicht als Option, die ständig offengehalten wird. Nicht die Werte haben sich gewandelt, sondern das Bekenntnis zu ihnen. Im freien Bekenntnis zu den „Werten von immer“ (Chateaubriand) trotz wandelnder Umstände liegt die Kraft eines zukunftsfähigen Konservatismus. Ohne diese Kraft wird es schwierig, den Staat zusammenzuhalten. Denn mit der Freiheit und dem politischen Bekenntnis zu Werten schwinden auch die Bindungskräfte. Ohne die Konservativen ist kein Staat zu machen.

Nur: Gibt es das bürgerliche Lager noch? Man kann sich sogar fragen, ob es das jemals wirklich gegeben hat, oder sich mit dem Historiker Theodor Mommsen klagend über das Versagen des deutschen Bürgertums auslassen. Tatsache ist, dass die Leistungselite, die in den vergangenen Jahrhunderten den Geburtseliten konkurrierend entgegentrat, so etwas wie den Mittelstand zwischen der bäuerlichen Bevölkerung auf der einen und dem Adel auf der anderen Seite begründete. Sie schuf soziologisch die Mittelschicht und mit ihr die bürgerliche Gesellschaft. Man könnte allenfalls noch das „die Stände übergreifende Prinzip individueller Leistung und Qualifikation“ bemühen, wie Lothar Gall das „Bürgertum in Deutschland“ bezeichnet, um zum Lagerdenken zu kommen. Aber auch das wäre für die Union gefährlich. Denn wo honoriert die CDU noch individuelle Leistung? Wo steht sie überhaupt noch für Prinzipien? In der FDP sammeln sich mittlerweile sehr viel mehr bürgerliche Elemente im Sinne einer Gesellschaft der Freien und Leistungsträger.

> Es geht beim Konservativen nicht um Kirchenbindung, sondern um Freiheit

Lagerparolen ersetzen kein Programm. Es geht nicht ohne programmatische Kernelemente. Der Wähler will und muss sich entscheiden können. Er braucht Identifikationsflächen. Die entstehen durch Werte, genauer: Orientierungswerte des Lebens wie Heimat, Glaube, Familie. Das bietet die Unionsspitze nicht mehr. In der CDU dominiert heute das Wirtschafts- und Arbeitsmarktdenken. Man mag mit Mommsen der Meinung sein, es sei „nicht möglich“, ein wirklicher Bürger zu sein „in unserer Nation, bei der der einzelne, auch der Beste, über den Dienst im Gliede und den politischen Fetischismus nicht hinauskommt“. Es mag auch sein, dass das obrigkeitsstaatliche Denken in Deutschland, das vom Kaiser auf die Parteien übergegangen ist, den (noch) großen Parteien an die fünfzig Prozent der Wähler sichert. Aber das sind nur Prozentpunkte und die Nichtwählerzahl wächst.

Es ist wohl noch etwas Glut unter der kalten Asche des Lagerfeuers bei den sogenannten Bürgerlichen. Aber die Union wird nur dann an der Macht bleiben können, wenn sie mit der CSU an die 40 Prozent heranreicht. Dafür muss sie, statt links zu wildern, ihre verlorenen Wähler wieder sammeln. Die CSU könnte diese Wähler erreichen, denn sie hat noch programmatische Substanz – aber sie müsste bundesweit antreten. Sie stand schon einmal vor dieser Frage. 1977 aber verhinderten die Barone in der Partei diese Strategie von Strauß mit dem Argument: Dann verlieren wir die absolute Mehrheit in Bayern. Die ist jetzt sowieso perdu. Eine bundesweite CSU würde die Vertriebenen „heimholen“, auch die Wertkonservativen. Vielleicht bricht die Diskussion wieder auf, wenn Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen verliert. Ob jetzt oder später – die inhaltliche Debatte lässt sich nicht mehr wegwischen.

Jürgen Liminski (1950) ist Journalist und Buchautor. Der Katholik und Vater von zehn Kindern arbeitet unter anderem für den Deutschlandfunk.*

Preußens Glanz und Fall

Schloss Schönhausen ermöglicht einen Rundgang zwischen historischer Glorie und Geschmacklosigkeiten

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) konnte im Schloss Schönhausen den 10000. Besucher seit Eröffnung am 19. Dezember 2009 begrüßen. Ein Blick auf die Geschichte des Hauses macht deutlich, was den Gast dort erwartet.

Das wieder geöffnete Schloss Schönhausen in Pankow ist heute der Ort in Berlin, an dem sich Preußens Aufstieg und Fall wie in einer Nussschale erfahren lässt. Elisabeth Christine, Friedrichs II. ungeliebte Gattin, verlebt dort ihre Sommer und schreibt Bücher über die Einsamkeit einer christlichen Königin. Warum das Ehepaar nie zueinander findet, ist eine Frage, über die kluge Köpfe lange nachgedacht haben. Eine wirklich befriedigende Antwort wird man vermutlich darauf nie geben können.

Während der NS-Diktatur wird Schönhausen ein modernes Ausstellungshaus. Die Nationalsozialisten lagern dort wichtige Werke der so genannten entarteten Kunst. Nach dem Untergang Preußens in den Flammen des Zweiten Weltkriegs richtet die Sowjetische Militäradministration hier 1945 eine Schule für Offizierskinder ein. 1949 benötigt man einen repräsentativen Sitz für den ersten Präsidenten der DDR. Wilhelm Pieck zieht in Schönhausen ein. Pieck ist es dann auch, der mit einer Mauer um den inneren Gartenbereich des Schlossparks das Volk der Arbeiter und Bauern auf Distanz hält. Auf seinem Schreibtisch werden die Direktiven und Todesurteile aus der Machtzentrale der SED zu Gesetzen und erhal-

Das Volk der Arbeiter und Bauern auf Distanz gehalten

ten den Anschein der Rechtsstaatlichkeit.

1960 stirbt Wilhelm Pieck, und in Schönhausen tagt vier Jahre lang der neu gegründete Staatsrat der DDR. Danach wird das Schloss zum Gästehaus der DDR-Regierung. Zu den temporären Bewohnern gehören Diktatoren wie Ho Chi Minh, Nikita Chruschtschow und Fidel Castro. Letzter Staatsgast der kommunistischen DDR ist am 7. Oktober 1989 übrigens Michail Gorbatschow, der am Untergang der Deutschen Demokratischen Republik bekanntlich nicht ganz unbeteiligt war.



Preußens Glanz: Treppenhaus in Schloss Schönhausen — Bilder (2): Hans Bach, SPSG

Nach der 1989er Revolution steht in der Präsidialkanzlei, einem Nebengebäude von Schloss Schönhausen, der „Zentrale Runde Tisch", an dem die neue mitteldeutsche Demokratie erstmals erfolgreich erprobt wird. Am nämlichen Ort finden dann auch die Zwei-plus-Vier-Gespräche über die deutsche Einheit statt, aus denen der Staatsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie Frankreich, den USA, Großbritannien und der Sowjetunion hervorgeht und der am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wird.

Wie sich leicht denken lässt, ist der Weg vom preußischen Rokoko bis zu dem, was man in der DDR für den „letzten Schrei" hält, folgenreich und weit. Aus dem königlichen Interieur einer Elisabeth Christine ist eine Mischung aus Schleiflack und Albtraum geworden. Doch Schönhausen ist nicht nur im Innern gar grauslich anzuschauen. Das alte Haus ist bis auf den Grund marode.

Womit sich die Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten bei der Übernahme 1990 nicht abfinden will. Nach der Generalrenovierung ist jetzt über den Preußenzauber hinaus auch



DDR-Pracht: Damenbadezimmer für Staatsgäste

die Geschichte des Hauses sichtbar geworden. Wie in einem archäologischen Aufriss sind alle Epochen des Hauses entweder freigelegt oder originalgetreu wiederhergestellt worden. Im Erdgeschoss dominiert das Rokoko der preußischen Königin Elisabeth Christine, im zweiten Stock, den man über eine der schönsten Treppen Berlins erreicht, wird das Büro Wilhelm Piecks präsentiert – der über seinen Schreibtisch perfiderweise ein Bildmotiv vom Barmherzigen Samariter gehängt hat, das Ulbricht dann freilich gegen einen „Aufbauölschinken" austauschte. Selbst das lila gekachelte Staatsgästebad ist in seiner geballten Stiltristesse jetzt wieder zu bewundern.

Überdies haben Generaldirektor Hartmut Dorgerloh und Sammlungsdirektor Samuel Wittwer in Schloss Schönhausen der Sammlung Schlobitten endlich die Heimat gegeben, die ihr zusteht. Die Familie Dohna war mit dem Hause Hohenzollern aufs Engste verbunden. Sie zählt zu den vornehmsten Adelshäusern Europas. Die ersten des Stamms saßen seit dem 15. Jahrhundert in Ostpreußen. „Der Burggraf Albrecht zu Dohna (1621–1677) leistet als kurbrandenburgischer Generalleutnant, Geheimer Rat, Gouverneur der Festung Küstrin und neumärkischer Regierungsrat seinen Dienst für Brandenburg-Preußen. Andere folgen ihm darin nach. Die sich daraus ergebenden verwandtschaftlichen Beziehungen der Dohnas und der brandenburgischen Hohenzollern begünstigen über Generationen die gemeinsame Orientierung in politischen, militärischen, kulturellen sowie in Glaubensfragen", so der ausgezeichnete Katalog zur Wiedergeburt von Schloss Schönhausen.

In einem Kranz von mehr als einem halben Dutzend anderen Besitzungen in Ostpreußen war Schloss Schlobitten das größte, und eine Perle des Barock. Alexander Fürst zu Dohna (1899–1997) ist dort der letzte Majoratsherr. Seinem Weitblick ist es nicht nur zu danken, dass wertvolle Kunstschätze des Hauses gerettet werden konnten (der ahnungsvolle Fürst verschickte sie schon ab 1943 weit in den Westen Deutschlands), Fürst Alexander ist es auch, der am 22. Januar 1945 mit einem Treck unter seiner Leitung aufbricht und mit

Schloss gibt der Sammlung-Schlobitten eine Heimat

zuletzt 330 Menschen, 140 Pferden und 38 Wagen das sichere Weseruufer erreicht. Diese Flucht kann in dieser Form nur gelingen, „weil die seit langer Zeit bestehende Ordnung, das Verhältnis von Vorgesetzten zu Untergebenen, alles in allem unangetastet blieb. Das fest eingefahrene Gefüge hielt die Menschen zusammen, dank des Vertrauens zu mir", wie der Herr des Hauses Dohna in einer im Schloss Schönhausen jetzt zugänglich gemachten Tondokumentation selbst erläutert.

Hier ist – und sogar im Originalton – noch einmal zu hören, was das alte Preußen einst ausgemacht hat. So wie Fürst Dohna könnte Theodor Fontane gesprochen haben, der in seinen Novellen und Romanen, aber auch in seinem Reisejournal „Wanderungen durch die Mark Brandenburg", den guten Geist Preußens und das Beste der preußischen Männer und Frauen beschwört. Ein Stück davon ist jetzt im Schloss Schönhausen ebenso zu besichtigen wie die Folgen seines Absturzes in den Orkus der Geschichte.

Ist aus diesem Absturz zu folgern, dass die Hohenzollern Deutschlands Nemesis waren? Diese Frage wird im wieder glänzend dastehenden Schloss Schönhausen nicht gestellt, und sie gehört wohl auch in ein anderes Kapitel der deutschen Kulturgeschichte. Ein Kapitel allerdings, das – vielfältig und differenziert ausgeleuchtet – gewiss dort seinen Platz einnehmen sollte, wo in einigen Jahren das dann wiedererrichtete Stadtschloss jene Leerstelle schließt, die heute noch mitten im Herzen Berlins auf eine Wunde verweist, die in mehr als nur einer Beziehung immer noch nicht geschlossen ist. *Ingo Langner*

Er entschied sich für den bürgerlichen Weg

Eine Ausstellung in Berlin erinnert an Fritz Bleyl, einen Mitgründer der Künstlergruppe »Brücke«

Als vor fünf Jahren der Gründung der Künstlergruppe „Brücke" im Jahr 1905 gedacht wurde, da fielen die Namen Ernst Ludwig Kirchner, Erich Heckel, Karl Schmidt-Rottluff und Fritz Bleyl. Während die drei Erstgenannten hinlänglich bekannt sind, können nur ausgewiesene Kenner etwas mit dem Namen Fritz Bleyl anfangen. Eine Ausstellung im Berliner „Brücke"-Museum ruft den Künstler in die Erinnerung zurück.

Fritz Bleyl wurde 1880 als Hilmar Friedrich Wilhelm Bleyl in Zwickau geboren und wuchs im Erzgebirge auf. Schon früh zog es ihn zur Kunst, doch nahm er auf Wunsch seiner Eltern 1901 ein Architekturstudium an der Technischen Universität Dresden auf. Bereits im ersten Semester lernte er Ernst Ludwig Kirchner kennen, mit dem ihn bald eine enge Freundschaft verband. Nach der Gründung der Künstlergruppe „Brücke" beteiligte sich Bleyl aktiv an den gemeinsamen Ausstellungstätigkeiten. Auch schuf er eine Reihe bedeutender Plakate und Einladungskarten für das Auftreten der Gruppe in der Öffentlichkeit. Sein Architekturstudium schloss Bleyl im Gründungsjahr der Brücke ab. Eine Lehrtätigkeit an einer privaten Bauschule führte ihn im Oktober 1906 ins sächsische Freiberg. Anders als seine Freunde Kirchner, Heckel, Pechstein und Schmidt-Rottluff entschied sich Bleyl für den bürgerlichen Weg und trat 1907 aus der Künstlergruppe aus. „Die radikale Wende in der Kunst der ‚Brücke' zu einem neuen, expressionistischen Stil machte er daher nicht mit – dennoch ist sein Werk exemplarisch für die frühe ‚Brücke'-Kunst zu nennen, als Vorarbeit und Ausgangspunkt einer revolutionären Kunstentwicklung", so die Kunsthistoriker des „Brücke"-Museums. Bleyl war nun als Lehrer und Dozent sowie als Architekt in Rostock, Berlin-Neukölln und Brandenburg tätig, 1916 schloss er seine Dissertation ab, nahm als Soldat in Ostpreußen am Ersten Weltkrieg teil und machte später Reisen in die Alpen und nach Italien. 1945 wurde er aus dem Lehramt entlassen und zog nach Lugano in der Schweiz. Fritz Bleyl starb 1966 in Iburg. Der Architekt und Künstler schuf vor allem graphische Blätter und Zeichnungen, führte aber ein zurückgezogenes Leben und zeigte seine Arbeiten nicht mehr in der Öffentlichkeit. Die erste Einzelausstellung in Berlin nach 15 Jahren zeigt unter anderem eine Auswahl noch nie veröffentlichter Arbeiten aus den Beständen des Museums. *Silke Osman*



Fritz Bleyl: Kornhocken (Aquarell, 1907, Ausschnitt)

Die Ausstellung im Brücke-Museum, Bussardsteig 9, Berlin, ist bis zum 25. April täglich außer dienstags von 11 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 5 Euro.

In Kürze

Güstrow feiert Ernst Barlach

Selbstbewusst hat sich Güstrow den Zusatz „Barlachstadt" zugelegt. Zu Recht. Denn obwohl im Januar 1870 in Wedel bei Hamburg geboren, im Oktober 1938 in Rostock gestorben und in Ratzeburg beigesetzt, hat Ernst Barlach nicht nur die letzten 28 Jahre seines Lebens in Güstrow verbracht und gearbeitet und dort sein Hauptwerk geschaffen. Auch sein umfangreicher Nachlass blieb in der Stadt im Herzen Mecklenburgs. 1910 war der Bildhauer, Graphiker und Dramatiker nach Lehr- und Wanderjahren in Deutschland, Frankreich, Italien und Russland als 40-Jähriger Bürger der Stadt geworden.

Nicht zuletzt sein „Schwebender", eine über zwei Meter große Bronzeplastik, aufgehängt im südlichen Seitenschiff des Güstrower Doms, hat den Künstler über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt gemacht. Im Jubiläums-



Sondermarke für den Maler und Bildhauer Barlach — Bild: Archiv

jahr hat Güstrow es sich nicht nehmen lassen, damit eine Sondermarke (0,55 Euro) in einer Auflage von 3000 Stück herauszugeben (Erwerb nur vor Ort). Barlach verarbeitete in seinem Werk nicht nur die Schrecken und Folgen des Ersten Weltkrieges. Er widmete sich dem Menschen mit all seinen Facetten. Dabei schuf er zeitlose Gestalten, „Repräsentanten der kämpfenden, leidenden und überwindenden Menschheit", wie Carl Georg Heise es ausdrückt.

Erstmalig beschäftigt sich in diesem Jahr dazu eine Ausstellung umfassend mit Barlachs Frauengestalten in Kunst und

Frauengestalten im Werk des Künstlers

Literatur. Präsentiert werden Bildwerke von den frühen bis zu den späten Jahren. Eröffnet wird die Ausstellung am 11. Juni im Museum Moderner Kunst Wörlen in Passau im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen, die 2010 unter dem Motto „FrauenGestalten" stehen. Danach wird sie vom 29. August bis Dezember im ehemaligen Atelierhaus des Künstlers in Güstrow selbst zu sehen sein. Zum Auftakt des Jubiläumsjahres werden dort derzeit noch bis zum 24. Mai in einer Sonderausstellung Zeichnungen und Druckgraphik des Künstlers gezeigt. Außer diesem authentischen Gedenkort am Inselsee besitzt Güstrow einen weiteren wichtigen Ausstellungsort im Zentrum. Die spätmittelalterliche Gertrudenkapelle ist heute Barlach-Museum. Dort stehen so bedeutende Holzskulpturen wie der „Lesende Klosterschüler", die „Gefesselte Hexe", der „Wanderer im Wind" oder der „Zweifler". *Helga Schnehagen*

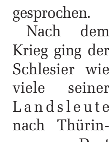
Das Atelierhaus ist vom 1. November bis 31. März Dienstag bis Sonntag von 11 Uhr bis 16 Uhr und vom 1. April bis 31. Oktober Dienstag bis Sonntag von 10 Uhr bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 5 / 3,50 Euro.

Der erste Minister der Vertriebenen

Hans Lukaschek war in Bundeskanzler Konrad Adenauers erstem Kabinett für die Angelegenheiten der Vertriebenen zuständig, zu denen er selber gehörte. Vor 125 Jahren kam der Schlesier als Sohn eines Schulrektors in Breslau zur Welt. Nach einem rechts- und staats- sowie volkswirtschaftlichem Studium ging Lukaschek in die öffentliche Verwaltung, wechselte aber schon bald in die Kommunalpolitik. Der Katholik engagierte sich politisch im Zentrum. Als dessen Kandidat wurde Lukaschek 1916 Bürgermeister von Rybnik und 1919 kurz Landrat des gleichnamigen Kreises.

Noch im selben Jahr gab er das Landratsamt wieder auf, um dem Wunsch seiner Partei folgend, den Abstimmungskampf der deutschen Seite beim Volksentscheid von 1921 um die Staatszugehörigkeit Oberschlesiens zu leiten. Nach der Abstimmung vertrat er dann ab 1922 das Reich in der Gemischten Kommission für Oberschlesien. Lukaschek hatte sich mit seiner erfolgreichen „Abstimmungspropaganda“ für höhere Aufgaben empfohlen. 1927 wurde er Oberbürgermeister des oberschlesischen Hindenburg und 1929 dann Oberpräsident von Oberschlesien und Regierungspräsident von Oppeln.

Nach ihrer „Machtergreifung“ versetzten die Nationalsozialisten den bekanntermaßen NS-kritischen und judenfreundlichen Zentrumsmann noch im selben Jahr in den Ruhestand. Die folgenden Jahre verdiente Lukaschek als Anwalt in Breslau sein Geld. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er verhaftet, aber vom Volksgerichtshof freigesprochen.


Lukaschek

Nach dem Krieg ging der Schlesier wie viele seiner Landsleute nach Thüringen. Dort übernahm er im Kabinett Rudolf Pauls das Ressort Land- und Forstwirtschaft, wurde wegen seiner Ablehnung der Bodenreform jedoch entlassen und flüchtete in den Westen Berlins, wo er wie in der NS-Zeit wieder als Anwalt tätig wurde. Nach Zwischenstationen als Richter in Königstein im Taunus und Köln übernahm er 1949 die Präsidentschaft für das „Hauptamt für Soforthilfe“, das den Lastenausgleich für Vertriebene und Kriegsgeschädigte durchführen sollte. Damit war er prädestiniert, nach der ersten Bundestagswahl das entsprechende Ressort in der Bundesregierung zu übernehmen.

In Lukascheks Amtszeit fallen das Soforthilfe-, das Flüchtlingssiedlungs-, das Lastenausgleichs- sowie das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz. Allerdings monierte insbesondere der Bund der vertriebenen Deutschen, ein direkter Vorläufer des BdV, mangelnde Lobbyarbeit des dezenten Preußen. Als die CDU nach der zweiten Bundestagswahl 1953 mit dem Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten eine Koalition einging, wurde Lukaschek durch Theodor Oberländer vom GB/BHE ersetzt.

Den Rest seines Lebens widmete sich Lukaschek der Tätigkeit als Vorsitzender des katholischen Vertriebenenwerkes, Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes und Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Noch im Jahre seines Ausscheidens aus dem Kabinett war er nach Freiburg am Breisgau umgezogen, wo er vor 50 Jahren, am 26. Januar 1960, einem Herzschlag erlag. *M.R.*

Berühmt durch seine Mätresse

Ludwig XV.: Friedrichs II. französischer Gegenspieler in den Schlesischen Kriegen

Ludwig XIV. ist als „Sonnenkönig“ in die Geschichte eingegangen und Ludwig XVI. als der Monarch, den die Französische Revolution den Kopf kostete. Dazwischen gab es Ludwig XV. Vor 300 Jahren, am 15. Februar 1710, kam der Herrscher, den die meisten vor allem wegen seiner Mätresse Madame de Pompadour kennen, in Versailles zur Welt.

Ludwig hatte es schwer, in die Fußstapfen seines Urgroßvaters Ludwig XIV. (1638–1715) zu treten. Sein Vater und sein älterer Bruder waren früh verstorben, so dass der zum Regieren nicht geeignete Fünfjährige erst einmal unter die Vormundschaft seines Onkels, des Herzogs Philipp II. von Orléans (1674–1723), gestellt wurde. Der überließ anderen die Erziehung seines Mündels, das nun von Jugend auf daran gewöhnt war, seine Regentschaft nach den Schmeicheleien seiner jeweiligen Ratgeber zu richten.

Der erste Erzieher des künftigen Königs war der Bischof von Fréjus, André-Hercule de Fleury (1653–1743), der später zum Kardinal ernannt wurde. In der Zeit, in der Fleury Einfluss auf den König hatte, blieb der französische Staatshaushalt noch einigermaßen in Ordnung. Das änderte sich aber nach Fleurys Tod.

Ludwig, der an seinem 13. Geburtstag den Thron Frankreichs bestiegen hatte und mit 15 Jahren mit der sieben Jahre älteren polnischen Prinzessin Maria Leszczynska (1703–1768) verheiratet worden war, mit der er elf Kinder zeugte, fand Gefallen am Umgang mit dem weiblichen Geschlecht. Er „bediente“ zwar seine Gattin, hatte aber gleichzeitig stets irgendwelche Mätressen.

Ab 1745 überließ sich Ludwig erst einmal völlig dem sexuellen Einfluss der Pompadour. Umgehend machte er sie zu seiner offiziellen Mätresse (maitresse en titre). Noch im Juli desselben Jahr erhob er sie in den Adelsstand. Des weiteren schenkte er ihr einen Landsitz und ein Wappen. Sie war die erste Bürgerliche, die es soweit gebracht hatte.

Ihre intime Beziehung zum König soll zwar nur bis 1751 gedauert haben, doch verstand sie es, sich durch geschicktes Verhalten nicht nur bei den Hofschranzen, sondern sogar bei der Königin


Ludwig XV.: Gemälde von Hyacinthe Rigaud (1659–1743)

Maria Leszczynska, die sie im Jahre 1756 zu einer ihrer Hofdamen ernannte, so beliebt zu machen, dass sie weiterhin die bevorzugte Ratgeberin des Königs blieb. Durch ein geschickt geflochtenes Netz von Beziehungen war sie bald unangreifbar. Sie gab Unsummen für Bauvorhaben und die Förderung von Kunst und Wissenschaft aus.

Auf den Siebenjährigen Krieg (1756–1763) gewann sie dominanten Einfluss. Dieser entstand dadurch, dass der österreichische Staatskanzler Wenzel Anton Graf Kaunitz (1711–1794) dem österreichischen Botschafter in Paris, Georg Adam Graf Starhemberg den Auftrag erteilte, Frankreich ein weitreichendes Bündnisangebot zu machen, und es diesem überließ, ob er sich direkt an den König oder zuerst an sie wenden wollte. Der Botschafter spielte gewissermaßen über Bande und gewann die Pompadour für den Plan eines Revanchekrieges gegen Preußens. Diesen Krieg machte die Französin mit Ausdauer und nie nachlassender Energie zu ihrem eigenen Projekt.

Nachdem Preußen in der Konvention von Westminster am 16. Januar 1756 mit England ein Abkommen getroffen hatte, bespielte Pompadour mit äußerster Geschicklichkeit die emotionale Saite und schürte in Paris die bornierte Empfindlichkeit der politischen Kräfte gegen diesen angeblichen Affront. Sie veranlasste König Ludwig zu Verträgen mit Österreich und ließ im Siebenjährigen Krieg die vertraglich zugesagten 24000 Soldaten bis auf 80000 Mann aufstocken, die dann in drei Armeen in Westdeutschland einmarschierten. Selbst die Niederlage bei Roßbach vom 5. November 1757 konnte sie nicht von ihrem Vorhaben abbringen, da sie den Kampf gegen Friedrich als ihr politisches Lebenswerk betrachtete.

Pompadour setzte sich dabei gegen starke Kräfte in Paris durch, die eher die Marine als das Heer fördern wollten, um den Engländern nicht die Vormacht in den überseeischen Gebieten zu überlassen. Ludwig, der an dem Leben mit Mätressen Gefallen gefunden hatte und sich nun kaum noch aktiv an der Politik seines Landes beteiligte, verspielte unbegreiflicherweise die Vormachtstellung Frankreichs in Nordamerika, in Indien und in der Karibik.

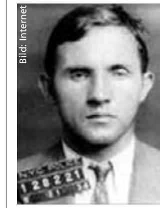
Zwar wusste sich Ludwig im Kampf der nordamerikanischen Siedler gegen England um ihre Unabhängigkeit zu rächen, indem er im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775–1783) gegen England eingriff. Aber gegen den Niedergang der Königsherrschaft in Frankreich unternahm er nichts, so dass sein Nachfolger Ludwig XVI. am 21. Januar 1793 auf der Guillotine endete. Ludwig XV. selber starb am 10. Mai 1774 an den Pocken.

Jürgen Ziechmann

Gerechte Strafe oder Justizirrtum?

Ob Bruno Richard Hauptmann 1932 den damals einjährigen Charles Lindbergh III., den Sohn des Luftfahrtpioniers Charles Lindbergh und dessen Ehefrau Anne Spencer Morrow, tatsächlich erst entführt und dann trotz Lösegeldzahlung ermordet hat, ist zweifelhaft. Unzweifelhaft ist hingegen, dass er zum Sündenbock geradezu prädestiniert war. Der 1899 in Kamenz geborene Sachse hatte eine kriminelle Vergangenheit, war deutscher Herkunft und konnte seine Einwanderung weder mit rassistischer noch politischer Verfolgung durch die Nationalsozialisten legitimieren, denn er war bereits 1924 (illegal) immigriert.

Die Justiz wurde auf ihn aufmerksam, weil er am 18. September 1934 an einer Tankstelle mit einem Zehn-Dollar-Schein zahlte, der aus dem Lösegeld stammte, das die Lindberghs für ihren am 1. März 1932 entführten Sohn gezahlt hatten. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurden weitere 14600 US-Dollar der erpressten 50000 Dollar in Hauptmanns Garage gefunden. Des Weiteren fanden die Fahnder auf der Rückwand eines Schrankes Name und Telefonnummer des ehemaligen Lehrers Francis Condon, der das Lösegeld als Vermittler übergeben hatte. Hauptmann wurde von Condon als derjenige identifiziert, dem er auf einem Friedhof das Geld gegeben hatte und von Lindbergh als derjenige Entführer, der mit ihm telefonisch in Kontakt getreten war. Auch meinte ein Graphologe feststellen zu können, dass alle eingegangenen schriftlichen Lösegeldforderungen von Hauptmann geschrieben worden seien. Als belastend erwies sich auch der Nachweis, dass eine bei der Entführung des Kindes aus seinem Zimmer im zweiten Stockwerk des Elternhauses benutzte Holzleiter in Hauptmanns Tischlerwerkstatt angefertigt worden war.


Bruno Richard Hauptmann

Gegen diese belastenden Indizien hatte Hauptmann einen schweren Stand. Da nützte es ihm nichts, dass ein Reporter noch vor dem Schuldspruch gestand, Condons Name und Telefonnummer auf die Schrankrückwand geschrieben zu haben. Die Stichhaltigkeit von Hauptmanns Angaben für die Tatzeit wurde nicht hinlänglich überprüft. Und schließlich wurde Hauptmanns Erklärung, die Scheine aus dem Lösegeld von einem Isidor Fish erhalten zu haben, um sie für ihn aufzubewahren, nicht überprüft. Dabei hat es diesen Mann nicht nur tatsächlich gegeben, sondern er hat sich auch mit einer Flucht nach Europa sowie damit, dass er die Fahrkarte hierfür mit Goldzertifikatnoten wie aus dem Lösegeld bezahlt hat, verdächtig gemacht.

Vor 75 Jahren, am 13. Februar 1935, wurde Hauptmann trotz Unschuldsbeteuerungen in einem Indizienprozess schuldig gesprochen. Nach dreimaligem Aufschub und Ablehnung eines Begnadigungsantrags wurde das Todesurteil am 3. April 1936 vollstreckt. Am Vorabend hatte der 36-Jährige den Behörden einen Brief überbringen lassen mit der Anklage: „Sie wissen, dass man nicht die Wahrheit gesagt hat ... Gott wird über mich und Sie richten!“

Manuel Ruoff

Freund und Feind geholfen

Gemeinsames Erinnern an praktizierte Nächstenliebe der Flensburger im Krieg von 1864

Alljährlich ziehen am 6. Februar Hunderte Flensburger zu Fuß in den knapp zehn Kilometer entfernten Ort Oeversee. Erinnert wird mit dem Gedenkmarsch an die Hilfe der Flensburger Bürger für die Verwundeten und Gefangenen des für beide Seiten verlustreichen Gefechts vom 6. Februar 1864 während des Deutsch-Dänischen Krieges.

Die Dänen hatten zuvor die Stellungen am Danewerk aufgegeben und zogen sich im Schneesturm und auf spiegelglatten Wegen nach Norden zurück. Nördlich von Oeversee entwickelte sich zwischen der dänischen Nachhut und den mit Preußen verbündeten österreichischen Truppen ein erbitterter nächtlicher Nahkampf, der mit einer dänischen Niederlage endete. Neben vielen Toten blieben 134 Dänen und 326 Österreicher bei eisiger Kälte unversorgt als Verwundete auf dem Gefechtsfeld zurück. Am nächsten Morgen machten sich Flensburger Bürger nach Oeversee auf, um die Versehrten und 542 dänische Gefangene ohne Ansehen der Uniform mit Decken, Verpflegung, Verbandsmaterial und Medikamenten zu versorgen, bis endlich österreichische Sanitäter eintrafen.

Militärisch hatte das „Treffen am Sankelmarker See“ nur nachgeordnete Bedeutung, auch wenn damit der Weg der preußischen Truppen zum kriegsentscheidenden Gefecht bei den Düppeler Schanzen am 18. April geebnet war und der Sieg in Österreich bejubelt wurde. Es setzte jedoch ein Zeichen der Humanität, das bis heute Bestand hat. Die Flensburger gründeten das „Hülfskomitee von 1864“, das zu Spenden aufrief. Der Aufruf war so erfolgreich, dass nicht nur für die Verwundeten gesorgt wurde, sondern von dem Überschuss auch Einzel- und Massengräber angelegt wurden, in denen die Gegner teilweise gemeinsam beigesetzt wurden. Außerdem wurden mehrere Denkmäler errichtet, die von der Härte des Gefechts zeugen.

Ehrenwache der Bundeswehr am Österreicher-Denkmal

Aus dem Hülfskomitee entwickelte sich bald darauf das „Stammkomitee von 1864“ als Träger des Oeversee-Gedankens, Deutschlands einziger eingetragener Verein mit lediglich fünf Mitgliedern, die auf Lebenszeit berufen werden. Das Stammkomitee veranstaltet seit 1865 den alljährlichen Oeversee-Gedenkmarsch. Dann versammeln sich um 9 Uhr auf dem Flensburger Neumarkt Bürger aller Schichten, Bundeswehrsoldaten, Angehörige des österreichischen Bundesheeres, Mitglieder von Traditionsvereinen und Verbindungsstudenten. Anschließend gehen sie zu Fuß gemeinsam nach Oeversee, um der Gefallenen und der humanitären Tat ihrer Vorfahren zu gedenken. Auf der Strecke wird im Bilschauer Krug eine kurze Rast eingelegt. Dann folgen Kranzniederlegungen, Musikstücke und ein stilles Verweilen am Preußen-, Dänen- und Österreicher-Denkmal.

Die diesjährige Gedenkrede wurde am dänischen Denkmal von Dieter Paul Küssner, dem Vorsitzenden des kulturellen Dachverbandes der dänischen Minderheit in Südschleswig „Sydslesvigsk Forening“, auf Deutsch und Dänisch gehalten. Dabei erinnerte er an das lange Zeit gespannte Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen, das mittlerweile einer Freundschaft über die einst trennende Grenze gewichen ist. Anschließend wurde die dänische Nationalhymne gespielt. 140 Jahre lang war eine dänische Beteiligung an der Oeversee-Feier undenkbar. Doch die Versöhnung über den Gräbern hat dazu geführt, dass seit 2004 der Sydslesvigsk Forening Mitveranstalter ist. Daran schloss sich am österreichischen Denkmal das gemeinsame Singen des Schleswig-Holstein-Liedes an. Zum Abschluss versammelten sich die Teilnehmer in Tarp zum Oeversee-Essen, bei dem traditionell österreichischer Tafelspitz, Flensburger Bier und Bommerlunder serviert werden.

Der Oeversee-Marsch ist nicht nur zu einem Symbol für Humanität und Nächstenliebe, sondern auch für die Freundschaft zwischen ehemaligen Kriegsgegnern geworden.

Jan Heitmann

Schatten über der Selbstbestimmung

Vor 90 Jahren übernahmen in Teilen Ost- und Westpreußens die Kriegssieger die Verwaltung

Gemäß dem Versailler Vertrag sollte in Teilen West- und Ostpreußens die Bevölkerung entscheiden, ob sie beim Deutschen Reich verbleiben oder zu Polen wollte. Um den deutschen Behörden jeden Einfluss zu nehmen, fand der Abstimmungsvorgang unter alliierter Herrschaft statt. Vor 90 Jahren nahmen die entsprechenden Kommissionen ihre Arbeit auf.

Was haben die US-Präsidenten Barack Obama, John F. Kennedy und Franklin D. Roosevelt gemein? Sie haben gegenüber der Öffentlichkeit von einer besseren Welt geschwärmt. Nun mag man darüber streiten, ob die Ursache hierfür eine im Grunde sympathische Naivität oder eine besondere Form von Verlogenheit ist. Fakt ist, dass es diese Traditionslinie gibt, und in dieser Tradition stand auch Woodrow Wilson, der US-Präsident während des Ersten Weltkrieges.

Am 8. Januar 1918 schwärmte er vor seinem Kongress von einem gerechten und dauerhaften Verständigungsfrieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker. In diesem Zusammenhang stellte Wilson 14 Forderungen auf, die so genannten 14 Punkte. Für die deutsch-polnische Grenze relevant war der Punkt 13. Da heißt es:

„Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zum Meer geöffnet werden, und seine politische wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden."

Der Kriegsgegner, in concreto das Deutsche Reich, erklärte sich zum Waffenstillstand auf der Basis dieser 14 Punkte bereit. Das Ergebnis waren aber die Pariser Vorortverträge. Die Ungerechtigkeit des Friedens von Versailles und der anderen Vorortverträge lag darin, dass die Sieger für sich in Anspruch nahmen, allein, also ohne die Kriegsverlierer, Wilsons 14 Punkte zu interpretieren und in Vertragsform zu gießen. Die Kriegsverlierer durften dann nur noch unterschreiben. Zu Recht spricht man deshalb ja auch vom Versailler Diktat.

Entsprechend wurde Punkt 13 von Wilsons 14 Punkten in Versailles ausgelegt. Durch die deutsch-polnisch besiedelte Provinz Posen wurde eine neue Staatsgrenze gezogen, die klar diesseits der deutsch-polnischen Volkstumsgrenze lag. Und mit dem in Wilsons Punkt 13 Polen zugestandenen „freien und sicheren Zugang zum Meer" wurde die Schaffung des sogenannten polnischen Korridors gerechtfertigt, obwohl in diesem Gebiet gar keine Polen lebten, sondern Deutsche sowie Kaschuben mit überwiegend deutscher Identität.

Polens Landhunger war damit aber noch nicht gestillt. Es forderte vom alten Ordensland neben Westpreußen auch Ermland und Masuren. Im Falle Ermlands wurde argumentiert, es sei wie Westpreußen „erst" durch die Polnischen Teilungen zu Preußen gekommen und die Ermländer hätten mit dem Katholizismus den Glauben der Polen. Im Falle Masurens, das weder katholisch war noch „erst" in den Polnischen Teilungen zu Preußen gekommen war, wurde anders argumentiert. Die Masuren sprächen mit Masurisch einen polnischen Dialekt und seien durch Germanisierung ihrem Volkstum entfremdete Polen.

Anders als bezüglich des größten Teils von Posen und Westpreußen, aber auch Elsass-Lothringens oder des Hultschiner Ländchens wurde in diesem Falle seitens der Sieger nicht einfach ein Besitzerwechsel beschlossen. Stattdessen sollte im südlichen Ostpreußen wie auch in den zwischen Weichsel und Ostpreußen gelegenen Teilen Westpreußens analog zu Nordschleswig und Oberschlesien eine Form von Volksbefragung durchgeführt werden. Diese sollte unter der Aufsicht der Sieger stattfinden, und die Deutschen ahnten Böses.

Am 7. Mai 1919 wurde Deutschland der Versailler Friedensentwurf einschließlich der Regelung der Volksbefragung in den Artikeln 94 bis 97 vorgelegt. Hierzu gab die Friedensdelegation des Deutschen Reiches am 29. Mai 1919 eine ablehnende Stellungnahme ab (siehe blauer Kasten).

Trotzdem unterzeichneten die deutschen Verlierer unter dem Druck der Sieger am 28. Juni 1919 den Frieden von Versailles. In den Artikeln 94 und 95 geht es um das ostpreußische, in den Artikeln 96 und 97 analog dazu um das westpreußische Abstimmungsgebiet (siehe grüner Kasten).

Am 13. Oktober 1919 und 4. November 1919 gab es relativ gute Nachrichten für die Deutschen. Am 13. Oktober bestimmten die Sieger, dass im südlichen Ostpreußen die Briten und in den westpreußischen Kreisen die Italiener das Kommando über die alliierten Truppen haben sollen. Und am 4. November wurde festgelegt, dass diejenigen Mächte, welche die Kommandogewalt haben, auch an der Spitze der jeweiligen Kommission stehen. Damit dominierten weder im südlichen Ostpreußen noch in den vier westpreußischen Kreisen die parteiischen Franzosen. So war eine wichtige Voraussetzung für eine faire Abstimmung gegeben.

Im Februar 1920 wird es dann ernst. Am 1. Februar zieht sich die Reichswehr aus den Abstimmungsgebieten zurück. Am 14. beziehungsweise 17. Februar übernehmen die interalliierten Kommissionen in Allenstein beziehungsweise Marienwerder die Verwaltung.

In Allenstein übernimmt der britische Vorsitzende das Ressort Inneres und Eisenbahn, der Franzose die Justiz und der Italiener die Finanzen, das Sozialwesen sowie den Post- und Telegrafendienst. Der Japaner bleibt ohne Ressort.

In Marienwerder regelt der italienische Vorsitzende das Innere, der Franzose die Finanzen, der Japaner die Justiz sowie der Brite Verkehr und Handel.

Die deutschen Beamten dürfen bleiben. Sie werden allerdings zur Loyalität gegenüber den interalliierten Kommissionen verpflichtet, und jeder Kreis bekommt einen alliierten Aufpasser.

Die alliierte Interimsherrschaft hatte begonnen. *Manuel Ruoff*



Die interalliierte Kommission des ostpreußischen Abstimmungsgebietes (rechts) mit einer deutschen Regierungsdelegation im Sitzungssaal der Regierung in Allenstein: Ganz links mit typisch englischem Schnurrbart der britische Kommissionspräsident Sir Ernest Amelius Rennie. Der Mann mit dem schütteren Haar unter dem Bild Wilhelms II. ist der italienische Marchese Fracassi di Torre Rossano. Die Person mit dem Stehkragen, die so auffallend in eine andere Richtung schaut, ist der Franzose Chevalley. Mit verschränkten Armen und gesenktem Blick der Japaner Marumo. Bild: Archiv

Abschnitt IX des Versailler Vertrages

Bezüglich der interalliierten Kommission im ostpreußischen Abstimmungsgebiet heißt es in Artikel 95 des Ostpreußen betreffenden Abschnitts X des Versailler Vertrages:

„Binnen längstens zwei Wochen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags haben die deutschen Truppen und Behörden das oben umschriebene Gebiet zu verlassen. Bis zur Vollendung der Räumung haben sie sich aller Beitreibungen in Geld- und Naturalien und jeder Maßnahme zu enthalten, wodurch die wirtschaftlichen Interessen des Landes beeinträchtigt werden könnten.

Mit Ablauf der vorerwähnten Frist wird die genannte Zone einem internationalen Ausschuß unterstellt, der aus fünf von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern besteht. Dieser Ausschuss erhält allgemeine Verwaltungsbefugnis und hat insbesondere die Aufgabe, die Abstimmung in die Wege zu leiten und alle Maßnahmen zu treffen, die er zur Sicherung einer freien, unbeeinflußten und geheimen Stimmenabgabe für erforderlich erachtet. Er erhält desgleichen Vollmacht zur Entscheidung aller Fragen, zu denen die Ausführung der gegenwärtigen Bestimmungen Anlaß gibt. Er trifft ferner alle geeigneten Anordnungen, um sich bei der Ausübung seines Amtes durch Hilfskräfte unterstützen zu lassen, die er selbst unter der örtlichen Bevölkerung auswählt. Er entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(...)

Nach Beendigung der Abstimmung teilt der Ausschuss den alliierten und assoziierten Hauptmächten die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen mit und reicht gleichzeitig einen eingehenden Bericht über die Wahlhandlung sowie einen Vorschlag über die Linie ein, die unter Berücksichtigung sowohl des durch die Abstimmung kundgegebenen Willens der Einwohner als der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften in dieser Gegend als Grenzen Ostpreußens angenommen werden soll. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte setzen alsdann die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen in dieser Gegend fest.

(...)

Sobald die alliierten und assoziierten Hauptmächte die Grenzlinie festgesetzt haben, werden die ostpreußischen Verwaltungsbehörden von dem Ausschuss dahin verständigt, dass sie in dem nördlich dieser Grenzlinie liegenden Gebiet die Verwaltung wieder zu übernehmen haben. Diese Übernahme hat binnen Monatsfrist nach der Benachrichtigung und in der von dem Ausschuss vorgeschriebenen Art zu erfolgen. Binnen derselben Frist und ebenfalls in der von dem Ausschuss vorgeschriebenen Art hat die polnische Regierung für die Verwaltung des südlich der Grenzlinie liegenden Gebiets Sorge zu tragen. Sobald hiernach die Verwaltung des Landes durch die ostpreußischen oder polnischen Behörden sichergestellt ist, nahmen die Befugnisse des internationalen Ausschusses ein Ende."

Artikel 97 enthielt analoge Bestimmungen bezüglich des westpreußischen Abstimmungsgebietes.

Die Antwort des Reiches

Am 29. Mai 1919 äußerte sich die Friedensdelegation des Reiches zu der in den Artikeln 94 bis 97 des Versailler Vertrages vorgesehenen Volksbefragung wie folgt:

„Im südlichen Ostpreußen wird das Vorhandensein einer Bevölkerung von nichtdeutscher Muttersprache benutzt, um in diesen Bezirken eine Abstimmung zu fordern. Diese Bezirke werden indes nicht von einer unbestrittenen polnischen Bevölkerung bewohnt. Der Umstand, dass in einzelnen Gegenden sich die nichtdeutsche Sprache erhalten hat, kann keine Rolle spielen, da diese Erscheinung selbst in den ältesten Einheitsstaaten zu beachten ist; es sei auf die Bretonen, Waliser und Basken verwiesen. Die gegenwärtige Grenze Ostpreußens liegt seit etwa 500 Jahren fest; die fraglichen Teile der Provinz haben allergrößtenteils nie zu Polen oder zu Litauen gehört. Ihre Einwohner stehen den außerhalb der deutschen Grenze befindlichen Völkerschaften infolge einer seit Jahrhunderten verschiedenen Geschichte, einer anders gearteten Kultur und eines anderen religiösen Bekenntnisses fremd gegenüber. Diese Bevölkerung hat, von einer Gruppe landfremder Agitatoren abgesehen, ein Verlangen nach Lostrennung von Deutschland niemals geäußert und ein Grund, die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Gebiete zu ändern, liegt deshalb nicht vor.

Das gleiche gilt in Westpreußen für die Kreise Stuhm, Marienburg, Marienwerder und Rosenberg. Der Kreis Marienburg hat 98 von Hundert Deutsche, der Kreis Marienwerder rechts der Weichsel ist ebenfalls fast rein deutsch, Rosenberg hat 93,7 von Hundert Deutsche. Es gibt in Polen Kreise, in denen der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung höher ist als zum Beispiel der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung im Kreise Rosenberg. Das Vorhandensein so kleiner Minoritäten ist nach dem Programm des Präsidenten Wilson kein Grund zur Anzweifelung des nationalen Charakters eines Gebietes; andernfalls würde das Programm zur Auflösung jeglicher Staatsordnung führen."

Bismarcks »Gegenminister«

Alexander Gustav Adolf Graf von Schleinitz war nicht nur ein Liberaler, sondern auch ein Wahlpreuße. Geboren wurde er in einem anderen Königreich, und zwar in Westfalen. Der am 29. Dezember 1807 im Blankenburg am Harz geborene Spross eines alten meißnischen Adelsgeschlechts, das bereits im 16. Jahrhundert in den Reichsfreiherrnstand erhoben worden war, studierte im hannoverschen Göttingen und im preußischen Berlin. Im Gegensatz zu seinem Vater Karl Ferdinand Freiherr von Schleinitz und dem Bruder Wilhelm, die dem braunschweigischen Landesherren dienten, wählte er wie sein Bruder Julius den preußischen Staatsdienst.

Sieben Jahre später wurde er Gesandtschaftsattaché, weitere sechs darauf Vortragender Rat im Ministerium des Auswärtigen. Nach dem Ausbruch der liberalen 48er Revolution übernahm Schleinitz zweimal das Außenministerium, zog sich jedoch 1850 enttäuscht ins Privatleben zurück, nachdem Preußens König Friedrich Wilhelm IV. seine nationalen Einigungspläne auf österreichischen Druck hin aufgegeben hatte.

Der Privatier pendelte nun zwischen Schloss Gebesee nahe seiner mitteldeutschen Heimat und Koblenz, wo er am Hofe des späteren Prinzen Wilhelm verkehrte, dessen Vertrauen er gewann. Als dieser 1858 in Preußen die Regentschaft übernahm, berief er noch im selben Jahr seinen engen Vertrauten als Außenminister in sein liberales Ministerium der „Neuen Ära". In ganz klassischer

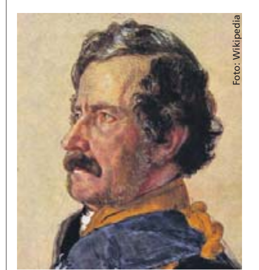


Foto: Wikipedia

Alexander von Schleinitz

liberaler Manier suchte Schleinitz in dieser Position die Allianz mit dem liberalen England und dem diesem nahestehenden Österreich und unterstütze die britische Politik des Gleichgewichts auf dem Kontinent.

Ein zweites Mal wurden die Hoffnungen der preußischen Liberalen enttäuscht. Als die liberale „Neue Ära" endete, schied auch Schleinitz aus dem Amt. Allerdings zog er sich diesmal nicht ins Privatleben zurück, sondern wechselte auf den Posten des Ministers des königlichen Hauses. Diese Lösung hatte für Wilhelm I. den Vorteil, dass er trotz seines antiliberalen Schwenks weg von den Liberalen der „Neuen Ära" hin zu Otto von Bismarck als neuem Regierungschef den liberalen Vertrauten Schleinitz in ehrenvoller Stellung an seinem Hofe halten konnte. In Ungnade gefallen war Schleinitz bei seinem König nämlich nicht. Das zeigt beispielhaft seine Erhebung in den Grafenstand anlässlich der Goldenen Hochzeit des Kaiser- und Königpaares 1879. Politische Freunde wie Feinde des Liberalen betrachteten sein Ministerium ob seiner Vertrauensstellung am Hofe gar zeitweise als „Gegenministerium" der liberalen Königin Augusta zu der von Bismarck geführten Regierung ihres Ehemannes.

Vor 150 Jahren, am 19. Februar 1885, starb Schleinitz in Berlin. Er blieb zwar kinderlos, hinterließ mit Marie („Mimi") jedoch eine ebenso liberale wie Bismarck-kritische Ehefrau, die als einflussreiche Berliner Salonnière einen eigenen Artikel wert wäre. *M.R.*

Aufschlussreich

Zu: „Preußens größte Katastrophe vor 1945“ (Nr. 3)

Der Bericht über die Pest war sehr gut, informativ und notwendig. Ich habe noch nie etwas so Aufschlussreiches darüber gelesen wie diesen Bericht, der mich tief betroffen gemacht hat. Und so möchte ich Dank für diese Arbeit sagen.

Andres-R. Ewert, Hankensbüttel

Sich für die Opfer stark machen

Zu: *PAZ*

Ich bin über einen Beitrag in der „Superillu“ auf Sie gekommen. Es ging um den Film „Auf der Flucht“. Herr Wunderlich wurde als Zeitzeuge befragt und ich hatte seine Anschrift im Internet gesucht, weil ich viele Fragen zur Vertreibung hatte. Er hat mich auf die *PAZ* und das *Ostpreußenblatt* aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, mich an Frau Geede zu wenden. Das habe ich getan und bin seither Abonnent der Zeitung.

Mein Wunsch wäre es, wenn sich jemand finden würde, der das schlimme Thema aufgreifen würde und sich für Öffentlichkeitsarbeit einsetzen würde. Es geht um die Verjährungsfristen bei Missbrauch. Es ist kaum jemandem klar, was es bedeutet, missbraucht worden zu sein und dann allein gelassen zu werden. Das sollten sich unsere Politiker zur Aufgabe machen. Wir brauchen Persönlichkeiten, die dieses Thema aufgreifen und sich für die Opfer stark machen. Das ist mit einem Artikel nicht getan. Den Opfern würde es Hoffnung geben auf Verständnis und Hilfe. Wenn es in Ihrem Verlag so eine Möglichkeit gäbe, wäre es super.

Hannemarie Bremser, Bad Schwalbach

Von überall her aus Europa

Zu: Minderheiten in Deutschland

Zu welcher Minderheit gehören wir Gumbinner Ostpreußen? Eine schwierige, sehr schwierige Frage? – Nein! Sie ist sehr einfach. Wir waren Deutsche, Preußen! Wie steht es aber mit unseren Minderheiten? Diese Frage ist für uns Gumbinner sehr einfach. Unsere Vorfahren waren Altpreußen, Salzburger, Schweizer, Franzosen, Litauer, Polen, Schweden, Dänen, Schotten, Kurländer (Balten). Diese Volksgruppen schmolzen ineinander und bildeten eine einzige Volksgruppe. An die verschiedenen Namen hatten wir uns gewöhnt. Hatten wir also Minderheiten? Nein! Wir waren Ostpreußen. Wir sind es heute noch und stehen zu unserer Heimat.

Elfriede Baumgartner, Brigachtal

Undemokratisch

Zu: „Zeitnah klären“ (Nr. 4)

Die undemokratische Kampagne gegen die Steinbach-Nominierung zeigt nur an, dass es offensichtlich auch künftigen Generationen verboten werden soll, die Vertreibung von Deutschen als das zu bezeichnen, was sie völkerrechtlich eindeutig ist, nämlich ein inhumanes Verbrechen, das nicht verjährt.

Das Völkerrecht soll aus historischer Erfahrung ja nicht die Sieger schützen, sondern die Besiegten, die diesen Schutz – wie man sieht – nötig haben und denen dieser Schutz ganz unabhängig vom Kriegsanlass zusteht.

Dies nicht ständig zu verschweigen oder gar zu leugnen, sondern ehrlich und deutlich zu sagen, sollte deutschen Politikern im Interesse rechtlich klarer nachbarlicher Zukunftsgestaltung anstehen.

Aber wer hat von Frau Merkel, die in ihrem Amt nach dem Grundgesetz die Richtlinien deutscher Politik zu bestimmen hat, in dieser Richtung je etwas gehört?

Dr. Klaus J. Schneider-Haßloff, Berlin



Die Pest: Als der Maler Arnold Böcklin 1898 dieses Gemälde schuf, gehörte sie in Europa weitgehend der Vergangenheit an.

Die Pest hatte für Ostpreußen viele Folgen

Zu: „Preußens größte Katastrophe vor 1945“ (Nr. 3)

Heute komme ich mit einer ungewöhnlichen Bitte, leider kann mir auch der „Brockhaus“ keine ausführliche Auskunft geben: Was war die Pest für eine Krankheit? Insbesondere, wie äußerte sie sich, wann wurde ein Heilmittel (Schutzimpfung oder ähnliches) eingeführt? Wann wurde die Krankheit in Deutschland endgültig besiegt? Eine erschöpfende Erklärung kann ich nirgends dazu finden.

Auch meine Kinder sind an Erklärungen sehr interessiert. Ob eventuell auch andere Ostpreußen sich dafür interessieren, weiß ich nicht.

Der Ausdruck „ich wünsche dir die Pest an den Hals“ war in meiner Heimat bekannt, wurde mir, nachdem einmal zu Hause gebraucht, von meinen Eltern mit dem Verbot „Pfui“ abgetan. Somit war dieser Ausdruck einfach „tabu“ für uns Kinder. Eine Nachfrage betreffs dieser Seuche verbot sich da.

Eigentlich verdanken wir der Pest die Tatsache, dass wir Ostpreußen wurden und es heute noch ganz stolz sind. Unsere Familie wurde in Sadeweitschen (später in Altkrug, Kreis Gumbinnen) angesiedelt.

Mit großer Aufmerksamkeit lese ich immer die „Ostpreußische Familie“. Überhaupt, wie viel lehrreiche Dinge, auch als Ostreußin, finde ich immer wieder in Ihrer Zeitung. Dinge, die „verschütt“ waren, tauchen plötzlich auf.

Inge Bielitz, Reepsholt

Anm. d. Red.: Die Pest ist, wie der Name besagt (lat. pestis = Seuche), eine hochgradig ansteckende Infektionskrankheit, die schon im Altertum zur Geißel der Menschheit wurde, im Mittelalter als „der schwarze Tod“ durch Europa zog und ganze Landstriche entvölkerte. Der Erreger, der erst 1894 entdeckt wurde, wird vor allem durch Rattenflöhe auf den Menschen übertragen. Die Seuche tritt in verschiedenen Formen auf, am häufigsten als Beulenpest, die nach den blauschwarzen Beulen an Hals, Achselhöhlen und an den Leisten so benannt wurde – daher der Fluch: Ich wünsche dir die Pest „an den Hals“! Bei der Mehrzahl der Erkrankten führte sie früher zum Tode, eine weitere Form, die Lungenpest, endete fast immer tödlich. Auch heute noch gibt es weltweit 1000 bis 3000 Pestfälle pro Jahr, vor allem in Indien. In Europa gab es den letzten dokumentierten Pestausbruch im Zweiten Weltkrieg. Zur Erforschung und Behandlung der Pest mit Antibiotika haben auch der deutsche Wissenschaftler Robert Koch und sein Institut beigetragen. Bei frühzeitiger Erkennung bestehen gute Chancen auf Heilung. Schutzimpfungen gewähren nur eine Immunität für drei bis sechs Monate. Aktuell besteht keine Gefahr einer Pestepidemie.

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Wer länger gearbeitet hat, muss auch mehr bekommen

Zu: „Etwas läuft schief bei Hartz IV“ (Nr. 4)

Die Ungerechtigkeit des ganzen Hartz-IV-Systems liegt sicher nicht darin, dass die Hartz-IV-Sätze, je nach persönlichem Standpunkt, zu hoch oder zu niedrig sind. Sie ist vielmehr dadurch bedingt, dass die entsprechende Gesetzgebung nicht berücksichtigt, ob ein Leistungsempfänger viele Jahre oder Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat oder schon seit Jahrzehnten von staatlicher Unterstützung lebt.

Um das einmal deutlich zu machen: Ein Arbeitsloser, der 30 Jahre in die Versicherung eingezahlt hat, erhält nach zwölf bis 18 Monaten Arbeitslosengeld-I-Bezug keinen einzigen Cent mehr, falls sein Ehepartner arbeitet und sich das Paar in Jahrzehnten ein Haus oder eine Eigentumswohnung buchstäblich vom Munde abgespart hat. Hier wären Übergangsregeln, beispielsweise in Form der früheren Arbeitslosenhilfe, die man über mehrere Jahre immer weiter absenken könnte, bis dann schließlich das Hartz-IV-Niveau erreicht wäre, ein Gebot der Gerechtigkeit. Dafür könnte man bei „erfolgreichen Nichtstuern“ die Bezüge dauerhaft um 30 Prozent kürzen.

Man darf bei der Diskussion auch nicht vergessen, dass Hartz IV, außer in der Beamtenschaft, mit zur Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus beiträgt. Denn die Angst vor den Folgen der Arbeitslosigkeit drängt viele, insbesondere ältere Arbeitnehmer in schlecht bezahlte Jobs, deren Annahme sie noch wenige Jahre zuvor nicht für nötig gehalten hätten.

Der Vergleich des Herrn Buschkowsky zwischen dem Handwerker mit 1829 Euro netto und der fünfköpfigen Hartz-IV-Familie mit 2000 Euro im Monat ist zwar medienwirksam, aber falsch: Hätte besagter Handwerker drei Kinder, würde er zusätzlich zu seinem Netto-Verdienst noch 558 Euro Kindergeld vom Staat erhalten. Das wären allerdings auch nur knapp 400 Euro mehr, als er fürs Nichtstun bekommen würde.

Quintessenz: Bei diesem Gesetz sind die Arbeitnehmer insgesamt und diejenigen Arbeitslosen, die jahrzehntelang eingezahlt haben, die Dummen, während die, die noch nie gearbeitet haben und/oder das auch nicht wollen, als Gewinner dastehen. Der Staat wäre gut beraten, so etwas wie die frühere Arbeitslosenhilfe wieder einzuführen und gleichzeitig die Drückeberger zur Arbeit für die Gemeinschaft zu zwingen.

Detlef Ollesch, Bad Pyrmont

Die *PAZ* als Goldmine

Zu: *PAZ*

Vor gut einem Jahr abonnierte ich die *PAZ*, obwohl ich schon eine „konservative“ Wochenzeitung hatte. Inzwischen habe ich die andere Zeitung gekündigt und lese die *PAZ* mit wachsender Freude. Als Vorsitzender eines Geschichtsvereins habe ich schon viele Anregungen aus der *PAZ* bezogen. Für meine Arbeit in der Wikipedia ist die Zeitung eine Goldmine.

Die *PAZ* verklemmt sich nicht in der Frage, was national ist. Sie hat es auch nicht nötig, ihre (berechtigte) Kritik am parlamentarischen Geschäft mit „basisdemokratischen“ Verweisen zu unterfüttern. Warum? Weil Preußen der Kompass ist. Das „geistige Preußen“ (Oswald Hauser) steht nach allem Anschein vor einer umfassenden Neubewertung. Das gewaltige Echo auf Christopher Clarks Buch ist nur eines von vielen Beispielen. Wie keine andere Zeitung hilft die *PAZ* bei dieser zukunftweisenden Rückbesinnung. Sie ist nichts für Parteigänger, Tugendwächter oder Interessenvertreter. Sie ist etwas für vernünftige Menschen, die Gutes bewahren und Besseres ermöglichen wollen. Dass sie nun an Kiosken ausliegt, verdient Bewunderung und macht Hoffnung.

Prof. Dr. Rüdiger Döhler, Elmshorn

Alles, was nicht links ist, wird verteufelt

Zu: „Öffnet sich das linke Auge?“ (Nr. 2)

Die vernünftigen Ausführungen der Herren Badenheuer und v. Gottberg prangern unvernünftige Missstände an. Sie können sich jedoch nicht noch weiter aus dem Fenster lehnen. Deshalb will ich kraft meines Nicht-Amtes und freier Meinungsfreiheit deutlicher werden.

Die braunlackierten Sozialisten sind „ausgestorben worden“, die rotlackierten noch nicht. Weil die Braunen auch einer gesetzlich verbotenen Organisation angehören, haben sie keine Chance in unserer multikulturellen Demokratie. So haben die roten Antifaschisten ihren Erzfeind verloren und deshalb als Ersatz die „Rechten“ auserkoren sowie dankbare Sympathien erworben in Medien und etablierten Parteien, wo sie den Marsch durch die Institutionen erfolgreich abgeschlossen haben. Ihr „Erfolg“ liegt auf der Hand. Moral, Bildung und Ausbildung sind im Argen. So kann es nicht weitergehen. Die Rotlackierten werden das Schicksal der Braunlackierten teilen müssen.

Unverständlicherweise gilt schon seit einigen Jahren alles, was nicht links ist, als rechts. Rechte werden vielfach als Rechtsextremisten verteufelt. Ein rechter Patriot, der Heimat und Vaterland liebt, achtet natürlich die Vaterländer anderer wie ein Familienvater andere Familien. Der Unterschied zwischen Patrioten und Extremisten ist so groß wie der zwischen Fußballfreunden und Hooligans. Patrioten, die sogenannten Rechten, sind keine Extremisten.

Das ist Frau Merkel in ihrem öffentlichen „Kampf gegen Rechts“ unter der Flagge der Antifaschisten offensichtlich nicht bekannt. Der zweitbeste Außenminister Polens erweitert sogar noch seinen „Kampf gegen Rechts und Recht“.

Heinz-Dietrich Koske, Köln

Askaris salutierten dem Kaiser noch nach 1918

Zum Leserbrief „Deutsche Kolonialherren kämpfen gegen arabische Sklavenjäger“ (Nr. 2)

An meine heiß geliebte Zeitung: Es ist eine gute Nachricht, dass es jetzt die *PAZ* auch am Kiosk gibt.

Hier eine Ergänzung zum Leserbrief zum Tahnima: Als wir 1988 in Dar Es Salam waren, machten unsere Gastgeber, Angestellte bei BP, auf der Rundfahrt einen Halt auf dem Marktplatz. Dort besuchten wir einen Mann, einen der letzten der Askaris, Soldat der deutschen Kolonie, und der erzählte, dass nach dem Ersten Weltkrieg immer um 24 Uhr an Silvester sich die Askaris bei der Uhr auf dem Markt versammelten und in Richtung Deutschland nach Norden salutierten, um so den deutschen Kaiser zu grüßen, auch als er abgedankt hatte und verstorben war.

Der „boy“ unserer Gastfamilie, der kochte, Wäsche machte und das Haus reinlich hielt, war ein Familienvater von mindestens fünf Kindern und hieß Alois, lebte auf dem Hof in zwei kleinen Kammern, die von unseren englischen Gastgebern noch nie betreten worden waren. So traute ich mich auch nicht und ging mit seiner Familie jeden Sonntag in die Luther-Kirche, die natürlich auch von Deutschen erbaut worden war, genauso wie das Krankenhaus und die Häuser für die Diplomaten am Ozean.

Auf Sansibar gab es viel Armut und doch ein kleines Museum für den ehemaligen deutschen Gouverneur Hermann v. Wissmann. Alles machte einen heruntergekommen Eindruck.

Viele Leserbriefe sind historisch so interessant, dass ich finde, Sie sollten sie thematisch sammeln und herausgeben. Das würde uns das Ausschneiden, Kopieren und Ablegen ersparen; ein Büchlein mit Berichten von Zeitzeugen zur jüngsten deutschen Vergangenheit.

Monika Kruse, Berlin

Schon 1981 dokumentiert: In der DDR waren »rotlackierte Nazis« in hohen Ämtern

Zu: „Rotlackierte National-Sozialisten“ (Nr. 1)

Wie berichtet, untersuchten Soziologen der Friedrich-Schiller-Universität Jena die NS-Vergangenheit aller SED-Spitzenfunktionäre auf dem Gebiet des heutigen Freistaats Thüringen während der DDR-Epoche. Der Verfasser irrt aber, wenn er glaubt, dass sich damit erst jetzt „die ideologische Verwandtschaft nationalsozialistischer und kommunistisch-sozialistischer Politik“ herausstellt. Von der Öffentlichkeit bisher kaum beachtet, liegt nämlich schon seit langem eine umfassende Übersicht zu der Thematik vor, und zwar in dem Werk von Olaf Kappelt „Braunbuch DDR – Nazis in der DDR“, das bereits 1981 mit einem Vorwort von Otto von Habsburg erschien. Auch wenn das Buch damit fast drei Jahrzehnte alt ist, so zeigt es doch in übersichtlichen Biographien die Bedeutung ehemaliger NS-Funktionäre im SED-Staat und ihr Werden und Wirken von der braunen zur roten Diktatur auf. Einst NSDAP-Mitglieder, bekleideten manche nach 1945 zum Beispiel so wichtige Posten wie die eines stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden (also Stellvertreter Ulbrichts beziehungsweise Honeckers!) oder auch eines Stellvertretenden Ministers für Nationale Verteidigung. Weiterhin gehörten früher der NSDAP an: Zwei stellvertretende Ministerratsvorsitzende, ein Finanzminister, ein Staatssekretär, mehrere Vorsitzende der DDR-Bezirke, Oberbürgermeister, Fraktionsvorsitzende und Präsidiumsmitglieder der Volkskammer, ein Präsident der Akademie der Wissenschaften, Chefredakteure von Zeitungen (darunter auch ehemalige Mitarbeiter des „Völkischen Beobachters“) und viele andere mehr. Einige waren zugleich aktive Mitglieder in der SA oder der SS, ein Mitglied des Staatsrates trat sogar schon 1925 (!) der NSDAP bei.

Erich Honecker, der sich dieser Schwachstellen durchaus bewusst war und darin eine Angriffsfläche insbesondere für Journalisten aus dem Westen sah, rechtfertigte die Praxis aber schon frühzeitig mit dem Hinweis, „einfachen Mitgliedern“ der NSDAP habe die DDR die „Möglichkeit zur Mitarbeit und zum Beginn eines neuen Lebens“ geboten („Neues Deutschland“ vom 13. April 1965). Überdies betonte er mehrfach gegenüber westdeutschen Journalisten, in der DDR sei – anders als in Westdeutschland – der „Faschismus mit Stumpf und Stil ausgerottet“ worden. Eben durch „Integration“ – wie wir längst wissen.

Wolfgang Reith, Neuss

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 13. Februar 2010

MELDUNGEN

Baubeginn am AKW »Baltik«

Tilsit – Mit Jahresbeginn ist der Bau des Kernkraftwerks „Baltik" in seine akute Phase getreten. Die Ausschreibungen für den Generalauftragnehmer sind im Gange. Aus der örtlichen Bevölkerung sind die ersten 350 Arbeitskräfte rekrutiert, um alsbald mit den Erdarbeiten beginnen zu können. Wie die staatliche Atombehörde Rosatom mitteilt, werde die Baustelle zeitweilig bis zu 6000 Arbeiter beschäftigen. Zunächst wird der erste Block mit einer Leistung von 1150 MW entstehen. Der Bau des zweiten Blocks beginnt 2012. Auch der genaue Standort ist nun klar. Das Areal erstreckt sich von Klapaten (Angerwiese) bis Gerskullen (Gerslinden) im Kreisgebiet Tilsit-Ragnit. Bei den bisher genannten Orten im Raum Lasdehnen (Haselberg) handelte es sich um gezielt gestreute Falschmeldungen, um Grundstücksspekulationen vorzubeugen. *H. Dz.*

»Sturm auf Tilsit«-Jubiläum

Tilsit – Die erste größere deutsche Stadt, welche die Russen bei ihrer Januaroffensive 1945 in Besitz nehmen konnten, war Tilsit. Dieses Ereignis wurde anlässlich der 65. Wiederkehr des Jahrestages von der heutigen, mehrheitlich russischen Bevölkerung der Stadt mehrere Tage lang mit zahlreichen Veranstaltungen gefeiert. Im Stadttheater ehrte man Kriegsveteranen mit Medaillen, an der Gedenkstätte mit dem „T 34"-Panzer gab es Kranzniederlegungen und in den Schulen sprachen Kriegsteilnehmer zu den Jugendlichen. Den Höhepunkt der aus deutscher Sicht etwas bedrückenden Feierlichkeiten bildete die Inszenierung des „Sturms auf Tilsit". In einer Veranstaltung unter freiem Himmel demonstrierten russische und litauische Wehrsportgruppen in Weltkriegsuniformen mit viel Maschinenpistolen-Geknatter und Pulverdampf verschiedene Episoden bei der Eroberung der Stadt. Sogar die äußeren Bedingungen mit Schnee und -15 Grad Celsius waren originalgetreu. Das Spektakel zog trotz klirrender Kälte viele Zuschauer in seinen Bann und war wohl als ein Appell an deren patriotische Gefühle gedacht. *H. Dz.*

»Suppe für Menschen«

Königsberg – „Suppe für Menschen", das ist Sinn und Zweck einer gleichnamigen russischen Bürgerinitiative. Gemeinsam mit dem Wohltätigkeitsfonds „Kaliningrad" versorgen die Mitglieder der Mitte vergangenen Jahres gegründeten Initiative mittwochs und freitags Mitbürger, die auf der Straße gelandet sind und ohne familiären Halt und Zuhause auskommen müssen, mit warmen Speisen, aber auch mit ärztlicher Betreuung und Kleidung. *PAZ*

Annäherung über die Musik

Der MDR sucht in Königsberg nach gleicher Wellenlänge mit den neuen Bürgern der Stadt

Zu Sowjetzeiten sollte in Königsberg alles Deutsche ausradiert werden. Nun nähern sich das deutsche Erbe der Stadt und die russische Gegenwart über die Kultur wieder an. Ausgerechnet der Mitteldeutsche Rundfunk, der in den letzten Jahren immer wieder von Stasi-Affären heimgesucht wurde, hat eine „Kulturbrücke Kaliningrad" geschlagen.

Die holprigen Straßen durch Polen und die Strapazen bei der Einreise in die russische Exklave dürften das geringste Hindernis für die Journalisten und Musiker des Mitteldeutschen Rundfunks auf dem Weg nach Königsberg gewesen sein. Viel langwieriger gestaltete sich die geistige Annäherung an das heutige Königsberg und seine Bürger. Für den MDR-Hörfunkdirektor Johann Michael Möller hat alles mit einer Begegnung kurz nach der Jahrtausendwende mit dem Baumeister des restaurierten Doms von Königsberg, Igor Odinzow, angefangen: „Er kam auf mich zu und sagte, ich baue auch für euch Deutsche euren Dom wieder auf – und jetzt müsst ihr euch wenigstens dafür interessieren. Ich antwortete ihm damals lachend, wenn ich jemals die Möglichkeit haben sollte, ihn zu unterstützen, würden wir seine Leistung mit einem großen Konzert würdigen."

Dazu kam es nun viele Jahre später. Am 23. Januar krönte das Gastspiel eines internationalen Sinfonieorchesters im Königsberger Dom die MDR-Themenwoche „Kulturbrücke Kaliningrad". Vor ausverkauftem Haus spielten die Musiker mit dem russischen Organisten Artjom Chatschaturow Stücke von Johann Sebastian Bach und anderen berühmten Komponisten. Angezogen hatte dieser Kulturhöhepunkt viele Größen aus Politik und Medien. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) war zum Beispiel gekommen, weil Königsberg schon immer eine Verbindung zwischen Russland und Deutschland hergestellt habe. „Früher die östlichste Großstadt Deutschlands und heute die westlichste Großstadt Russlands. Ich hoffe, dass die Kulturbrücke einen Beitrag dazu leisten kann, dass diese weltoffene Stadt wieder mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rükkt", betonte Böhmer.

Zu dieser Aufmerksamkeit hat der MDR zweifelsohne beigetragen, indem er vom 18. bis 24. Januar ausführlich im Fernsehen und seinen Hörfunkprogrammen direkt aus Königsberg berichtete. Im Kulturradio kamen vertriebene Zeitzeugen zu Wort und Immanuel Kant sowie weitere berühmte Söhne wurden vorgestellt. Außerdem drehten sich etliche Dokumentationen um die wechselvolle Geschichte der von den Sowjets nach dem Stalinisten Michail Iwanowitsch Kalinin benannten Stadt. In den Kochsendungen im Fernsehen bereitete man Königsberger Fischsalat mit Lachs zu und selbst der Jugendradiosender „Sputnik" schickte einen sogenannten Blogger gen Nordosten, um Eindrücke der Hafenstadt und des Nachtlebens zu sammeln. Dieser schrieb: „Die Stadt ist auf den ersten Blick abstoßend hässlich. Ein Dreckloch. Überall Beton, Beton, Beton." Doch auf den zweiten Blick offenbare sich Königsberg als eine „Perle": „Viele Befestigungsanlagen sind erhalten, einige alte Häuser, teilweise ganze Villenviertel."

> »Interessiert euch doch für euren Dom!«

Damit diese Perle glänzt und nicht nur zwischen versteckten architektonischen Spuren zu finden ist, kann die Kultur als Vermittler zwischen Tradition und Gegenwart dienen. Menschen wie Igor Odinzow, immerhin ein ehemaliger Oberst der Sowjetarmee, haben die Restauration des Doms und gemeinsame Projekte mit Deutschen vorangetrieben und bewiesen, dass auch auf russischer Seite in den letzten 20 Jahren eine Wandlung stattgefunden hat. „Über die Musik kommen wir ins Gespräch, wie wir gemeinsam die Zukunft gestalten können – besser als es unsere Väter in der Vergangenheit getan haben", sagt MDR-Intendant Udo Reiter.

Gerade der Sender für Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt hat sich lange sehr schwer getan, über Themen wie Flucht und Vertreibung, Ostpreußen oder Schlesien zu berichten. In der DDR bezeichneten die Presseorgane die Vertriebenen euphemistisch als „Umsiedler". Größere Versammlungen waren ihnen verboten und so konnten sich die Millionen Vertriebenen, die in der DDR lebten, über ihr Schicksal nur privat austauschen. Nach der Wiedervereinigung änderte sich dies nur langsam, da beim MDR viele DDR-Journalisten unterkamen und die Aufarbeitung der eigenen Versäumnisse und Fehler bis heute persönliche Eitelkeiten und alte Überzeugungen berührt.

Gerade in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zeigt sich beim MDR, inwieweit er bereit ist, alte „Ostalgie-Zöpfe" abzuschneiden und den Blick nach vorn zu richten. Der gleichen Herausforderung sieht sich Königsberg ausgesetzt. Im Rahmen der „Kulturbrücke Kaliningrad" sagte der Historiker Michael Stürmer: „Was es heute gibt, ist eine postsowjetische Stadt auf der Suche nach einer Rolle irgendwo zwischen dem fernen Russland und der nahen Europäischen Union, zwischen Kommerz und Garnison, zwischen Neubau und Rekonstruktion." Vielleicht gelingt es ja mit Kultur und Musik, diese schwierige Identitätssuche sowohl für Königsberg als auch den MDR und seine Zuschauer auf einen vernünftigen Weg zu lenken. Der MDR-Chefdirigent Jun Märkl versprach schon einmal: „Wir werden nicht das letzte Mal hier zu Gast gewesen sein!" Er habe sich mit seinem russischen Kollegen Arkadij Feldman von der Staatsphilharmonie Kaliningrad/Königsberg über die Fortsetzung der Konzerte ausgetauscht.

Statt die Geschichte zu verdrängen, scheinen sich die geistigen Schranken auf beiden Seiten zu öffnen. Die lange Anfahrt und die holprigen Straßen könnten in Zukunft tatsächlich das größte Erschwernis auf dem Weg nach Königsberg sein. *Felix Menzel*



Bild: MDR

Artjom Chatschaturow: Der russische Organist am Manual der Orgel im Königsberger Dom

Streckennetz seit 1945 fast halbiert

Stilllegung der Eisenbahnstrecken von Königsberg nach Cranz, Rauschen, Tilsit und Preußisch Eylau

Alexander Rolbinow, Verkehrsminister des Königsberger Gebiets, hat Anlass zum Ärger: Zum 15. Februar will die Russische Eisenbahn, deren „Filiale" die Königsberger Eisenbahn ist, vier Strecken von Königsberg nach Cranz, Rauschen, Tilsit und Preußisch Eylau stilllegen. 600 Millionen Rubel (gut 14.2 Millionen Euro) will die Bahn dadurch einsparen, Löwenanteil der 780 Mio. Rubel (18,5 Millionen Euro), die sie 2010 in die Eisenbahn von Königsberg investieren muss. Hier werde am falschen Ende gespart, finden der Minister und die Abgeordneten der regionalen Duma, die im Februar das russische Kartellamt („Antimonopol-Dienst") auf die Bahn hetzen wollen.

Zu deutschen Reichsbahn-Zeiten maß das Gleisnetz im nördlichen Ostpreußen 1823 Kilometer, heute nur noch 963 Kilometer. Dennoch hat die Bahn, 1992 aus der „Baltischen Eisenbahn" verselbständigt, mehrfache Bedeutung: Sie ist das Hauptstück der kürzesten Ost-West-Verbindung Russlands. Ihre Gleise haben sowohl die europäische Breite von 1435 Millimeter, auf welcher der Passagierzug nach Gdingen und Berlin fährt, wie auch die russische von 1520 Millimeter, über die seit über 40 Jahren der Jantar-Express (Bernstein), der beste Zug Russlands, nach Moskau donnert.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion ist das Königsberger Gebiet eine russische Exklave zwischen Litauen und Polen, die wegen ihrer ungünstigen Lage auf gute Beziehungen zu Nachbarn bedacht sein muss. Die regionalen Eisenbahner sind Meister darin, haben beispielsweise der Russischen Bahn im August 2009 neue Wege nach Litauen gebahnt und streben ähnliches mit Weißrussland an. Wenn sie Erfolg haben, wird Königsberg ab dem Jahr 2025 einen Güterbahnumschlag von jährlich 131,5 Millionen Tonnen aufweisen; im Krisenjahr 2009 waren es nur 12,6 Millionen Tonnen, 32 Prozent weniger als 2008. Erheblich früher will man die Linie von Berlin bis nach Sankt Petersburg verlängern, dabei ein „einmaliges" System einsetzen, das die Züge von europäischer auf russische Spur umsetzt.

> »Die Königsberger Bahn ist heute faktisch auf sowjetischem Entwicklungsniveau«

Mit russischen Bordmitteln ist das natürlich nicht zu machen, denn nach Ansicht von Jurij Fjodorow, Leiter des Planungsinstituts der Russischen Bahn, „ist die Königsberger Bahn heute faktisch auf sowjetischem Entwicklungsniveau". Das wird noch 2010 anders, wenn in Insterburg der Bau des zentralen Steuerungssystems MSR-32 beginnt, an dem Siemens und andere deutsche Firmen beteiligt sind.

Bis dahin machen die Königsberger Bahner das Beste aus ihrer Lage. Wenn die Russische Bahn lokale Linien stillegen will, so Minister Rolbinow, dann soll sie umgehend ein besseres und preisgünstigeres Busnetz einrichten. Und für die Königsberger Bahn hat Alexander Drosd, Verantwortlicher für regionale Bahninfrastruktur, eine geradezu revolutionäre Idee: In Königsberg wird die russische Bahngroteske ausgemustert, den gesamten Verkehr nach Moskauer Zeit abzuwickeln, egal wie viele Zeitzonen man von Moskau entfernt ist. Für Königsberger Bahnen gilt Königsberger Zeit, ausgenommen die Fernlinie Königsberg–Stallupönen, die einstweilen nach „Hauptstadtzeit" verkehrt. *Wolf Oschlies*

Erstmals seit 2002

Bergner bricht Lanze für Ostdeutsche

Staatssekretär Christoph Bergner, 1993/94 kurzzeitig Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt und seit 2006 Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, hat die Forderung erhoben, aktiven Gruppen der „größten deutschen Minderheit Europas, welche in Polen lebt", stärker als anderen zu helfen. So sei beispielsweise die deutsche Sprachförderung bei der deutschen Bevölkerung in der Woiwodschaft Oppeln einer stärkeren Förderung würdig als die in Südkorea. Die deutsche Bevölkerung Polens wirke als Brücke zwischen Deutschland und Polen. Sie sei um das Allerwichtigste bemüht, die Erhaltung der Muttersprache als Identifikation. Sie wolle Schulen mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache ins Leben rufen, so Bergner. Angesichts dieser Bedeutung sollte die deutsche Minderheit in Polen auch nicht schlechter gestellt sein als jene im dänischen Nordschleswig, vielmehr die Finanzierung identisch geregelt werden.

850 000 Euro für Deutsche in Polen

Für das laufende Jahr sagte Bergner eine Unterstützung durch die Bundesregierung in Höhe von 850 000 Euro zu. Nach dem vorläufigen Ende der finanziellen Förderung der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen im Jahre 2002 ist dies die erste derartige Unterstützung seitens der Bundesrepublik. Unter dem Bundesbeauftragten für deutsche Minderheiten Horst Waffenschmidt hatten die Zuwendungen für kulturelle Aktivitäten aller Auslandsdeutschen 1989 die Höhe von 120 Millionen D-Mark erreicht. *PAZ*

Die andere Kulturhauptstadt

Fünfkirchen in Ungarn – Nicht nur Essen lockt im Jahre 2010 mit deutscher Kultur

Die Essener Eröffnungsfeier zum Europäischen Kulturhauptstadtjahr 2010 am 9. Januar war ein Erfolg. Wenig Beachtung rief hierzulande dagegen die aus einem aufwändigen Historienspektakel bestehende Auftaktveranstaltung im südungarischen Fünfkirchen (Pécs) einen Tag später hervor. Auch Fünfkirchen bekam – neben Essen (bzw. dem Ruhrgebiet insgesamt) und Istanbul – den ehrenvollen Titel für 2010 verliehen.

Wie Essen wirbt es mit seiner Multikulturalität. Doch während EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso in einer Grußbotschaft hinsichtlich des Ruhrpotts vom „melting pot der Völker und Kulturen" mit inzwischen rund 170 verschiedenen Nationalitäten sprach und damit eine erst wenige Jahrzehnte währende Neuentwicklung beschrieb, so ist der multiethnische Charakter der Hauptstadt der Region Branau (Baranya) vom Mittelater bis ins 18. Jahrhundert gewachsen.

Am zentralen Hauptplatz (Széchenyi tér) in Fünfkirchen sind fast alle wichtigen geschichtlichen Spuren dieser Stadt architektonisch vertreten: die auf den Ruinen einer christlichen Kirche erbaute Moschee des Paschas Gasi Khasim als größtes erhaltenes Zeugnis der Türkenherrschaft in Ungarn, eine zu österreichisch-ungarischen Zeiten im 18. Jahrhundert errichtete „Säule der Dreifaltigkeit" sowie die Häuser wohlhabender donauschwäbischer und jüdischer Bürger der späten k.u.k-Ära. Dazu ein üppiger Jugendstilbrunnen mit der für die örtliche Zsolnay-Keramikmanufaktur charakteristischen Eosin-Glasur und das 1907 vollendete neobarocke Rathaus, das an der Einmündung des Boulevards Király utca symbolträchtig von einer McDonald's-Filiale flankiert wird. Nicht zu vergessen das 1956 errichtete Reiterstandbild des Reichsverwesers Johannes Hunyadi, das an den 500. Jahrestag des ungarischen Sieges über die Türken bei Belgrad erinnert. Relikte der römischen Provinzhauptstadt Sopianae sind etwas weiter, am Rande des Dommuseums, in Gestalt einer frühchristlichen Grabkirche aus der Mitte des 5. Jahrhunderts eindrucksvoll sichtbar.

Noch leben in der Region rund 55 000 Ungarndeutsche

An diesen beiden Plätzen wird dem Besucher schnell klar, dass Fünfkirchen dem Titel „Europäische Kulturhauptstadt 2010" Ehre machen kann. Nicht nur zu römischer Zeit, sondern auch im Mittelalter war das zum Königreich Ungarn gehörende „Quinque Ecclesiae" (fünf Kirchen) ein bedeutendes Kultur- und Handelszentrum mit Bischofssitz, zahlreichen Ordensniederlassungen und der 1367 gegründeten ersten Universität Ungarns. Zudem verfügt Fünfkirchen über die längste mittelalterliche Stadtmauer des Landes.

Nicht zuletzt ist die in einer anmutigen Mittelgebirgslandschaft gelegene 160 000-Einwohner-Stadt ein wichtiges kulturelles Zentrum der Ungarndeutschen. Die so genannten Donauschwaben sind eine von neun anerkannten örtlichen Minderheiten (zahlenmäßig bedeutsam sind sonst vor allem die Zigeuner, Kroaten und Serben) in dieser zugleich mitteleuropäisch und mediterran wirkenden Stadt. Bereits am 20. Dezember haben ihre Regionalvertreter in der Branau mit Blick auf 2010 das „Jahr der deutschen Kulturregion Europa" ausgerufen. Allein im Raum Fünfkirchen leben immerhin noch etwa 55 000 Ungarndeutsche. *Martin Schmidt*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

sicherlich werden manche Neuleser, denen unsere Zeitung bisher unbekannt war und die nun die *PAZ* am Kiosk entdecken, unserer Kolumne zuerst wenig Beachtung schenken. „Ostpreußische Familie" – der Name mag ihnen wenig besagen, er scheint den Leserkreis einzuengen und damit auch die Themen zu begrenzen. Vielleicht ein Leserbriefkasten für den Austausch von Erinnerungen an die Heimat, eine Plattform für sehr persönliche Wünsche und Fragen, die im heutigen Umkreis der älteren Vertriebenen keine Resonanz finden? Das sind schon einige der Gründe gewesen, die vor mehr als 40 Jahren die Redaktion des *Ostpreußenblattes* veranlassten, diese Kolumne einzurichten, die als kleine Spalte einmal im Monat erschien. Und die dann wuchs, langsam und stetig, und mit dem Wegfall der Mauer einen rasanten Schub bekam, denn sie wurde zum Forum für die Vertriebenen, die in der DDR keine Fragen stellen konnten, die ihre Heimat und damit auch ihre Herkunft betrafen. Es begann verstärkt die Suche nach Menschen, deren Schicksal bisher nicht geklärt werden konnte. Fragen, die immer schwerer wurden, auch was ihre Erfüllung betraf. Und heute erst recht, denn die Zeit hat ihren Tribut gefordert. Längst ist die Ostpreußische Familie über ihr eigentliches Aufgabengebiet hinaus zu einem international anerkannten Forum für Suchwünsche geworden, die nicht auf Ostpreußen begrenzt bleiben. Nicht zuletzt aufgrund der Erfolge, die sie zu verzeichnen hat und die oft unglaublich erscheinen, wenn sich Geschwister finden, die sich 65 Jahre lang vergeblich gesucht haben, oder Menschen, die als Kinder aus der Geborgenheit von Heimat und Familie gerissen wurden, jetzt erst von ihrer Herkunft erfahren. Das gelingt nur, weil unsere Leserinnen und Leser aus aller Welt in großartiger Weise mithelfen und ihr eigenes Wissen und Erleben mit einbringen. Und manches Problem ist schon gelöst, ehe die Fragesteller die *PAZ*-Ausgabe mit der Veröffentlichung im Briefkasten haben! Selbst da, wo unsere Zeitung – noch – nicht gelesen wird, funktioniert die „Buschtrommel" der Ostpreußischen Familie. Das könnte und wollte ich eigentlich heute mit unseren neuesten Erfolgen beweisen, aber da trafen einige Suchfragen ein, die aus aktuellen Gründen Vorrang haben. Und so beginnen wir gleich mit einer, die keinen Aufschub duldet.

Sie kam mit einer E-Mail vom MDR-Fernsehen aus Leipzig. Der Sender benötigt für eine neue Ausgabe der Sendereihe „Die Spur der Ahnen" Informationen über die Herkunft eines Kindes einer ermländischen Mutter und seinen Fluchtweg aus dem südlichen Ostpreußen, der über Schlesien nach Leipzig führte. Der Junge kam am 1. April 1942



„Käte Seeger" Bild: privat

in der Hindenburgklinik in Allenstein als Sohn der damals 31-jährigen **Luzia Tolksdorf** zur Welt. Sein Vater, der Feldwebel **Jürgen Overbeck**, der sich zur Vaterschaft bekannte, fiel noch in jenem Jahr. Wahrscheinlich hat die Mutter aus beruflichen Gründen den Jungen in das Kinderheim Jordan in Allenstein gegeben. Luzia Tolksdorf arbeitete in Ortelsburg als Verkäuferin am Bahnhof und wohnte auch dort. Sie hatte mehrere Schwestern, bekannt sind die Namen **Anna**, **Maria** und **Elfriede**. Anfang Januar muss der damals noch nicht Dreijährige mit einem Transport aus Allenstein herausgekommen sein. Wie, mit wem und auf welchem Wege ist unbekannt. Es müsste sich um einen Transport gehandelt haben, der nach Schlesien führte oder dorthin umgeleitet wurde, denn noch im Januar wird der Junge in einem Kinderheim in Freystadt registriert. Von dort ist er dann, wahrscheinlich nach Evakuierung des Heims, nach Leipzig gekommen, wo er am 1. Februar angemeldet wird – von unbekannt! Nie hat sich einer um den Jungen gekümmert, nach der Mutter wurde vergeblich gesucht. Es könnte sein, dass sie nach Sibirien verschleppt wurde, wie ihre ältere Schwester Anna, die die Gefangenschaft überlebte und im vergangenen Jahr verstarb.

Für die Bearbeitung des Falles gibt es also mehrere Fragen. Wie, wann und durch welche Organisation erfolgte Anfang Januar 1945 in Allenstein ein Kindertransport in Richtung Westen? Wurde dazu ein Sonderzug eingesetzt oder wurden die Kinder einem Flüchtlingstreck übergeben? Wer ist damals mit einem solchen Transport nach Schlesien gekommen? Wer kannte Luzia Tolksdorf und könnte etwas über sie erzählen, damit sich der Sohn ein Bild von ihr machen kann? Damit wären auch ihre noch lebenden Schwestern angesprochen. Elfriede Tolksdorf soll im Raum Hannover leben, Maria in Potsdam. Sie zu finden ist sehr wichtig. Es dürfte sich um eine alteingesessene ermländische Familie handeln, die aus der Heilsberger Gegend stammt, wie der Geburtsort von Luzia Tolksdorf – Kolm im Kirchspiel Reichenberg – beweist. Das sind einige brauchbare Ansatzpunkte, und wir hoffen, dass sie zum Erfolg führen. Jeder kleinste Hinweis ist wichtig. (MDR, „Die Spur der Ahnen", Richterstraße 7 in 04105 Leipzig, Telefon 0341 / 3005709, Fax 0341 / 3005713, E-Mail: ahnen@mdr.de, Internet: www.mdr.de/ahnen)

Es ist eine unendliche Geschichte, die der Suche der **Monika Ehrentraut** nach ihrer Identität, die wir im Laufe der Jahre schon mehrmals behandelt haben und der sie nun ein weiteres Kapitel zufügt – wiederum mit einem Suchwunsch, denn es gibt nun neue und hoch interessante Spuren, die vielleicht zu ihrer Herkunft führen. Ich lasse sie selber berichten:

„Ermittelt wurde, dass 1943 zwei Schwestern, nichtdeutsche Frauen aus Export- und Industriekreisen, mit ihren beiden Töchtern aus Hamburg in die Nähe von Danzig evakuiert wurden. Sie lebten dort in oder nahe bei Leipe. Ende Januar 1945 begann eine vorbereitete Rückführung nach Bremen mit einer Ju 52 aus Danzig-Langfuhr. Die Maschine gehörte zum Transportgeschwader Cottbus, das am 31. Januar nach Hildesheim verlegt wurde. Auf dem Umweg über Cottbus musste die Maschine notlanden, und die Passagiere – 16 Frauen und Kinder – wurden nach Peitz oder Cottbus gebracht. Dort verlief sich nach dem Bombenangriff auf Cottbus am 15. Februar ihre Spur. Das älteste Mädchen der Familiengruppe konnte wegen Erkrankung nicht mitgenommen werden. Es blieb im Krankenhaus Leipe zurück, wurde erst 1946 in die sowjetisch besetzte Zone transportiert. Das Kind erhielt den Namen „**Käte Seeger**", als Geburtsjahr wurde 1940 angegeben. Solche Angaben geschahen damals in der SBZ sehr willkürlich, das Kind war mit Sicherheit älter, 1938 oder 1939 geboren, und zwar in Brasilien. Davon soll „Käte" immer wieder erzählt haben, was allerdings als bloße Phantasie abgetan wurde. Das Mädchen wurde 1946 im Lager Gornsdorf einer Pflegefamilie übergeben, die 1949 in den Westen flüchtete. Etwa 1953 tauchte plötzlich ein „Retter" auf, der das Mädchen zu seinen Angehörigen brachte. Da **Werner T.**, obwohl DDR-Bürger, häufig nach Shannon flog, ergeben sich für den weiteren Verbleib von „Käte" zwei Möglichkeiten: Entweder lebt die heute 71-Jährige bei der Verwandtschaft ihrer Mutter in Irland oder bei Deutschstämmigen in Brasilien.

Der an uns gestellte Suchwunsch von Frau Ehrentraut bezieht sich vor allem auf die Schulzeit von „Käte Seeger" in den Jahren 1947 bis 1953. Eingeschult wurde sie in Sachsen, in einem Ort in der Erzgebirgsregion. Wo sie dann nach der Übersiedlung in Westdeutschland zur Schule ging, ist unbekannt. Vielleicht erinnert sich nun jemand von unseren Leserinnen an ihre Mitschülerin „Käte", war vielleicht mit ihr befreundet. Durch ihre „Phantasien" über ihre Herkunft, vor allem über ihr Geburtsland Brasilien, dürfte sie vielleicht im Gedächtnis der Menschen geblieben sein, die zu ihr oder ihrer Pflegefamilie Kontakt hatten. Es ist auch möglich, dass die damals 14-Jährige auch nach ihrer Übersiedlung nach Irland mit ihren deutschen Freundinnen in Verbindung blieb. Frau Ehrentraut wäre für jeden Hinweis dankbar, denn er könnte helfen, ihre eigene Identität endlich zu klären. (Monika Ehrentraut, Friedensstraße 18 in 65510 Idstein, Telefon 06126 / 54947, E-Mail: monika.ehrentraut@t-online.de)

Etwas leichter dürfte gegenüber solch schwierigen Fragen der Wunsch von Herrn **Alfred Warschat** aus Köln zu erfüllen sein, aber eben nur etwas, denn seine Suche beschränkt sich auf einen relativ kleinen Kreis: Der heute 64-Jährige sucht Gleichaltrige aus Vertriebenenfamilien, die 1945 und in den Jahren danach im Internierungslager Tommerup auf der dänischen Insel Fünen oder im Krankenhaus in Odense geboren wurden. Alfred Warschat kam am 1. Oktober 1945 in dieser Klinik zur Welt, nachdem seine hochschwangere Mutter auf einem langen und schweren Fluchtweg aus dem heimatlichen Nordostpreußen in Dänemark gelandet und auf Fünen interniert worden war. „Ich bin mir ganz sicher, dass nur Sie und die Ostpreußische Familie helfen können", gibt Herr Warschat seiner Hoffnung Ausdruck, und er ist wohl deshalb so optimistisch, weil er in seiner bisherigen Sucharbeit beachtliche Erfolge zu verzeichnen hat. Diese beziehen sich vor allem auf die Heimatorte der Eltern aus dem Kreis Insterburg, auf die Kirchspiele Norkitten und Jodlauken/Schwalbental, an deren Heimatbüchern er arbeitet. Seine Mutter **Anna** Warschat geborene **Naujoks** stammt aus



Ruth Geede Foto: Pawlik

Uderballen/Otterwangen im Kirchspiel Norkitten, sein Vater aus Schwalbental, wo die Eltern auf dem ersten Fronturlaub des Vaters im September 1939 geheiratet hatten. Er erhielt nach einer Verwundung kurz vor Weihnachten 1944 Heimaturlaub, kämpfte dann im Heiligenbeiler Kessel, wurde erneut verwundet und kam am 1. April 1945 mit einem Lazarettschiff von Pillau nach Kopenhagen und dort in ein Lazarett. Mutter Anna ging am 21. Januar 1945 von Kampeneck im Kirchspiel Schwalbental auf die Flucht, gelangte über das Frische Haff nach Neutief, das sie verlassen musste, als Gauleiter Koch die wenigen Häuser beschlagnahmen ließ. Erst Mitte April konnte sie von Pillau mit einem Schiff herauskommen. Die Internierung endete im September 1947, als Mutter und Kind auf dem Wege der Familienzusammenführung nach Deutschland ausreisen durften. Anna Warschat verstarb bereits 1968 – und genau 20 Jahre später begegnete der Sohn auf einem Ostpreußentreffen fünf Schulfreundinnen seiner Mutter. Das war für ihn wie eine Initialzündung, denn nun begann er seine Dokumentationen über die Heimatorte seiner Eltern – mit riesigem Erfolg. Den konnte Herr Warschat auch auf seiner Suche nach Teilnehmern der Ferienfreizeiten Insterburger Kinder im Schullandheim Herongen, die er von 1956 bis 1961 besucht hatte, verbuchen, als er nach 50 Jahren nach ihnen forschte. Deshalb meint er auch in Bezug auf seinen neuen Wunsch, dass es noch nicht zu spät sei, die in der Internierung auf Fünen geborenen Kinder zu finden. (Alfred Warschat, Bürgershof 1 in 50769 Köln, Telefon 0221 / 7002670.)

Wie so viele ältere Leserinnen und Leser forstet auch Frau **Herta Manfraß** aus Köln das *Ostpreußenblatt*, sobald sie es in den Händen hält, nach vertrauten Namen aus ihrer Heimat durch. Obwohl sie durch intensive Sucharbeit eine große Anzahl ehemaliger Mitschülerinnen der Luther-Schule in Königsberg gefunden hat, fehlen doch noch viele Namen. Sie selber konnte vermittels unserer Ostpreußischen Familie und des Kirchlichen Suchdienstes über das Schicksal ihrer Kusine aufgeklärt werden, die leider im Jahr 2002 verstorben ist. Aufklärung, wie auch immer, ist wichtig und so könnte sie vielleicht auch anderen Lesern helfen. Hertha **Mann** – so ihr Mädchenname – war beim Russeneinfall in Königsberg mit einer anderen jungen Bewohnerin des Hauses Große Sandgasse 16 in Gefangenschaft geraten und mit ihr zusammen in Bartenstein und im Lager Preußisch Eylau interniert. **Gerda Prieß** hatte einen Bruder **Alfred** und falls dieser noch lebt und wenig oder nichts über das Schicksal seiner Schwester weiß, möchte er sich bitte an Frau Manfraß wenden. (Herta Manfraß, Winterberger Straße 5 in 51109 Köln, Telefon 0221 / 8908493.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„**Unsere Familie**" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren …

ZUM 104. GEBURTSTAG

Schlemminger, Elfriede, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Altenwalder Chaussee, 27474 Cuxhaven, am 19. Februar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Dahms, Fritz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Königsgrätzer Straße 55, 47053 Duisburg, am 20. Februar

Dziomba, Frida, geb. **Lutz**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Doventorsdeich 3-15, 28195 Bremen, am 18. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Degenhardt, Ottilie, geb. **Markowski**, aus Deutscheck und Dreimühlen, Kreis Treuburg und Kreis Lyck, jetzt Am Bleidenbach 33, 35789 Weilmünster, am 15. Februar

Tritscher, Karl, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Odenwaldstraße 1, Altenheim, 67551 Worms, am 21. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grube, Frieda, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ahornweg 2, 51766 Engelskirchen, am 20. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Salecker, Marie, geb. **Hardt**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, jetzt Rechenacker 55a, 46049 Oberhausen, am 20. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Diesing, Erika, geb. **Roppel**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Heiligenstraße 80, 40721 Hilden, am 17. Februar

Dobrileit, Helmut, aus Gut Groß Park, Kreis Angerburg, jetzt Spiek 14, 49716 Meppen, am 17. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Balschun, Ernst, aus Augstupönen / Hochfließ, Kreis Gumbinnen, jetzt Sonnenweg 18, 35745 Herborn, am 20. Februar

Baun, Gertrud, geb. **Kowalzik**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Prinzenstraße 82, 34225 Baunatal, am 17. Februar

Deter, Marta, geb. **Pawlowski**, aus Königsberg, jetzt Schillighörn 6, 28259 Bremen, am 9. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Malien, Heinz, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lilienstraße 2, 66849 Landstuhl, am 20. Februar

Tanski, Friedrich, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Buschkrug Allee 225, 12359 Berlin, am 20. Februar

Wohlgemuth, Arno, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Im Vogelsholz 24, 42369 Wuppertal, am 15. Februar

Zeiger, Elfriede, geb. **Schmidt**, aus Warnien, Kreis Wehlau, jetzt Aurora Hügel 4, 15232 Frankfurt, am 18. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Barzick, Anna, aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Dorfstraße 66, 51647 Gummersbach, am 19. Februar

Bulka, Martha, geb. **Gusek**, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Stettiner Straße 8, 25563 Wrist, am 19. Februar

Frank, Berta, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Neue Straße 49, 06847 Dessau-Alten, am 19. Februar

Lieder, Luise, geb. **Wolter**, aus Lyck, Lycker Garten 57, jetzt 506-1580 Haro Street, Vancouver B. C. V6G 1G6, Kanada, am 18. Februar

Rettkowski, Käthe, geb. **Paykowski**, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Langen Feld 13, 31141 Hildesheim, am 14. Februar

Waltz, Heinrich, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Stolpstraße 25, 38124 Braunschweig, am 20. Februar

Winter, Erna, geb. **Gerull**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Pöppinghauser Straße 17, 32756 Detmold, am 25. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bauerdick, Auguste, geb. **Prostka**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Kampstraße 6, 58285 Gevelsberg, am 15. Februar

Kranell, Else, geb. **Lehmann**, aus Perwilten, Kreis Heiligenbeil, jetzt JOL 1-H-O, Hemmingford-Québec, Kanada, am 17. Februar

Kuhr, Gerhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt 2747 Kensington Place, 61109 Rockford, Ill., USA, am 19. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gollub, Ernst, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Plutostraße 17, 59067 Hamm, am 15. Februar

Kröhnert, Ursula, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, jetzt Haus am Römerkanal, Römerkanal 11, 53359 Rheinbach, am 16. Februar

Nitsch, Liselotte, geb. **Weißfuß**, aus Altenberg und Steinbeck, Kreis Königsberg, jetzt 31020 Ahrenfeld, Kreis Hameln, am 21. Februar

Zimmermann, Elfriede, geb. **Mertins**, aus Oswald, Kreis Elchniederung, jetzt Zieblandstraße 18a, 80798 München, am 20. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Doll, Gertrud, geb. Monzien, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Fliederweg 4, 14469 Potsdam, am 16. Februar

Gogoll, Anna, geb. **Helten**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, jetzt Bernhardstraße 26, 46284 Dorsten, am 21. Februar

Heß, Lotte, geb. **Kiekel**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Falltorstraße 19, 64291 Darmstadt, am 17. Februar

Nendel, Charlotte, geb. **Chojetzki**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Am Mönchsgraben 1, 37154 Northeim, am 19. Februar

Ohnesorge, Erich, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heidrehmen 17, 22589 Hamburg, am 17. Februar

Rutkowski, Emil, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Heckenstraße 3, 49163 Bohmte, am 19. Februar

Schönherr, Wilhelm, aus Lötzen, jetzt Am Hange 7, 34130 Kassel, am 19. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alzuhn, Frieda, geb. **Froese**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Postfach 1020, 38313 Schladern, am 17. Februar

Böse, Margarete, geb. **Sembritzki**, aus Lyck, Bismarckstraße 46, jetzt Haus 5, Altenhofer Weg 2, 50767 Köln, am 16. Februar

Butzlaff, Kurt, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt Lenauweg 4, 38304 Wolfenbüttel, am 18. Februar

Franz, Anneliese, geb. **Wlottkowski**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Oggersheimer Straße 38, 67112 Mutterstadt, am 17. Februar

Hantel, Hela, aus Harendorf, jetzt Schwachhauser Heerstraße 264, 28213 Bremen, am 12. Februar

Heiss, Gerda, geb. **Stars**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, jetzt Brennhaus 11, 65933 Frankfurt, am 19. Februar

Höper, Dr. Edith, geb. **Becker**, aus Lyck, Yorkstraße, jetzt Hans-Böckler-Platz 15, App. 613, Senioren-Residenz Graf-Luckner-Haus, 22880 Wedel, am 17. Februar

Kalledat, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Eichenstraße 6, 33649 Bielefeld, am 15. Februar

Knieper, Eva, geb. **Schrader**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 71, 25799 Wrohm, am 21. Februar

Leidig, Edith, geb. **Perkuhn**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Talstraße 115, 40764 Langenfeld, am 21. Februar

Lorenz, Friedel, geb. **Wolter**, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt Große Parower Straße 42, 18435 Stralsund, am 18. Februar

Mikuteit, Robert, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Mühlenstraße 33, 24582 Bordesholm, am 21. Februar

Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, jetzt Hanse-Residenz, Eschenburgstraße 39, 23568 Lübeck, am 15. Februar

Pfeiffer, Siegfried, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 9, 23999 Gollwitz, am 17. Februar

Sambill, Erich, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt Berner Chaussee 37-41, 22175 Hamburg, am 20. Februar

Schmidt-Groß, Dr. Ursula, geb. **Groß**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Sobernheimer Straße 22, 55568 Staudernheim, am 18. Februar

Sturies, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Neumeyer Ring 5, 67227 Frankenthal, am 21. Februar

Weinert, Elly, geb. **Liedtke**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, jetzt Kuckucksweg 25, 21682 Stade, am 17. Februar

Wille, Else, geb. **Meier**, aus Lessen, Kreis Graudenz/Westpreußen, jetzt Auf dem Bruch 60, 45475 Mülheim an der Ruhr, am 15. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Armons, Edith, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, jetzt Am Falder 79, 40589 Düsseldorf, am 20. Februar

Behr, Edith, geb. **Laupsien**, aus Nestern, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Rödelheimer Straße 34, 60487 Frankfurt/Main, am 16. Februar

Bramann, Alfred, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Haydnstraße 32, 27474 Cuxhaven, am 18. Februar

Browarzik, Else, geb. **Raffalski**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, jetzt Zum Fuchsberg 10, 18276 Neu Strenz, am 18. Februar

Brzezinski, Horst, aus Wittingen, Kreis Lyck, jetzt Dorfstraße 26, 51597 Morsbach, am 19. Februar

Chmielewski, Charlotte, aus Wittelwalde, Kreis Lyck, jetzt Heimbühlstraße 14, 72768 Reutlingen, am 15. Februar

Eichert, Fritz, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Bast 22, 24649 Fuhlendorf, am 20. Februar

Falkenberg, Christel, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Sonnenallee 281, 12057 Berlin, am 21. Februar

Figur, Hildegard, geb. **Berg**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lessingstraße 14, 73630 Remshalden, am 21. Februar

Gathmann, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, jetzt Schwelmer Straße 119, 42389 Wuppertal, am 16. Februar

Karsten, Käte, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenweg 44, Heiligengeiststift, 48249 Dülmen, am 16. Februar

Kiehr, Hanna, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Strandhaferweg 1-2, 23769 Burg auf Fehmarn, am 16. Februar

Köpcke, Anna, geb. **Zudnochowski**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Maxim-Gorki-Straße 25, 18106 Rostock, am 16. Februar

Kufa, Frieda, geb. **David**, aus Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, jetzt Tannenweg 39, 44577 Castrop-Rauxel, am 15. Februar

Kurzrock, Heinz, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Unter Spredey 4, 44577 Castrop Rauxel, am 7. Februar

Maas, Lotte, geb. **Rajewski**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Armwischenweg 2, 25469 Halstenbek, am 16. Februar

Meller, Bernd, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Pflegepension Sonneneck, Dieksredder 1, 24794 Bargstedt, am 17. Februar

Nagel, Ruth, geb. Siedler, aus Rodental, Kreis Lötzen, jetzt Burgstraße 17, 59846 Sundern, am 17. Februar

Paliwoda, Wanda, geb. **Schrader**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Neuensothriether Straße 7, 29345 Unterlüß, am 19. Februar

Preiwuß, Else, geb. **Silz**, aus Königsberg, Schlageter Platz 9, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rilkeweg 23, 40764 Langenfeld, am 19. Februar

Schneider, Brigitte, geb. **Kotowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 6, jetzt Gresserstraße 5, 79102 Freiburg, am 17. Februar

Traska, Horst, aus Ortelsburg, jetzt Kölner Straße 429, 45481 Mülheim, am 12. Februar

Wisbar, Klaus, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Goldgrubenstraße 53, 61348 Bad Homburg, am 19. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartkowski, Ewald, aus Wasienen, Kreis Neidenburg, jetzt Unstrutstraße 4b, 51371 Leverkusen, am 18. Februar

Bednarz, Fritz, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Berge 6, 58456 Witten, am 20. Februar

Bevermeier, Gertrud, geb. **Jeworrek**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Schumannstraße 17, 32657 Lemgo, am 15. Februar

Böhland, Hannelore, geb. **Dotzek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Süderwisch 64c, 27474 Cuxhaven, am 20. Februar

Bohn, Walter, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt An der Werrabrücke 5, 32584 Löhne, am 20. Februar

Brigel, Eveline, geb. **Blattner**, aus Neidenburg, jetzt Gröder Weg 7, 25813 Husum, am 19. Februar

Ehlert, Günther, aus Wilkendorf, Kreis Rastenburg, jetzt Falkenstraße 3, 40789 Monheim an der Ruhr, am 21. Februar

Genßler, Ursula, geb. **Buck**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Anton-Ulrich-Straße 11, 98617 Meiningen, am 20. Februar

Gerlitz, Bernhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, jetzt Von-Ostrach-Straße 1, 86424 Dinkelscherben, am 18. Februar

Goetz, Günther, aus Ortelsburg, jetzt Badstraße 22, 76744 Wörth-Schaidt, am 12. Februar

Horn, Erich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Wagenhorst 4, 21409 Embsen, am 21. Februar

Jensen, Karl-Heinz, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Friedrichstraße 21, 25767 Albersdorf, am 18. Februar

Kuhlmann, Erna, aus Kutzen, Kreis Treuburg, jetzt Breslauer Straße 23, 72461 Albstadt, am 21. Februar

Kullinat, Harry, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Haferlandsheide 27, 32051 Herford, am 18. Februar

Lackner, Ursula, geb. **Götz**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Finkenbusch 186, 59399 Olfen, am 17. Februar

Moser, Elimar, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, jetzt Auf dem Oelsfeld 26, 53179 Bonn, am 18. Februar

Neumann, Christa, geb. **Pauluhn**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Massower Straße 17, 21514 Klein Pampau, am 19. Februar

Neumann, Kurt, aus Lyck, jetzt Schillerstraße 29a, 32312 Lübbecke, am 18. Februar

Okuniek, Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, jetzt Agnes-Miegel-Straße 64, 42279 Wuppertal, am 15. Februar

Rockel, Gertraut, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, jetzt Auf der Pele 11, 50321 Brühl, am 18. Februar

Rohr, Ekkehard, aus Treuburg, jetzt Friedrich-Müller-Straße 10, 76872 Freckenfeld, am 20. Februar

Rose, Kurt, aus Margen, Kreis Elchniederung, jetzt Kirchplatz 8, 59174 Kamen, am 21. Februar

Sander, Eva, geb. **Heyer**, aus Treuburg, jetzt Erikastraße 19, 21244 Buchholz, am 16. Februar

Stuhr, Erika, geb. **Gramatzki**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Bahnhofstraße 1, 21730 Balje, am 17. Februar

Trimkowski, Bruno, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, jetzt Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, am 18. Februar

Wiemen, Klaus, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt An der Sommerseite 72, 36251 Bad Hersfeld, am 15. Februar

Worgull, Heinz, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Ostpreußendamm 53a, 12207 Berlin, am 17. Februar

Wosing, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Wehlau Neustadt, jetzt Quellenweg 8, 31787 Hameln, am 20. Februar

Zänker, Horst, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Kirchgasse 8, 99310 Bösleben, am 19. Februar

Zakfeld, Bruno, früher **Zakrzewski**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, jetzt Eiklint 1, 29227 Celle-Burg, am 19. Februar

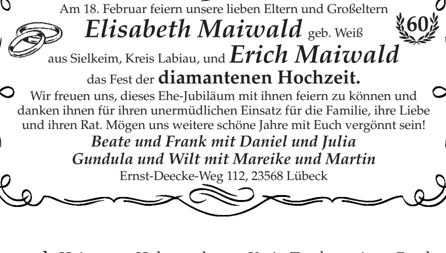
Zillmann, Waltraud, geb. **Raudonat**, aus Leißienen, Rockelheim Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Wörtherstraße 5, 10435 Berlin, am 18. Februar



Haas, Heino, und Frau Ursula, geb. **Patschke**, aus Radnicken, Kreis Samland, jetzt Holunderweg 7, 51491 Overath, am 20. Februar

Anzeigen

Ihren 80. Geburtstag
feiert am 19. 2. 2010
Lydia Gaspar
geb. Schulz
(aufgewachsen in Wickerau/Podangen
jetzt wohnhaft in Sörup)
Alles Liebe von
Thomas und Gerti



Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Sonnabend, 20. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Eisbeinessen mit Tombola im Gasthaus Zum Zarko.

Ludwigsburg – Dienstag, 23. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in den „Kronstuben“, Kronenstraße 2. Tagesordnung: Begrüßung und Kaffeestunde, Totenehrung, Rechenschaftsbericht des Ersten Vorsitzenden, Kassenbericht des Kassenwarts, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandesm Anträge, Wahlen nicht besetzter Ämter, Verschiedenes.

Stuttgart – Freitag, 12. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Faschingsfeier im Haus der Heimat, großer Saal. „Stint Ahoi!“ heißt es wieder und Lm. Binder wird die Veranstaltung musikalisch begleiten. Gäste sind herzlich willkommen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 20. Februar, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 17. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg. Thema: „Herkunft der Ostpreußenhymne und des Masurenliedes“.

Hof – Sonnabend, 13. Februar, 14 Uhr, Grützwurstessen im Restaurant am Kuhbogen, Marienstraße, Hof.

Ingolstadt – Sonntag, 21. Februar, 14.30 Uhr. Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

München Nord/Süd – Freitag, 12. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 12. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Es wird ein neuer Film über Königsberg gezeigt. Gäste willkommen. Die Faschingsfeier muss leider krankheitsbedingt entfallen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 18. Februar, 14 Uhr, Treffen der Heimatgruppen im Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@-online.de

Bremen – Sonnabend, 13. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen im Hotel Airport, Flughafenallee 26, Bremen. Zum „Aufwärm“ gibt es zunächst ein Stück Kuchen mit Kaffee / Tee / Kakao. Für das Zwischenprogramm tritt erstmals die „Bremische-Männer-Chorgemeinschaft“ mit 50 Sängern unter der Leitung von Anna Koch auf. Das Essen beginnt mit dem traditionellen Pillkaller. Um die ordnungsgemäße Fleck-Zubereitung kümmert sich Vorstandsmitglied Hans Rummel. Eintritt und Essen für Mitglieder 19 Euro, 23 Euro für Nichtmitglieder, Eintritt ohne Essen 11 Euro (darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten). Anmeldungen mit Nennung des Speisewunsches bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012, oder in der Geschäftsstelle der Gruppe, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718. Das Geld kann auch überwiesen werden.

Bremerhaven – Freitag, 26. Februar, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im „Barlach-Haus“.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 7. März, 13 Uhr, **Besuch der Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird die Komödie „Sturmgeselle Sokrates“ von Hermann Sudermann. Tagesablauf: 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld; 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee, gegenüber Hamburg Hauptbahnhof; 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang; 16 Uhr, Theateraufführung; 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 13. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab der U-Bahnstation Hammer-Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Von der Bushaltestelle Bauerbergweg sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Der Vorstand würde sich freuen, wenn viele Mitglieder zur Jahreshauptversammlung erscheinen würden. Anmeldung bis zum 12. Februar beim Vorsitzenden K. Wien, Telefon (040) 30067092. – **Neuntägige Ostpreußenreise** in den Kreis Heiligenbeil vom 24. April bis 2. Mai 2010. Es werden alle Kirchspiele besucht, also auch Ihr Heimatort. Reisepreis ab 20 Teilnehmern 764 Euro; ab 30 Teilnehmern 714 Euro; ab 40 Teilnehmern 664 Euro pro Person im DZ. Im Preis enthalten: HP, Reiserücktrittversicherung, Krankenversicherung im russischen Teil des Kreises, Erlaubnis für den grenznahen Bereich im russischen Teil, Reiseleitung, Stadtführungen, Grenzgebühren und Visakosten. Reiseunterlagen ab sofort bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 3. März, 13 Uhr, Frühlingsfeier mit heimatlichen Gedichten und gemeinsamen Liedern im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 27. Februar, 15 Uhr, Kappenfest im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlstorf. Bei Musik zum Mitsingen soll in fröhlicher Runde in den Karneval geschunkelt werden. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Gäste mit und auch ohne Kappe sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.



Sensburg – Sonntag, 14. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. März, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 22. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Filmvortrag von Manfred Samel: „Der deutsche Osten in alten Bildern aus den Jahren 1920/30“. Zum Teil noch nie gezeigte Bilder aus Kultur und Tradition.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 13. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel fröhliche Stunden beim „Preußischen Fasteloawend“.

Dillenburg – Mittwoch, 24. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein. Studiendirektor Eckhard Scheld vom Wilhelm-von-Oranien-Gymnasium wird zu Gast sein. Er bringt die Studentin Julia Iwanowa von der Kant-Universität Kaliningrad (Königsberg) mit, die augenblicklich für ein Jahr ein Stipendium an der Justis-Liebig-Universität Gießen absolviert. Nach einer ausführlichen Fragestunde liest sie etwas von Hermann Sudermann. – Mit dem Gedicht „Der Januar“ von Erich Kästner eröffnete – nach der Begrüßung durch Lothar Hoffmann – Helga Löhner den Nachmittag. In Waltraud Kranicks „Kindergartengeschichte“ ärgert ein kleiner Junge beim Stiefelanziehen seine Erzieherin. Nach dem Kaffeetrinken sprach dann Josef Heisinger über das Königsberger Reisebüro Robert Meyerhoefer und den daraus hervorgegangenen „Seedienst Ostpreußen“ (*siehe Ostpreußenblatt/PAZ, Folge 5, Seite 11*). Sein Vortrag fand bei den Zuhörern sehr großen Anklang und wurde von der Kassenwartin Käte Spalding mit einer persönlichen Anmerkung ergänzt. Ihr Ehemann Erwin hat bei der Firma Meyerhofer in Königsberg als Speditions-Lehrling seine berufliche Laufbahn begonnen, bis er nach einigen Umwegen als Prokurist bei der bekannten Speditionsfirma Pracht in Haiger landete. Zum Abschluss las Gundborg Hoffmann noch eine Geschichte von Heinrich Böll „Die Kunde von Bethlehem“ vor. Dort sieht ein Mann das neugeborene Kind im Stall mit seinen Eltern, denen eine „Person in mausgrauem Gewand“ empfiehlt, sofort nach Ägypten zu fliehen. Zuvor hatte dieser Mausgraue weiße Lilien an zahlreiche kleine Kinder verteilt, während Herodes Soldaten schon in die Stadt einmarschierten.

Wiesbaden – Donnerstag, 18. Februar, 12 Uhr, Stammtisch der Gruppe in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Es wird Schmandhering serviert. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Für die Platz- und Essensdisposition unbedingt anmelden – bis spätestens 12. Februar – bei Familie Schetat, Telefon: (06122) 15358. – Die meisten noch vorhandenen Schlösser in Ostpreußen sind baufällig und kaum noch zu erhalten, resümierte Professor Gottfried Kiesow, Vorsitzender der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, in seinem Vortrag „Schlösser und Ordensburgen in Ostpreußen“ und unterstrich dies anschaulich mit Dias. So stehen von dem einst stolzen Schloss Schlobitten im Kreis Preußisch-Holland nur noch Mauerreste. Heranrückende russische Truppen hatten die Gebäude der aus Sachsen stammenden Familie Dohna im Krieg niedergebrannt. Ähnlich ist der Zustand bei den Dohna-Schlössern Reichertswalde in der Nähe von Mohrungen und Schlodien im Kreis Preußisch-Holland, deren Bausubstanz zunehmend verkommt. Manchmal konnten nur noch Teile der Inneneinrichtung gerettet werden, erklärte Kiesow. „Besser sieht es da bei den Ordensburgen aus“, sagte der in Mohrungen zur Schule gegangene Referent, dessen Vater im naheliegenden Dorf Liebwalde Pfarrer gewesen war. Die Anlage in Frauenburg und die Marienburg an der Nogat sind „gut in Schuss“, berichtete Kiesow. Ebenso die im Grundriss einer quadratischen Kastellburg errichtete Deutschordensburg Gollup, die in den Jahren 1959–1969 wieder aufgebaut wurde. Ansehnlich die Burg in Rößel, die einst Kammeramtssitz des ermländischen Bischofs war und heute als Hotel dient. Wohl am besten erhalten ist die mittelalterliche Burg in Allenstein, einst Sitz des ermländischen Domkapitels, dem auch der Astronom Nicolaus Copernicus als Administrator angehörte. Besonderes Anliegen Kiesows ist der Erhalt des Schlosses Steinort im Kreis Angerburg, das seit 1422 im Besitz der gräflichen Familie Lehndorff war und auf einer Insel liegt, die sich in den Mauersee erstreckt. Zum einstigen Großgrundbesitz mit 17 Gütern gehörten 5800 Hektar Land. Der letzte Erbe, Heinrich Graf von Lehndorff, wurde nach dem Hitlerattentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet. Inzwischen wurde der ehemalige Familienbesitz Steinort im Wege einer Schenkung einer polnische Handelsgesellschaft an die Polnisch-Deutsche Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz in Warschau übertragen, deren Vorstand neben dem polnischen Professor Andrzej Tomaschewski auch Professor Kiesow angehört. Zusammen mit der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz in Görlitz soll das Gebäude denkmalgerecht in Stand gesetzt werden. Seit Sommer 2009 weist eine große Informationstafel vor dem Haupteingang auf das Vorhaben hin. Durch die neue Trägerschaft der Stiftungen können nunmehr auch Förderungsmittel Deutschlands, Polens und der EU in Anspruch genommen werden. Aus bereits zugesagten deutschen Mitteln soll zunächst ein Notdach finanziert werden, um den weiteren Verfall des Dachbereichs aufzuhalten. Innere Deckenbalken und ein Teil der Bretterdecke konnten von der Restauratorin Barbara Nowak geborgen werden. Wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind, sollen die Räumlichkeiten kulturell genutzt werden und auch als Begegnungsstätte, besonders der Jugend, dienen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine

Ermländische Begegnungstage



Bad Sassendorf – Vom Freitag, 28. bis Sonntag, 30. Mai finden die „Ermländischen Begegnungstage 2010“ im „Haus Düsse“, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf, Telefon (02945) 9890 statt. Traditionsgemäß werden Gäste aus Westdeutschland sowie dem heutigen Ermland erwartet. Auch wird unter anderem der ermländische Visitator Dr. Schlegel diese Tage der Begegnung begleiten. Die diesjährigen ermländischen Begegnungstage stehen unter dem Thema: „Das unliebsame Kind“. Mit diesem Schwerpunkt wird der Blick nach innen, in die deutsche Gesellschaft gerichtet. Darin soll die heutige Arbeit und Seelsorge an Vertriebenen, die Jugendarbeit in Polen und Deutschland, die Begegnung mit der neuen polnischen Generation beleuchtet und dies der Tatsache gegenübergestellt, dass diese Aktivitäten stets in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Schattendasein fristen, das sie politisch ausgeblendet werden, ja unliebsam sind. Zum einen, weil der Blick nach Osten wegen des Wohlstandgefälles generell mit einer gewissen Zurückhaltung behaftet ist und zum anderen, weil das Geschehene in den Weltkriegen immer noch auf uns wie ein vorgehaltener Spiegel lastet. Diesem in der Völkergemeinschaft einzigartigen Verhalten der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland will man auf den Grund gehen.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZZ) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen bis zum 10. Mai an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Hannover – Freitag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem gemütlichen Beisammensein. Klaus Lunau hält einen Vortrag über „das Ostseebad Cranz, das Samland und die Kurische Nehrung – früher und heute". Lm. Lunau hat seinen zweiten Wohnsitz in Cranz.

Helmstedt – Donnerstag, 18. Februar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 25. Februar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Dienstag, 16. Februar, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Freitag, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Schabberstunde in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. Referat: Das Sozialwerk Stukenbrock in der Zeit von 1948–1970". – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Dortmund – Montag, 15. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben der Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Freitag, 12. Februar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im HDO.

Düsseldorf – Freitag, 12. Februar, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Dienstag, 16. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer 412, GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 18. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube zur Jahreshauptversammlung. Anschließend gibt es Grützwurst nach Monikas Art.

Essen – Freitag, 19. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Matjes-Essen in der „Stern Quelle", Schäferstraße 17, 45127 Essen, Nähe des RWE Turmes.

Gevelsberg – Freitag, 19. Februar, 16.15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Wahlen im Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 15. Februar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 22. Februar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln", die gerne singen, sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Neuss – Donnerstag, 25. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, Neuss. Ende gegen 18 Uhr.

Wesel – Sonntag, 21. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski und der Vorstand bitten um rege Teilnahme der Landsleute und Heimatfreunde an einer schönen Kaffeetafel. Im Anschluss daran wird der Film „Vom Kurfürstentum zum Königreich – von 1640 bis 1730" gezeigt.

Witten – Donnerstag, 25. Februar, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Herr Weigand referiert über Vertriebenen-Fragen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Freitag, 19. Februar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heringsessen in der Gaststätte Mayer Bräu, Schillerstraße, Ludwigshafen-Oggersheim. Anmeldungen an G. Radons, Telefon (0621) 408977.

Mainz – Freitag, 19. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 26. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 62. Thema: „Ostpreußischer Humor" – es werden humorvolle Geschichten, Anekdoten und Lebensweisheiten vorgetragen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Dienstag, 16. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der BdV Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden. Ein gemütlicher Faschingsnachmittag mit einem Reisebericht. Siegfried Dannath-Grabs hält einen Diavortrag über „2009 – Nordostpreußen: Diavortrag über Tilsit, Ragnit, Königsberg und Danzig".



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 17. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus", Hecknerstraße 6, 06449 Aschersleben.

Magdeburg – Freitag, 12. Februar, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 14. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Valentinstag in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße. – Montag, 15. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Rosenmontag in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße. – Dienstag, 16. Februar, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter Lemsdorfer-weg. – Freitag, 26. Februar, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760. Es sind noch einige Plätze frei.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Kiel – Donnerstag, 18. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat. Bunter Nachmittag: „Kurz nach Aschermittwoch ist noch nicht alles vorbei".

Mölln – Bei der letzten Zusammenkunft stellten sich zu Beginn der Versammlung die Bürgermeister-Kandidaten der Stadt Mölln vor. Kerstin Magnussen und Jan Wiegels informierten sehr ausführlich über ihren Werdegang und Erfahrungen in der Verwaltung, die Mölln zugute kommen könnten. Anschließend hielt Erwin Horning, Propst i. R., einen Filmvortrag über die Deutschen aus Bessarabien. Diese Region liegt zwischen dem Schwarzen Meer, der Ukraine und den Flüssen Pruth und Dnjestr. Im 14. und 15. Jahrhundert stand sie unter türkischer Herrschaft. 1812 kam

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Herzliche Einladung zur 52. heimatpolitischen Tagung am 27./28. Februar 2010 in Rotenburg (Wümme) – Im Jahr 2010 wollen wir die in den Vorjahren begonnen Gespräche in einer angenehmen Atmosphäre fortsetzen. Dazu laden Sie der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft wieder sehr herzlich ein, dieser unserer zur Tradition gewordenen Tagung am 27./28. Februar 2010 in 27356 Rotenburg (Wümme), Am Pferdemarkt 3 (Bürgersaal), Beginn 14 Uhr. Eingeladen sind alle geschichtlich und kulturell interessierten Ostpreußen und deren Nachkommen sowie die Freunde der Angerburger. Ziel der Veranstaltung ist es, möglichst viele Menschen zu ermutigen, sich für die Erhaltung der über 700 Jahre alten preußisch deutschen Geschichte und Kultur Ostpreußens zu engagieren. So haben wir auch für diese Tagung kompetente Referenten gewinnen können. Am 27. Februar 2010 ist der Bürgersaal bereits ab 14 Uhr geöffnet und Kaffee/Tee und Kuchen werden angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Lech Slodownik, Elbing (Elblag), mit seinem Referat „Vergangenheit und Gegenwart – Reflexionen eines Nachkriegsgeborenen" beginnen. Anschließend wird Museumsdirektor Dr. Joachim Mähnert über die „Zukunft des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg" sprechen. Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr sowie angeregten Gesprächen mit interessanten Gästen geht der erste Tag zu Ende. Am Sonntag, 28. Februar 2010, 9.30 Uhr wird die Tagung mit einem Vortrag der Kulturreferentin Agata Kern „Aus der Arbeit einer Kulturreferentin beim Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg" fortgesetzt und gegen 12 Uhr beendet sein. Für heimattreue Ostpreußen sollte eine Teilnahme an der Tagung selbstverständlich sein. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 23 Euro pro Person einschließlich Dessert und eventuell Übernachtungswünsche, werden bis zum 17. Februar 2010 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Neue Bürozeiten und neuer Fax-Anschluss unserer Geschäftsstelle Ab sofort ist unsere Geschäftsstelle in Rotenburg (Wümme), Große Straße 49 (Kaufhaus Vögele) nur montags von 8.30 bis 12.30 Uhr und donnerstags von 8.30 bis 12.30 Uhr und von 13 bis 17 Uhr, Telefon (04261) 9833100 (Landkreis) zu erreichen. Der Fax-Anschluss hat sich geändert und lautet wie folgt: (04261) 9833101. Besucher wird um eine vorherige Terminvereinbarung gebeten. Der Vollständigkeit halber hier nochmals unsere Anschrift: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme) Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme). Wir bitten um Verständnis für diese technische Änderung.

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2010!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2010

- **6./7. März**: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
- **23./25. April**: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont
- **24./25. April**: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein
- **3.–5. Mai**: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont
- **21./24. Mai**: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
- **26. Juni**: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein
- **24.–26. September**: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
- **11.–17. Oktober**: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont
- **29.–31. Oktober**: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont
- **6./7. November**: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
- **8.–12. November**: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.



Paul Pissowotzki
Pfarrer i.R.

∗ 9. Oktober 1911 in Masten, Kreis Johannisburg — † 27. Januar 2010 in Heilbronn

Paul Pissowotzkis große Heimatliebe und Heimattreue fanden immer wieder ihren Niederschlag in der großen Anteilnahme am Leben der in der Heimat verbliebenen Landsleute, seiner großzügigen Unterstützung in der Behebung ihrer materiellen, geistlichen und seelischen Nöte und der Förderung der Völkerverständigung.

Die Kreisgemeinschaft Johannisburg ehrte ihn im Jahre 2003 mit der silbernen Ehrenspange. Wir werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

Die Kreisgemeinschaft Johannisburg

Sieglinde Falkenstein, 2. Vorsitzende — **Dr. Manfred Solenski**, 1. Vorsitzender — **Werner Schuka**, 2. Vorsitzender



Wenn die Kraft zu Ende geht,
ist Erlösung eine Gnade.

Friedlich entschlief am 27. Januar 2010

Lieselotte Dietz
geb. Barsties, aus Königsberg
im 89. Lebensjahr.

Anne-Luise Schumann, geb. Dietz, und **Klaus Schumann**
Karl-Heinz und Heide Dietz
Ihre Enkel und Urenkel
sowie alle Angehörigen

Traueranschrift: Anne und Klaus Schumann, Heysestraße 16, 27753 Delmenhorst.



Land der dunklen Wälder war seine Heimat,
die nie vergessen werden sollte.

Am 18. Januar 2010 verstarb, nach überstandener schwerer Krankheit, für uns alle unerwartet

mein geliebter Mann, unser liebevoller, fürsorglicher Papa und Schwiegervater und wunderbarer Opa

Konrad Leites
Studiendirektor i.R., Fachpädagoge der Logopädie

15. August 1925 Memel/Ostpreußen — 18. Januar 2010 Norderstedt

Wir haben ihm unendlich viel zu verdanken, und wir sind unsagbar traurig.

Erika Leites, geb. Ruttkowski
Kristine Leites mit Klaus Schwettscher und Giani-Jona
Kordula Leites
Keno Leites mit Ina, geb. Jährig, Jasper und Janeke

Am Hange 49, 22844 Norderstedt

Eine Spende an den SOS Kinderdorf e.V., Reuschel Bank München, Spendenkonto 1225 777, BLZ 700 303 00, Stichwort Konrad Leites, wäre in seinem Sinne.



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachruf – Unser Erster Kirchspielvertreter für Gowarten, Oberfähnrich a. D. Werner Stuhlemmer, verstarb am 4. Januar 2010 in Emsdetten. Er wurde am 16. Januar 1921 in Falkenhöhe (Demedschen) im Kreis Elchniederung geboren. Dann folgte eine Schulzeit in Gowarten und eine kaufmännische Ausbildung in Groß Friedrichsdorf bei Kobse. Nach seiner Soldatenzeit lebte er ab 1945 in Emsdetten als selbstständiger Kaufmann. Mit dem Tod von Werner Stuhlemmer verliert die Kreisgemeinschaft Elchniederung einen engagierten Mitstreiter. Seinen Einsatz für unser Ostpreußen werden wir stets in Ehren halten. Als Kirchspielvertreter für Gowarten, dieses Amt hatte er bis 1996 inne, erwarb er sich in der Kreisgemeinschaft ein hohes Maß an Anerkennung. Seine zweite Liebe galt der evangelischen Kirchengemeinde Emsdetten. Dort engagierte sich Werner Stuhlemmer viele Jahre als Presbyter, Synodale und Kirchenmeister. Zu seinen Pflichten zählten dabei die Verwaltung der Finanzen und die Überwachung der Bauvorhaben. Was der Mensch an Güte und Liebe ausgesät hat, das wird auf ewig nicht verloren gehen (Alban Herbach). Seine Kraft war jetzt zu Ende, so nimm ihn Herr in Deine Hände. Im ehrendem Gedenken für die Kreisgemeinschaft, Manfred Romeike und Hartmut Dawideit.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Nachruf Elfriede Böhnke – Am 11. November 2009 verstarb in Buchholz unser langjähriges aktives Mitglied Elfriede Böhnke, geb. Wenck. Sie wurde am 2. August 1922 in Gerkiehnen geboren. Elfriede Böhnke wuchs mit ihren Geschwistern Margarete und Alfred auf dem elterlichen Hof auf und besuchte von 1929 bis 1933 die Volksschule in Gerkiehnen, von 1933 bis 1939 ging sie auf die Oberschule in Gerdauen. Daran schloss sich 1939/40 noch der Besuch der Mädchengewerbeschule in Königsberg an. Weitere Ausbildungsstationen waren die Arbeitslehre im elterlichen Betrieb (1940–1941), die ländliche Hauswirtschaftslehre im Kreis Heiligenbeil (1941–1942) und die Landfrauenschule (1942–1943) in Kirchdorf, Kreis Warthbrücken. Ihr Bruder war als Soldat eingezogen und der Vater bereits 1942 verstorben. Das war für sie Grund genug, die Mutter auf dem elterlichen Hof zu unterstützen. Dieser Aufgabe kam sie bis zur Flucht am 25. Januar 1945 nach. Vor größeren Aufgaben scheute sie sich nicht. Sie führte als 22-Jährige alleine den Treck nach Schleswig-Holstein, wo sie am 30. März 1945 in Siethwende-Brunsholt ankamen. In Bielefeld war sie dann zirka vier Jahre (1945-1949) im Haushalt tätig. 1950 heiratete sie in Sontra (Hessen) den Witwer Walter Böhnke. Er hatte zwei Töchter, für die sie fortan die Mutter war. 1952 und 1956 wurden ihre gemeinsamen Töchter geboren. Die Familie lebte dann im Buchholzer Ortsteil Holm-Seppensen. Bereits seit 1946 war Elfriede Böhnke Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen. Als Kirchspielvertreterin für Momehnen war sie seit Juli 1987 in der Heimatkreisgemeinschaft tätig. Diese aktive Tätigkeit wurde mit mehreren Auszeichnungen gewürdigt. Sie bekam als Dank für ihre beständige Mitarbeit das Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen am 4. September 1998 überreicht. Weitere Auszeichnungen waren die Verleihung der Treueurkunde sowie das Ehrenzeichen in Silber der Heimatkreisgemeinschaft. Elfriede Böhnke war immer aktiv. Sie konnte noch bis April 2009 ihren Haushalt alleine führen. Als es absolut nicht mehr ging, fand sie Unterkunft in einem Heim. Ihr Engagement für die Heimat, ihre liebevolle Art werden allen, die sie kannten, in Erinnerung bleiben. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Zweites gemeinsames Kirchspieltreffen Klein Gnie und Mulden – Liebe Landsleute, liebe Freunde, wir möchten Sie nochmals wie schon auf unserem Hauptkreistreffen im September in unserer Patenstadt Rendsburg sowie im Weihnachts-Heimatbrief Kreis Gerdauen sehr herzlich zu unserem zweiten gemeinsam Kirchspieltreffen vom 16. bis 18. April 2010 einladen. Wie bereits anlässlich unserer ersten gemeinsamen Begegnung im Oktober 2008 treffen wir uns auch diesmal wieder im Ostheim der Landsmannschaft Ostpreußen im schönen Niedersächsischen Staatsbad Bad Pyrmont, das unter der Leitung der sympathischen Eheleute Winkler steht. Wir planen wieder wunderschöne, gemeinsame Tage in familiärer Atmosphäre, die ganz im Zeichen ostpreußischer Tradition stehen sollen. So haben wir einen Besuch des Trakehner-Gestüts an der Hämelschenburg bereits eingeplant. Für Wünsche und Beiträge, insbesondere zum Bunten Abend am Sonnabend, wären wir Ihnen bereits jetzt sehr dankbar. Das günstige Pauschalangebot im Ostheim (Vollpension mit Frühstück, Mittagessen und Abendessen) beträgt an diesem Wochen-ende (von Freitagabend bis Sonntagmittag) für ein Zweibettzimmer 168 Euro, für ein Einzelzimmer 96 Euro. Im Ostheim stehen uns 16 Doppelzimmer und 17 Einzelzimmer zur Verfügung, die in der zeitlichen Reihenfolge der schriftlichen Anmeldungseingänge vergeben werden. Da das Ostheim kein großes Hotel ist, steht im Haus kein Aufzug zur Verfügung. Wir bitten um Angabe, wenn Sie im Erdgeschoss logieren möchten. Die Ein- und Zweibettzimmer haben fließend Wasser warm/kalt. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren. Auf Wunsch ist eine Übernachtung auch in einem nahe gelegenen Hotel möglich. Wir freuen uns auf schöne gemeinsame Tage. Bitte fordern Sie den Anmeldebogen bei Anita Motzkus, Telefon (040) 543678, E-Mail: anita.motzkus@t-online.de, möglichst sofort an. Auch bei allen Fragen oder Anregungen stehen wir Ihnen gern und jederzeit zur Verfügung: Ihre Kirchspielvertreter Anita Motzkus für Muldszen (Mulden) sowie Ilse und Dirk Bannick für Klein Gnie, Telefon (04841) 93063, E-Mail: bannick.husum@t-online.de.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Weingartenstr. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (06033) 974450, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Siegfried Beckerat, Schulstr. 4 b, 21465 Reinbeck, Tel.: (040) 7278228, Fax: (040) 71001752, E-Mail: rus.beckerat@t-online.de. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Sonderreise nach Insterburg vom 1. bis 12. Juli 2010 – Im Rahmen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Kreisausschussmitglied bei den Kreisgemeinschaften Insterburg und als Heimatforscher für die Kirchspiele Norkitten und Schwalbental (zum Teil auch für Dittlacken) organisiert Alfred Warschat aus Köln für diesen Sommer wieder eine Busfahrt nach Insterburg. Bis Ende Januar 2010 lagen ihm schon so viele Reiseanmeldungen vor, dass die Busfahrt auf jeden Fall stattfindet. Durch viele „Rücktritte“ bedingt besteht noch die Gelegenheit, mit ihm am 1. Juli 2010 nach Insterburg zu fahren. Die Fahrt beginnt in einem komfortablen Reisebus um 7 Uhr vor seiner Haustür in Köln-Seeberg und führt über die BAB 1 und BAB 2 über Hannover ZOB-Hauptbahnhof (gegen 10.45 Uhr), Berlin-Schönefeld-ZOB (etwa 16 Uhr) nach Stettin. Mitreisende können an allen BAB-Raststätten entlang dieser Route zusteigen. Übernachtungen erfolgen in guten bis sehr guten Hotels in Stettin (Radisson-SAS), in Danzig, 7x in Insterburg im bekannten Hotel „Zum Bären“ und auf der Rückfahrt in Thorn und Posen. In Oliva nehmen Sie an einem Orgelkonzert in der berühmten Klosterkirche teil, anschließend besichtigen Sie den Seesteg in Zoppot. In Danzig erfolgt eine organisierte Führung durch die Altstadt. Am dritten Tag ist eine Bootsfahrt (rund zwei Stunden) auf einem Teilstück des Oberländischen Kanals („auf dem die Schiffe über Berge fahren“) vorgesehen. Am frühen Nachmittag erfolgt die Weiterfahrt zur polnisch/russischen Grenze und nach Insterburg, wo die Gruppe insgesamt sechs Tage bleibt. An je einem Tag fährt der Bus nach Schwalbental (bis zum Bahnhof

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Bessarabien an Russland. Der Zar warb Bauern aus Süddeutschland an, die zum Teil über die Donau nach dort kamen, andere Deutsche kamen über Polen. Der Grund der Auswanderung war Arbeitsmangel in der Heimat, aber auch Unfreiheit im pietistischen Glauben. Die Einwanderer brauchten keine Steuern zu zahlen, keinen Wehrdienst zu leisten und konnten ihren pietistischen Glauben ausüben. Der Erwerb lag im Anbau von Getreide, Obst und Wein sowie in der Rinder- und Pferdezucht. 1918 wurde Bessarabien rumänisch, nur um 1940 – im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes – an die Sowjetunion zu fallen. In diesem Jahr wurden über 90 000 Deutsche umgesiedelt. Sieben Wochen hatten die deutschen Familien Zeit, ihre Dinge zu ordnen und die Sachen zu packen: Das Familienoberhaupt durfte 50 Kilogramm und ein einfaches Familienmitglied durfte noch 25 Kilogramm mitnehmen. Von dort ging es Richtung Polen und anschließend – 1944/45 – auf der Flucht vor der Roten Armee ging es weiter nach Ost- und Norddeutschland. Von dort ging es in Güterzügen weiter nach Süddeutschland, das Land ihrer Vorfahren. Die Menschen halfen sich gegenseitig, sie brachten viel Erfahrung mit, zum Beispiel im Lehm-Hausbau. In Stuttgart entstand ein Zentrum für Bessarabien-Deutsche. Aus Bessarabien kommt auch die Familie von Bundespräsident Horst Köhler. Diese war um 1800 aus Süddeutschland gekommen und um 1860 nach Nord-Bessarabien gezogen. Den Abschluss bildete ein Film über das Leben von Horst Köhler.

Neumünster – Sonnabend, 13. Februar, 18 Uhr, traditionelles Königsberger Klops-Essen in der Stadthalle am Kleinflecken. Anmeldung bis zum 9. Februar unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem fröhlichen Nachmittag im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Anmeldungen bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Bokellen) und nach Norkitten. An einem Tag fahren Sie zur Kurischen Nehrung zur Besichtigung der weltbekannten Vogelwarte und der berühmten Epha-Düne. Bei schönem Wetter gibt es Gelegenheit für ein erfrischendes Bad in der Ostsee. Ein Ausflug nach Königsberg zum Königsberger Dom und des Kant-Museums, zum Bernstein-Museum und anschließender Stadtrundfahrt darf nicht fehlen. In Insterburg machen Sie eine Stadtrundfahrt, besuchen den Soldatenfriedhof und besichtigen das Gestüt Georgenburg. Wer keine Beziehung zu Schwalbental und Norkitten hat, kann diese Tage nutzen, um Insterburg auf eigene Faust ausgiebig zu erkunden oder mit einem „Taxi“ andere Orte zu besuchen. Die Rückfahrt erfolgt über die russisch/polnische Grenze zwischen Heiligenbeil und Braunsberg. In Frauenburg gibt es ausreichend Zeit, den Dom zu besichtigen oder/und den Aussichtsturm zu besteigen, die Hafenanlage zu erkunden oder einfach ein nettes Café aufzusuchen. Über Marienburg (Fotostopp) und Marienwerder (Pause zur Besichtigung des Doms) wird am Abend Thorn erreicht. Am nächsten Morgen erfolgt eine Stadtführung durch die im Krieg unzerstörte Altstadt. Die Weiterfahrt erfolgt über Bromberg und Gnesen nach Posen, wo es am nächsten Morgen auch noch eine Stadtführung gibt. Danach erfolgt die Rückfahrt über Berlin und Hannover nach Köln. Reiseanmeldungen nimmt Alfred Warschat, Bürgershof 1, 50769 Köln, Telefon (0221) 7002670, entgegen. Er erteilt auch gerne weitere Auskünfte und Informationen.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreis-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreis-johannisburg.de, Internet: www.kreis-johannisburg.de

Trauer um Paul Pissowotzki – Die Kreisgemeinschaft Johannisburg trauert um Paul Pissowotzki, Pfarrer i. R. aus Masten, Kreis Johannisburg, der im Alter von 98 Jahren in Heilbronn am 27. Januar 2010 verstorben ist. Er war 1938 Vikar in der Bekennenden Kirche bei Pfarrer Heldt in Gehlenburg, und 1935 hielt er dort bereits seine erste Predigt. Seinem Geburtsort in Liebe verbunden, machte er die grundlegenden Angaben bei der Erstellung des Ortsplanes für das 1939 141 Einwohner zählende Dorf. Stets war er dem Leben der in der Heimat verbliebenen Landsleute verbunden und verfolgte mit großer Anteilnahme die Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lage. Als auch materielle Zuwendungen möglich geworden waren, fand er Mittel und Wege, den Folgen von Krieg und Vertreibung durch ein Gedenken (Gedenksteine in Masten und Großdorf) eine Öffentlichkeit zu geben. Material zur Verbreitung von Gottes Wort war ebenso in seinen Sachspenden wie die stützenden finanziellen Hilfsaktionen für die Renovierung der

Kapelle und den neu angebauten Begegnungsraum in Gehlenburg (Bialla). Die evangelischen Gemeindemitglieder sowie die heute dort lebenden Bewohner erfreuten sich der am 27. November 2005 eingeweihten Begegnungsstätte, die unter anderem durch seine Großzügigkeit errichtet werden konnte. Erhaltung und Pflege von kirchlichen Einrichtungen in der Heimat lagen ihm sehr am Herzen. Auch die gemeinsame Zeit mit Frau Edeltraud Rostek-Pissowotzki war sehr ereignisreich in der Fülle des Ausdrucks christlichen Lebens. Die Kreisgemeinschaft verlieh ihm im Jahre 2003 die Silberne Ehrenspange und schenkt ihm ehrendes, dankbares Erinnern. Unser Mitgefühl gehört seiner Ehefrau und seiner Familie.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Alte Heimatbriefe – Bei einigen Mitarbeitern unserer Kreisgemeinschaft lagern etliche überzählige alte Heimatbriefe. Es handelt sich hierbei um Restbestände, verschiedenste Rückläufer, wie aber auch um Überlassungen von Angehörigen nach Todesfällen. Besonders möchten wir die Landsleute in Mitteldeutschland ansprechen, denen leider der Bezug unserer Heimatbriefe vor der politischen Wende aus bekannten Gründen nicht möglich war. Wer also an alten Ausgaben interessiert ist, möge sich bitte beim Kreisvertreter melden. Vorhandene Exemplare werden umgehend gegen Erstattung der Portokosten zum Versand gebracht.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 12. Februar, 23.20 Uhr, Dmax: Sir! No Sir! – Widerstand der US-Militärs gegen den Vietnamkrieg.
Sonnabend, 13. Februar, 21.10 Uhr, ntv: Jugend eines Diktators.
Sonnabend, 13. Februar, 22.10 Uhr, ntv: Die Anschlagspläne auf Hitler.
Sonntag, 14. Februar, 9.20 Uhr, WDR: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 14. Februar, 20.15 Uhr, DAS 4: 08/15 – Kriegsdrama (2/3).
Sonntag, 14. Februar, 23.40 Uhr, MDR: Mogadischu.
Dienstag, 16. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Angst vor dem Absturz – Menschen und die Wirtschaftskrise.
Dienstag, 16. Februar, 20.15 Uhr, RBB: Zement gegen Südfrüchte – die DDR und Kuba.
Dienstag, 16. Februar, 23.15 Uhr, 3sat: Nacht und Nebel.
Mittwoch, 17. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Amerikas geheimer Krieg in Laos.
Mittwoch, 17. Februar, 21 Uhr, Arte: Das Mädchen und das Foto.
Donnerstag, 18. Februar, 22.30 Uhr, WDR: Mutter gegen Jugendamt.
Freitag, 19. Februar, 22.05 Uhr, N24: 9/11 – Die Verschwörungstheorien.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Studien- und Heimatfahrt der Kreisgemeinschaft Ortelsburg Einweihung eines Gedenkkreuzes – Attraktive Akzente wird die Kreisgemeinschaft im Rahmen einer Studien- und Heimatfahrt in der Zeit vom 17. bis zum 26. Juli 2010 setzen: Das „Herzstück“ dieser Fahrt wird die Einweihung eines christlichen Gedenkkreuzes auf dem alten Friedhof der evangelischen Kirchengemeinde sein. Die Busreise, die Zustiegsmöglichkeiten vom Rheinland über das Ruhrgebiet, den Raum Hannover bis Berlin ermöglichen wird, steuert als erstes Ziel die schlesische Metropole Breslau an. Bei einer Stadtrundfahrt geht es zu den Wahrzeichen Breslaus, u. a. zum gotischen Rathaus, der Universität mit der prachtvollen Aula Leopoldina, der Dominsel und der Jahrhunderthalle. Im Mittelpunkt des Aufenthaltes in Warschau wird eine Führung durch die sehenswerte, vollständig und originalgetreu wiederaufgebaute Altstadt stehen. Am 20. Juli geht es dann durch den Süden des Kreises (über Großalbrechtsort und Willenberg) nach Ortelsburg ins Hotel Krystyna, am kleinen Haussee gelegen. Von Ortelsburg aus werden die Stadt, die nähere Umgebung sowie die malerischen Attraktionen des südlichen Ostpreußens angefahren: Besichtigung des Rathausturmes, Aufenthalt im Landschaftspark Kruttinnen mit einer Stakfahrt auf dem Fluss, Besuch des Geburtshauses des Dichters Ernst Wiechert in Kleinort, ein Abstecher zum Wallfahrtsort Dietrichswalde, eine Schifffahrt über die Rollberge am Oberlandkanal, Besuch der aus dem 14. Jahrhundert stammenden Ordenskirche in Passenheim, Besichtigung der Sehenswürdigkeiten in Allenstein sowie ein mehrstündiger Aufenthalt auf dem Reiterhof Marengo mit reitereskortierten Kutschfahrten durch Wald und Wiesen sowie zahlreiche weitere Attraktionen stehen auf dem Programm. Die Reiseleitung (Dieter Chilla und Christel Sender) wird sich flexibel auf unterschiedliche Bedürfnisse einstellen: Immerhin werden sich auf dieser Fahrt verschiedene Generationen treffen – für Angehörige der Bekenntnisgeneration eine der letzten Gelegenheiten, das Land mit Zeitzeugen aus der deutschen Zeit zu bereisen. Natürlich wird es auch zahlreiche Gelegenheiten geben, mit Menschen aus dem heutigen Polen Kontakt aufzunehmen. Am 25. Juli beginnt die Heimfahrt über Gedwangen, Neidenburg und Straßburg und Thorn (mit Stadtbummel) sowie einer Zwischenübernachtung im Hotel Swiebodzin nahe der deutsch-polnischen Grenze. Gefahren wird in einem komfortablen Reisebus, übernachtet in guten Hotels. Interessenten wenden sich bitte an den Kreisvertreter Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de, oder Geschäftsführer Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Besuch aus Pr. Eylau (Bagrationowsk) – Auf Einladung der Kreisgemeinschaft, der Stadt Verden und des Landkreises Verden werden in der Zeit vom 20. bis 27. August 2010 sechs Lehrerinnen aus Pr. Eylau (Bagrationowsk) in Verden den Deutschunterricht in der Realschule und dem Gymnasium „Am Wall" besuchen und die schöne Stadt Verden und die Umgebung kennen lernen. Die russischen Lehrerinnen werden geführt von der Lehrerin Galina Wogulkina, die schon im Rahmen des deutsch / russisch / polnischen Jugendaustausches die Stadt Verden und das Umland kennengelernt hat. Während dieses Aufenthaltes werden die Lehrerinnen von Bärbel Rater, Lehrerin und Ratsherrin in Verden sowie dem Kreisvertreter Rüdiger Herzberg betreut. Die Lehrerinnen – mit einer Ausnahme – haben noch nie das Königsberger Gebiet verlassen können und sind sehr neugierig auf ihre Reise nach Deutschland.

Kreistreffen 2010 – Das diesjährige Kreistreffen findet nicht wie im Preußisch Eylauer Kreisblatt Nr. 88 vom 28. November 2009 angekündigt am 18. und 19. September 2010, sondern nunmehr in der Zeit vom 17. bis 19. September in Verden statt. Für Freitag, 17. September ist um 17 Uhr der Empfang durch den Landrat Peter Bohlmann, für die Preußisch Eylauer und die Delegation aus Pr. Eylau (Bagrationowsk) und Bartenstein sowie Landsberg vorgesehen. Die Delegiertenversammlung findet am Sonnabend, 18. September, 9 Uhr, im Kreishaus statt. Die Feierstunde am Mahnmal ist für Sonntag, 19. September, 11.15 Uhr, vorgesehen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Geschäftsstelle: Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: Feige09116@web.de

Der 39. Tilsiter Rundbrief – ist Ende November 2009 erschienen und wurde an alle in der Versandkartei der Stadtgemeinschaft Tilsit registrierten Adressen verschickt. Dieser Rundbrief umfasst 192 Seiten und berichtet über Vergangenes und Gegenwärtiges aus Tilsit und Umgebung sowie die Aktivität des Vereins. Unter anderem wird informiert über die geplante Sonderreise mit dem Schiff über die Ostsee in die Heimat, über Tilsits Patenstadt Kiel, über Heimattreffen, über Einzelbesuche in Tilsit, über die Tilsiter Berufsfeuerwehr, über Flüchtlinge, über den Fall der Mauer vor 20 Jahren oder über Reiseerlebnisse. Dabei sind 30 Seiten der Traditionsgemeinschaften der Tilsiter Schulen gewidmet. Erwähnt sei auch die Kontaktpflege mit der Bevölkerung im heutigen Tilsit. Gedankt sei allen Lesern, die uns personelle Veränderungen und Adressenänderungen mitgeteilt haben, so dass Fehlsendungen vermieden werden konnten. Dennoch sind viele Rückläufer zu verzeichnen. Deshalb nochmals die Bitte, der Stadtgemeinschaft Änderungen mitzuteilen, um unnötige Versandkosten zu vermeiden. Interessenten, die den Tilsiter Rundbrief nicht erhalten haben, wenden sich bitte an uns. Wir haben noch genügen Exemplare vorrätig. Wissen Sie weitere Interessenten in Ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis, dann teilen Sie uns deren Adressen mit. Wir verschicken unsere Druckerzeugnisse auch nach Übersee.

Ein Berufsleben für Ostdeutschland

Goldenes Ehrenzeichen für den Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen

Im Rahmen seines 25jährigen Dienstjubiläums hat Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen, vom Sprecher das Goldene Ehrenzeichen erhalten.

Wolfgang Freyberg wurde am 12. April 1956 in Göttingen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Harste im Landkreis Göttingen in den Jahren 1963 bis 1966 wechselte er auf das Felix-Klein-Gymnasium in seiner Heimatstadt, das er 1975 mit bestandener Reifeprüfung verließ. Ein Studium für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Geschichte, Russisch sowie Sozialkunde an der Georg-August-Universität Göttingen schloss sich in den Jahren 1975 bis 1981 an. Nach erfolgreichem Ersten Staatsexamen im Juni 1981 an der Universität Göttingen absolvierte Wolfgang Freyberg von 1981 bis 1983 sein Referendariat an der Altkönigsschule in Kronberg im Taunus. Im April 1983 legte er am Studienseminar in Frankfurt am Main sein Zweites Staatsexamen ab. Bis Juni 1984 schloss sich ein Zusatzstudium Politische Wissenschaften an der Universität Göttingen an, das er mit dem Staatsexamen beendete. Wolfgang Freyberg verließ die Hochschule mit umfassenden Sprachkenntnissen: Neben Englisch, Französisch und Latein beherrscht er auch die russische und die bulgarische Sprache.

Bereits während seiner Studienzeit arbeitete Freyberg von 1978 bis 1981 als studentischer Geschäftsführer des Göttinger Bildwerks e.V., einem Archiv historischer Bilddokumente aus den deutschen Ostgebieten. Danach ging er bei der Gothaer Versicherung in Göttingen ein Zeitarbeitsverhältnis ein. Seit Februar 1985 ist Wolfgang Freyberg Leiter, später Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen/Bayern und parallel dazu seit 1994 Leiter der Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Im Rahmen der Leitung des Kulturzentrums Ostpreußen hat Wolfgang Freyberg zahlreiche Sonderausstellungen konzipiert, geplant und durchgeführt und eine ganze Reihe von Publikationen herausgegeben. An sämtlichen Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen nahm er mit eigenen Ständen teil. Viele Diavorträge zu kulturhistorischen Themen (zum Beispiel 1988, 1993 und 2003 organisierte Wolfgang Freyberg außerdem Volksfeste zu Patenschaftsjubiläen (10–15–25) der Landsmannschaft Ostpreußen im Schlosshof in Ellingen.

Nach dem Ende der kommunistischen Gewaltherrschaft in Ostmittel- und Osteuropa widmete sich Wolfgang Freyberg seit 1991 verstärkt der grenzüberschreitenden Arbeit vor Ort in der Heimat Ostpreußen. Seine Hauptpartner in Stuhm, Saalfeld, Pr. Holland und Lyck einrichten. Seit dem Jahre 2007 ist er Mitglied im Beirat des Ostdeutschen Kulturrats (OKR), Bonn. Im Jahre 2009 eröffnete er das Ostpreußen-Zimmer im neuen Altvaterturm am Wetzstein.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit wirkt Freyberg seit September 1986 als Dozent für Russisch an der Volkshochschule Weißenburg. In den Jahren 1977, 1978 und 1981



Wolfgang Freyberg (li.) und Wilhelm v. Gottberg bei der Verleihung der Auszeichnung Bild: mef

über den Deutschen Orden, die Salzburger Exulanten und die Vogelwarte Rossitten) bei den örtlichen Gruppen der LO und im Ostheim rundeten seine Tätigkeit ab.

Von 1988 bis 1992 wurde unter der Leitung von Wolfgang Freyberg das Kulturzentrum mit der Einrichtung der neuen Räume und der Beschaffung von Exponaten für die Dauerausstellung ausgebaut. Das 1. und 2. Obergeschoss umfassen heute insgesamt 1500 qm Nutzfläche. In den Jahren

sind dabei das Museum für die Geschichte Klein-Litauens in Memel, die Kunstgalerie und das Kulturzentrum Friedländer Tor in Königsberg und das Ermland und Masuren-Museum sowie das Haus Kopernikus in Allenstein. 1994 arbeitete Freyberg verantwortlich bei der 450-Jahrfeier der Albertus-Universität Königsberg mit. Seit 2005 konnte der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen eine Reihe von Dauerausstellungen

vervollständigte er seine Sprachkenntnisse durch Kurse in Kiew und Sofia. Wolfgang Freyberg ist verheiratet und hat zwei Kinder, die heute 20 und 18 Jahre alt sind.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines unermüdlichen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Wolfgang Freyberg das

Goldene Ehrenzeichen

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

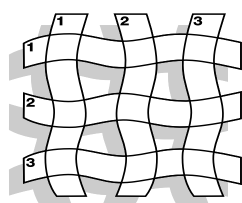
CCEHHLNORS, ACLO, AEHNN, EEOR, AELRS, EHOS, DEER, ELNZ, EKLNO, DEO, ACENNS, EEINRS, ERZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Liebeserlebnis.

Nr.	links	rechts
1	SCHRIFT	SCHEIN
2	FILZ	HELD
3	GRAU	PILZ
4	STADT	BESUCH
5	BIER	SPECK
6	SEGEL	TRAEGER
7	SCHAU	NATUR

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 landwirtschaftlicher Betrieb
2 Gesichtspunkt (Mz.)
3 Gewandtheit durch Erfahrung

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Fuehrer, 2. Pantoffel, 3. Schimmel, 4. Theater, 5. Schinken, 6. Flugzeug, 7. Spieler – Romanze

Magisch: 1. Gutshof, 2. Aspekte, 3. Routine

Meisterliche Papierkunst

Kontur pur: Der Scherenschnitt ist kein altbackenes Kunsthandwerk mehr – Von Indien nach Europa

Lange Zeit wurden Papierschnitte als Kunsthandwerk abgetan, mittlerweile aber haben die Schattenbilder den Weg ins Museum gefunden. Eine Ausstellung in Zürich zeigt die moderne Variante der Scherenschnitte.

Das Museum Bellerive, ein Haus des Museums für Gestaltung, das sich der Schnittstellen von Kunst und Kunsthandwerk annimmt, präsentiert mit der 7. Schweizerischen Scherenschnitt-Ausstellung des 1986 gegründeten Schweizerischen Vereins Freunde des Scherenschnitts zeitgenössische Arbeiten aus der Schweiz, Deutschland, Frankreich und den USA. „Das Schaffen zwischen traditionellem Scherenschnitt und künstlerischen Positionen in diversen Papierschnitt-Techniken aus möglichst unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten, ist das Anliegen dieser Ausstellung“, hört man aus Zürich.

> Goethe nannte seine Schattenbilder »holde Finsternisse«

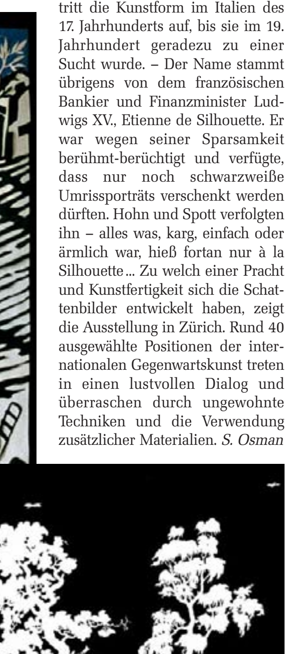
„Holde Finsternisse“ nannte Johann Wolfgang von Goethe seine Galerie von Schattenbildern mit Porträts der Weimarer Hofgesellschaft, die er im Laufe der Jahre gesammelt hatte. Der Dichterfürst selbst ging der damaligen Leidenschaft nach, Schattenbilder zu fertigen – aus Graphit und Tusche. Andere wiederum griffen zur Schere, um in allerkürzester Zeit, die Silhouette ihres Gegenübers festzuhalten. Der Danziger Daniel Chodowiecki, der Pommer Philipp Otto Runge, der Breslauer Adolph von Menzel und später auch der in Königsberg lehrende Schlesier Heinrich Wolff verschrieben sich der „Schwarzen Kunst“, die keineswegs immer nur schwarz, oft auch weiß oder gar bunt war. Treffende Porträts, zarte Blumen oder wilde Gestalten der Phantasie wie die des Märchendichters Hans Christian Andersen entstanden.

Schon als Kind hatte der 1777 im pommerschen Wolgast als Sohn eines Reeders geborene Philipp Otto Runge sich mit der Kunst der Schere beschäftigt und Scherenschnitte gefertigt. Meist waren es Silhouetten oder szenische Darstellungen aus weißem Papier auf blauem Karton, die er unter der Anleitung der Mutter schuf. Und so schrieb er später einmal an seine Mutter: „Ihnen danke ich alles, und es ist mein innigster Wunsch, dass aus allem, was ich hervorbringe, dieses einmal zu sehen wäre, so gehörte Ihnen denn alles an, und ich hätte diesen Strom zu einer lieblichen Quelle zurückgeleitet.“ Runge hatte Erfolg mit seinen Scherenschnitten. Sogar Johann Wolfgang von Goethe schrieb an ihn und bat: „Sie schneiden Blumen und Kränze mit so großer Leichtigkeit aus. Schicken Sie mir doch gelegentlich eine solche Arbeit, damit wir auch hierin uns der Fruchtbarkeit Ihres Talents erfreuen können. Scherzlich ersuche ich Sie um Ihre Silhouette und hoffe, für so manches Gute auch künftig etwas Angenehmes erzeigen zu können.“

Auch Heinrich Wolff hatte der „Schwarzen Kunst“ sein Herz zugewandt. Im 18. Jahrhundert in Frankreich eine wahre Modeerscheinung – es gab damals wohl kaum eine Schöne, die sich nicht mit der Schere porträtieren ließ –, war diese Kunstform bald wieder in Vergessenheit geraten.

In dem Vorwort zu dem 1908 erschienenen Band „Erzählungen einer kleinen Schere“, der Schattenrisse von Heinrich Wolff enthält, schreibt der Künstler: „Silhouetten gezeichnet habe ich schon mit fünfzehn Jahren, als ich in einer schlesischen Provinzhauptstadt auf solche Art mich des Abends von der griechischen Grammatik erholte. Später, auf der Kunstschule, lehrte man freilich andere Dinge, und meine schwarzen Männlein und Fräulein schliefen zwölf lange Jahre. In dem Regensommer von 1903 aber wachten sie langsam wieder auf, einem kleinen Mädchen zuliebe, meiner Tochter...“ Wolffs Virtuosität mit der Schere war bald so groß, dass er seine kleinen Figuren ohne jede Aufzeichnung aus dem schwarzen Papier hervorzaubern konnte. Ihren Ursprung hatte diese Kunstform, die heute nicht mehr nur noch auf Jahrmärkten zu finden ist, sondern in die moderne Kunst Eingang gefunden hat, im asiatischen Raum. Bereits im 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung konnte man Schattenbilder in Indien finden; später traf man sie in China, Siam und Java an. In Europa dann tritt die Kunstform im Italien des 17. Jahrhunderts auf, bis sie im 19. Jahrhundert geradezu zu einer Sucht wurde. – Der Name stammt übrigens von dem französischen Bankier und Finanzminister Ludwigs XV., Etienne de Silhouette. Er war wegen seiner Sparsamkeit berühmt-berüchtigt und verfügte, dass nur noch schwarzweiße Umrissporträts verschenkt werden durften. Hohn und Spott verfolgten ihn – alles was, karg, einfach oder ärmlich war, hieß fortan nur à la Silhouette ... Zu welch einer Pracht und Kunstfertigkeit sich die Schattenbilder entwickelt haben, zeigt die Ausstellung in Zürich. Rund 40 ausgewählte Positionen der internationalen Gegenwartskunst treten in einen lustvollen Dialog und überraschen durch ungewohnte Techniken und die Verwendung zusätzlicher Materialien. *S. Osman*

„Scherenschnitte – Kontur pur“ im Museum Bellerive, Höschgasse 3, Zürich, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet.



Alt und neu: Estrellita Fauquex' Scherenschnitt „Schattenspiel“ (2006) und Philipp Otto Runges „Sommertag“ (18. Jahrhundert) Bilder: Museum Bellerive, Archiv

Hildegard Rauschenbach ist tot



Hildegard Rauschenbach

Man hat es erwartet, sie selbst hat es sich manchmal herbeigesehnt und doch schlug die Nachricht vom Tod der Kulturpreisträgerin Hildegard Rauschenbach wie ein Blitz ein. Ihre regelmäßigen Anrufe in der Redaktion der *PAZ* gehörten zu einem Ritual, das ihre Verbindung zu uns zeigte. In den letzten Wochen, ja Monaten ging es ihr schlecht. Die Dialyse schwächte sie, hinzu kamen andere schwere Erkrankungen, deren Ursache nicht zuletzt in ihrer dreieinhalbjährigen Gefangenschaft in Sibirien zu suchen sind.

In Dickschen, Kreis Pillkallen, am 15. März 1926 als Hildegard Mischke geboren, verlebte sie eine fröhliche Kindheit, von der sie später in vielen Geschichten so anschaulich erzählte. Ursprünglich wollte sie Musiklehrerin werden. Der Krieg aber machte diesen Traum zunichte. Hildegard kehrte im Januar 1944 von Königsberg nach Hause zurück, um den Eltern auf dem Hof zur Seite zu stehen; der älteste Bruder war gefallen. Im Oktober des selben Jahres musste die Familie vor der herannahenden Roten Armee flüchten. Hildegard wurde ins ferne Sibirien verschleppt und musste Zwangsarbeit leisten.

Trotz allem Schweren verzeihen

Unvorstellbar die Entbehrungen, die harte Arbeit, die Frauen und Mädchen dort leisten mussten. Hinzu kam das Heimweh nach den Lieben zu Hause. Erst 45 Jahre später gelang es ihr, sich diese Erlebnisse von der Seele zu schreiben: In dem Buch „Von Pillkallen nach Schadrinsk“ schildert sie ihre Zeit im Lager 6437 – und auch das Wiedersehen nach 43 Jahren. Selbst nach diesen schweren Erlebnissen lag ihr die Versöhnung besonders am Herzen. Diese Erinnerungen zeigen eindrucksvoll, „dass man trotz allem Schweren, was einem widerfahren ist, verzeihen und ein fröhlicher Mensch sein kann“. Sogar im Reichstag konnte sie vor einigen Jahren vor einem ausgesuchten Plenum über ihre Erfahrungen in Sibirien berichten.

Die Ostpreußin, die seit 1950 mit ihrer Familie in Berlin lebte, hat in ihren Geschichten und Gedichten in Mundart oder Platt das dörfliche Leben in Ostpreußen lebendig geschildert. Ihre Bücher „Zuhause in Pillkallen“, „Marjellchen wird Berlinerin“, „Koddrig und lustig“ und „Marjellchen plachandert wieder“ haben eine große Lesergemeinde erfreut. Nicht zu vergessen ihre Beiträge in der Wochenzeitung *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt*. Mit ihrem Einsatz für das heimatliche Plattdeutsch in der von ihr ins Leben gerufenen Berliner Gruppe Ostpreußisch Platt setzte sie darüber hinaus Akzente. Im Jahr 2008 wurde sie von der Landsmannschaft Ostpreußen mit der Verleihung des Kulturpreises für Publizistik geehrt.

Am 7. Februar hat Hildegard Rauschenbach in Berlin für immer ihre Augen geschlossen. Und so traurig der Gedanke an ihren Tod auch stimmt – Hildchen ist jetzt zu Hause. *Silke Osman*

Tönen und föhnen in der Küche

Hausbesuche des Friseurs sind eine Erleichterung für den Kunden – Möglichkeiten für die Selbständigkeit

Heute bitte schneiden und tönen!“ Der normale Wunsch einer Kundin an ihre Friseurin – hier allerdings in der privaten Küche, denn Maren S. hat sich „ihren Friseursalon“ ins Haus bestellt. „Für mich als Selbständige optimal“, freut sich Maren S., Inhaberin einer Agentur für Leistungen rund um Malerei, Musik und Literatur, „ich spare Wege- und Wartezeiten. Während der Einwirkzeit der Tönung kann ich sogar Telefonate und andere Büroarbeiten erledigen.“

> Mobil ist es meist günstiger als im Salon

Diesen Service lässt man sich sicher auch etwas mehr kosten? Dazu Friseurin Kirsten H.: „Mobil kann ich als Selbständige meine Leistungen insgesamt günstiger anbieten als im Salon, denn ich muss bei der Preiskalkulation keine Raum- und Energiekosten, sondern nur noch den Aufwand für Auto und Benzin berücksichtigen. Viele Kundinnen waschen und föhnen ihre Haare sogar selbst, das macht die neue Frisur noch etwas preiswerter.“ Also bietet der mobile Ser-vice auch nur einen Teil der Salonleistungen?

„Ganz und gar nicht“, lacht Kirsten H., „aber neuen Kunden muss ich oft erklären, dass ich weder das private Handtuch noch den hauseigenen Kamm benötige, sondern mein Handwerkszeug vollständig dabei habe – ich bin schließlich kein schwarz arbeitender Wanderfriseur! Sofern bei Terminabsprache vereinbart, kann ich dasselbe Programm anbieten wie ein Salon – vom Waschen, Schneiden, Föhnen oder Legen mit Wicklern und Trockenhaube bis zu Dauerwelle, Tönen, Färben oder Strähnen, alles mit eigenen Geräten und Produkten.“

Muss der Kunde Haarwaschmittel, Festiger und Spray zusätzlich bezahlen und diese Produkte möglichst auch kaufen?

„Ich arbeite grundsätzlich produktunabhängig – viele meiner Kundinnen verwenden ihre eigene Haarkosmetik. Für mich ein Vorteil – die Frisur fällt dann gleich so wie später nach dem Friseurtermin. Ansonsten empfehle und verkaufe ich nur Haarkosmetik, von der ich selbst überzeugt bin – und nur wenn es ausdrück-lich gewünscht wird.“

Der Friseurtermin zuhause ist also ein erschwingliches Vergnügen. Wer macht von diesem Angebot Gebrauch? „Mein Kundenkreis besteht aus Selbständigen und Freiberuflern, aber es gibt zum Beispiel auch einen Kreis befreundeter Hausfrauen und Rentnerinnen, die regelmäßig einen Gemeinschaftstermin bei mir buchen – das ist meist schon fast eine kleine Party“, verrät Kirsten H. „Einen großen Anteil bilden aber auch pflegebedürftige und behinderte Menschen, die ihre Wohnung nicht verlassen können.“



Foto: Bauers

Fingerfertig: Mobile Friseurmeisterin

Friseur mobil – eine echte Alternative zur Beschäftigung im Salon? Kirsten H. warnt ausdrücklich davor, als Berufsanfänger sofort in die mobile Berufsausübung einzusteigen: „In einem erfahrenen Kollegenkreis, der einem Hilfestellung gibt, lernen sich Können und Umgang mit Menschen leichter. Und beides ist enorm wichtig, um einen Kundenstamm erfolgreich aufzubauen, zu halten und zu erweitern. Gerade ein Hausfriseur muss durch handwerkliche Leistung und soziale Kompetenz überzeugen, sonst heißt es sofort, man hat es bloß nicht geschafft, eine Anstellung zu finden oder einen eigenen Salon aufzumachen.

Ich habe mich für die mobile Berufsausübung erst nach der Ausbildung und über zwölf Jahren Tätigkeit als Angestellte, Saloninhaberin und Inhaberin einer Ketten-Filiale entschieden. Das Familienleben mit Mann, Tochter, Hund, Haus und Garten brachte mich schließlich auf die Idee, als Selbständige mobil zu arbeiten. Der Arbeitsaufwand ist zwar vergleichbar, lässt sich aber zeitlich und örtlich flexibler gestalten. Ohne Organisationstalent bei der Termin- und Tourenplanung wäre ich allerdings schlichtweg gescheitert!“

Preis und Leistung, Qualität und Kundenkomfort stimmen also bei Kirsten H., die natürlich nur einen bestimmten Radius rund um ihren Wohnort betreuen kann. Aber wie findet man „seinen Hausfriseur“ in der Nähe, wenn man die Vorteile nutzen möchte oder gar muss?

„Die meisten Kunden finden mich zum Beispiel durch Mund-zu-Mund-Propaganda“, sagt Kirsten H., deren Terminkalender mittlerweile für Wochen im Voraus ausgebucht ist, „aber auch Fußpflegestudios, ambulante Pflegedienste und Seniorenheime legen häufig meine Prospekte aus. Sogar in Friseursalons, die selbst keinen mobilen Service bieten, kann man Informationen bekommen.“

Außerdem lassen sich im Internet über Begriffe wie „Hausfriseur/in“ oder „mobile/r Friseur/in“ und Eingabe des Heimatortes Anbieter entdecken. Und die Chance, auf diese Weise eine wirklich gute Fachkraft zu finden, ist aus der Sicht von Kirsten H. keinesfalls schlechter als in Salons. *Helen Bauers*

Rettendes Verlies

Jüdin überlebte im Kellerloch

Man möchte meinen, Geschichten über ein Gefängnis in einem finsteren Keller stammten aus einem Psychothriller. Für die heute in New Jersey lebende, 82-jährige Clara Kramer war dieses Kellerloch jedoch die Rettung vor den Mördern der SS im Zweiten Weltkrieg.

Als die Nazis 1941 das bis dato von der Roten Armee besetzte polnische Städtchen Zolkiew, das heutige ukrainische Schowkwa, besetzten, mussten die dort lebenden Juden um ihr Leben fürchten. Auch die Familie der damals 15-jährigen Clara Kramer begann sich im Dezember 1942 ernsthafte Sorgen zu machen, als das Gerücht einer „akcja“, einer Massendeportation, umging.

Unter dem Haus des Volksdeutschen Beck grub die Familie mit zwei weiteren jüdischen Familien ein Versteck. Jedoch war Beck kein Judenfreund. Er erklärte sich erst auf Drängen seiner Frau und gegen Bezahlung dazu bereit zu helfen, nicht wissend, worauf er sich da eingelassen hatte.

Gemäß Claras Tagebuchaufzeichnungen verbrachten sie und die anderen 18 Monate in dem schlecht isolierten, beengten Kellerloch. Claras Aufgabe war es, ab Einzug in den Keller alle Geschehnisse für die Nachwelt in einem Tagebuch festzuhalten. Mangelnde Hygiene, wenig Essen, kaum Wasser, Hitze und Kälte, die Angst vor dem Entdecktwerden oder dem Krankwerden, die quälende Enge, allem waren die drei Familien dort unten hilflos ausgeliefert.

Als Claras Vater das Geld ausging, und Herr Beck somit nicht nur für sich, seine Frau und seine Tochter in Kriegszeiten für Nahrung sorgen musste, warf Herr Beck die jüdischen Familien nicht aus seinem Haus und riskierte somit auch sein eigenes Leben.

„Dienstag 9. Mai (1944). Man sollte meinen, dass Menschen wie wir, die dem Tod so oft ins Auge sehen, sich daran gewöhnen. Doch das Gegenteil trifft zu. Je größer die Gefahr ist, dass wir sterben, desto größer wird auch unsere Angst. Man will leben, trotz allem, egal wie. Jeden Tag sehen wir dem Tod ins Auge, und jeder Tag hat seine eigene Geschichte. Wenn wir wenigstens wüssten, wie lange wir noch leiden müssen. Wir sitzen hier und wissen nicht einmal, ob nicht alles vergebens war.“

1945 lebten noch 50 von 5000 der Juden

Man mag sich kaum vorstellen auch nur einen Tag lang in einem Kellerloch eingesperrt zu sein, von 18 Monaten ganz zu schweigen. Clara Kramer und ein Großteil ihrer Familie überlebten diese schwere Zeit. Als die Russen Zolkiew im Juni 1944 zurückeroberten, gehörten sie und ihre Familie zu den 50 überlebenden jüdischen Einwohnern von einst 5000.

Als das Ehepaar Beck nach dem Krieg von den Russen als Spione verhaftet und zum Tode verurteilt wurde, kam die einmalige Gelegenheit, sich für die Rettung zu revanchieren. Denn was hätte den Volksdeutschen Beck jemals mehr entlasten können als die detailgetreuen Tagebuchaufzeichnungen eines jungen Mädchens.

„Eine Handbreit Hoffnung – Die Geschichte meiner wunderbaren Rettung“ ist eine mitreißende, wahre Geschichte über Leid, unendliche Ängste und den verbissenen Kampf dreier jüdischer Familien ums nackte Überleben. *A. Ney*

***Clara Kramer: „Eine Handbreit Hoffnung“**, Droemer, München 2009, geb., 398 Seiten, 19,95 Euro*

Politiker verursachten Krise

Hans-Olaf Henkel erklärt, warum er die Schuld nicht bei den Bankern sieht

„Es war wie in der Fabel vom Hund, der ein Stück Fleisch im Maul hält. Als er sein Spiegelbild im Wasser sieht und dazu die lockende Verdoppelung seiner Fleischreserve, schnappte er gierig zu – wodurch er gleichermaßen den vorgespielten wie den realen Besitz verliert.“ Mit Hilfe dieser Geschichte veranschaulicht Hans-Olaf Henkel in „Die Abwracker – Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen“ die Finanzkrise. Verständliche Beispiele und Berichte über eigene Erfahrungen sind die Stärke des ehemaligen Präsidenten des Bundes der Deutschen Industrie. Der 1940 Geborene erzählt, wie er in den 70er Jahren als Mitarbeiter von IBM in die USA zog, dort ein Haus kaufte und erleben musste, wie locker dort bereits damals mit Krediten umgegangen wurde. Auch schildert er aus seinem Erleben, wie sich die Immobilienblase entwickelte: Das Holzhaus, das er für 250 000 Dollar gekauft hatte, war 20 Jahre später zwei Millionen wert, obwohl in der Zeit keinerlei Modernisierungen vorgenommen worden waren.

„Das Gutmenschentum der Politiker manifestiert sich in ihren Gesetzen. Zu meiner Diagnose der Weltwirtschaftskrise gehört auch die Entdeckung, dass sie nicht durch dieses oder jenes Laster ausgelöst wurde, sondern durch das Gegenteil: durch den unbedingten Willen zur Tugend ... Der ganze ehrenwerte Plan der US-Präsidenten, den unterprivilegierten Minderheiten endlich ein Dach über dem Kopf zu spendieren, führte geradewegs in ein Debakel millionenfacher Bankrotte und Obdachlosigkeit“, so Henkel, nachdem er aufgezeigt hat, dass die Verursacher der Immobilienblase nach seiner Auffassung nicht die Banker waren.

Ein ehrenwerter Plan führte zu Bankrotten

Allerdings hätte der oberste Banker der USA, der aber politischer Einflussnahme ausgesetzt sei, Zentralbankchef Alan Greenspan, mit seiner Zinspolitik Öl in das von den Politikern entfachte Feuer gegossen. Henkel bezweifelt offen die niedrige Inflationsrate, die es all die Jahre in den USA angeblich nur gegeben habe. „Denn wo es keine Inflation gab, musste auch kein Zinssatz erhöht, keine heißlaufende Konjunktur gebremst werden ... Wird eine zu niedrige Inflationsrate angegeben, erscheint deshalb auch das Bruttoinlandsprodukt positiv. So wird der Geldverlust verschleiert und die Produktivität nach oben geschönt. Eigentlich hätte Greenspan das sehen müssen, aber seine Zinssenkungspolitik ließ eher das Gegenteil vermuten – dass alles in bester Ordnung war und dass es für das Ausland kaum Risiko bedeutete, sein Geld in Amerika anzulegen.“

Nach der Abrechnung mit den US-Politikern, der Zentralbank und den Ratingagenturen nimmt sich Henkel ihrer deutschen Kollegen an. Ihr Populismus, ihre hausbackenen Rezepte gegen die Krise sind für ihn äußerst kritikwürdig. „Natürlich verfügte jede dieser Landesbanken über einen Aufsichtsrat voll namhafter Politiker. Liest man deren Namen, glaubt man, eine Ehrenhalle verdienter Politiker zu betreten, ein Museum einstiger Entscheidungsträger, darunter auch abgeschobene oder zwischengeparkte, warmgehaltene oder kaltgestellte, die sich allesamt der Aufgabe gewachsen glaubten, eine Bank zu kontrollieren.“

Auch plaudert Henkel von seiner Zeit im Aufsichtsrat der gestrauchelten IKB-Bank. Zwar sei der Mittelstandsfinanzierer zu seiner Zeit (1996–2004) noch nicht in hochriskante Geschäfte verwickelt gewesen, doch Absonderlichkeiten habe es auch damals schon gegeben. Am meisten erstaunte ihn jedoch, als er nach dem Desaster der IKB seine Aussage machen musste, er jedoch nicht nach Bankgeschäften, sondern nach privater Nutzung von IKB-Eigentum durch den Vorstand befragt wurde. Statt einer ernsthaften Fehleranalyse, ging es den Aufklärern um Umbauarbeiten an einem Firmenhaus. Eine Posse von vielen, die der nun bald 70-jährige, von seinen Gegnern als Neoliberaler Beschimpfte seinen Lesern in „Die Abwracker“ präsentiert. *R. Bellano*

***Hans-Olaf Henkel: „Die Abwracker – Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen“**, Heyne, München 2009, 256 Seiten, 19,95 Euro*

Affront gegen die Merkel-CDU

Katholischer Publizist über die christlichen Wurzeln der Union



Machen die Wähler heute noch bewusst ihr Kreuz bei der CDU? Der auch aus dem Fernsehen bekannte katholische Publizist und frühere Redakteur des „Rheinischen Merkur“, Martin Lohmann, geht dieser Frage in seinem neuesten Buch „Das Kreuz mit dem C – Wie christlich ist die Union?“ nach und kommt zu der Erkenntnis, die Union sei für viele halt das kleinste aller Übel. Ihm ist klar: Die Bergpredigt ist kein politisches Handbuch. Doch etwas christlicher könnte sich die Partei schon gerieren. Die Kanzlerin, so wird kolportiert, hatte keine Hand frei, als Lohmann ihr seine Streitschrift überreichen wollte. Richtig gut kommt die angelernte Christdemokratin in dem Werk auch nicht weg.

Nicht alles ist originell, was Lohmann festhält. Doch hin und wieder blitzt eine gute Formulierung auf. Wie zum Beispiel: „Die CDU ist in wesentlichen Fragen dem süßen Gift der Diktatur des Relativismus verfallen.“

Besonders deutlich werde die Vernachlässigung des C bei der Familienpolitik, die man besser als „Frauenerwerbsförderungspolitik“ bezeichnen könne. Kinder und Familie hätten bei den von der Leyens keine Lobby, so sein Befund. Ob die Idee eines Erziehungseinkommens, welches Lohmann vorstellt, wirtschaftlich praktikabel ist, steht auf einem anderen Blatt. Wie auch andere Vertreter eines christlichen Konservatismus, die sich stark der Familienpolitik widmen, übersieht Lohmann, dass unser Sozialstaat auch von den vielen kinderlosen Leistungsträgern finanziert wird.

Als liberaler Konservativer zuckt man zusammen, wenn Lohmann von einer zusätzlichen Steuer zugunsten der Familie schreibt. Nicht alle Eltern würden diese Zusatzknete übrigens in die musische Ausbildung ihrer Zöglinge investieren. Aber das ist ein anderes Thema.

Bei Themen wie Abtreibung und Familie versage die Union als C-Partei auf ganzer Linie, meint der Autor. Brauchen wir also eine neue christliche Partei? Momentan hält er solche Pläne nicht für realistisch. Stattdessen plädiert er für die systematische Unterwanderung. Viele überzeugte Christen sollten sich in der Merkel-Partei engagieren und ihr dadurch den Stempel aufdrücken. *Ansgar Lange*

***Martin Lohmann: „Das Kreuz mit dem C – Wie christlich ist die Union?“**, Butzon & Bercker, Kevelaer 2009, 208 Seiten, 14,90 Euro*

Nicht vergleichbar

Keine Sühne für den Deutsch-Französischen Krieg



Manchen genügt nicht die Behauptung, zweimal hätten die Franzosen durch Deutsche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts leiden müssen. Sie setzen eins drauf und schließen den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 in die deutschen „Überfälle“ ein.

Da dient es der Aufklärung, dass für alle, die die Schuldbekenntnisse nachprüfen wollen, ein von deutschen und österreichischen Historikern geschriebenes Handbuch „Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 – Vorgeschichte, Verlauf, Folgen“ erschienen ist, das in leicht lesbarer Form die wichtigen Aspekte dieser militärischen Auseinandersetzung darstellt, in dessen Folge es dann den Deutschen gelang, ein lang ersehntes Ziel zu erreichen: einen eigenen Nationalstaat, wie er sich in jenen Jahrzehnten in fast allen Teilen Europas durchgesetzt hatte.

Der längste Aufsatz befasst sich mit den politischen und militärischen Ereignissen und mit den Ursachen, die zum Konflikt führten. Hier könnten die deutschen Schuldspezialisten erfahren, dass diesmal die Deutschen wirklich nicht die Bösewichte waren. Als der Kaiser der Franzosen, Napoleon III. den Krieg erklärte, hatte er gedacht, es allein mit Preußen zu tun zu bekommen. Aber die deutschen Fürsten, auch unter dem Druck der Volksmeinung, hatten die Zeichen der Zeit begriffen und sich zusammengetan. Das militärische Genie, der Chef des preußischen Generalstabes Helmuth von Moltke, zusammen mit dem Todesmut der Soldaten, brachte den Deutschen den Sieg. Nicht zu vergessen ist, dass schon damals in Deutschland nach der „Auftragstaktik“ ausgebildet wurde, das heißt den Soldaten wurde nur das Ziel vorgegeben, doch überließ man es den jeweiligen Vorgesetzten, den Weg, der dorthin führte, selbst zu bestimmen. Von wegen Untertanengesinnung oder Kadavergehorsam! Das gegenteilige Prinzip beherrschte die deutsche Armee und brachte ihr den Sieg.

Unterschiede bei den gegnerischen Armeen

Das politische Ergebnis war die Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 im eroberten Schloss von Versailles. Als dann einige Monate später die republikanische Regierung nach Absetzung des französischen Kaisers kapitulierte, musste Frankreich vier Millionen Francs Reparationen zahlen. Vorwiegend aus militärischen Gründen wurden Elsass und Lothringen dem neu entstandenen Reich angeschlossen.

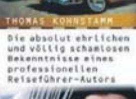
Das alles sowie die Veränderungen, die der Krieg in Wirtschaft und Gesellschaft bewirkte, werden in dem Buch knapp und einleuchtend geschildert, aber auch die teils neuen Waffen und die neue Taktik, die sie bewirkten. Ein Kapitel befasst sich mit dem damaligen Stand des Völkerrechts, ein anderes mit der Wirkung der Ereignisse auf die Studenten, die damals mehrheitlich Korporierte waren. Und auch die Mini-Marine der deutschen Staaten wird nicht vergessen.

Ein erfreuliches Buch, das jedem historisch interessierten Leser ans Herz gelegt sei. *H.-J. von Leesen*

***Jan Ganschow, Olaf Haselhorst, Maik Ohnezeit (Herausgeber): „Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 – Vorgeschichte, Verlauf, Folgen“**, Ares, Graz 2009, geb., 472 Seiten, 29,90 Euro*

Geschickt gefälscht

Reiseführer-Autor bekennt, Ziele nie gesehen zu haben





Wem ist es nicht peinlich, wenn alle von ihrem Urlaub erzählen und man als einziger zu Hause geblieben ist? Eine Notlüge muss her. Da werden aus dem Balkon schon mal ein Südseestrand, aus den Topfpflanzen Kokospalmen, aus der Badewanne der Pazifik und aus dem Wäscheberg der Himalaya.

Der 34-jährige US-Autor Thomas Kohnstamm hat Reiseführer für Brasilien und Kambodscha sowie Artikel für das Reisemagazin „Travel + Leisure“ geschrieben. In seiner Lebensbeichte „Die absolut ehrlichen und völlig schamlosen Bekenntnisse eines professionellen Reiseführer-Autors“ packt er aus über die Gepflogenheiten des eigenen Berufsstands.

„Die Kellnerin schlug mir vor wiederzukommen, wenn sie das Restaurant geschlossen habe ... Wir hatten schließlich Sex auf einem Stuhl und dann auf einem Tisch“, berichtet Kohnstamm über Lateinamerika, wo er drei Jahre lang unterwegs war. Später empfahl er das Lokal im Reiseführer mit folgenden Worten: „Eine angenehme Überraschung – und die Bedienung ist sehr freundlich.“ Er ließ sich von Gasthäusern und Hotels einladen, die er bewerten sollte. Sogar mit Drogen handelte Kohnstamm, um den Hungerlohn der Reiseverlage wettzumachen. „Sie zahlen nicht genug für das, was sie erwarten“, sagte der Autor dem „Sunday Telegraph“. Wegen zu knapper Reisekasse habe er einen Beitrag über Kolumbien von seinem Schreibtisch in San Francisco aus verfasst. Die Informationen lieferte ihm eine kolumbianische Freundin, die gerade ein Praktikum in der Stadt machte.

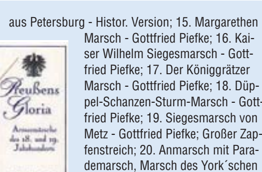
Sie zahlen nicht gut für das, was sie erwarten

Enthüllungen wie diese sorgten schon vor Veröffentlichung des Buches für Furore. Der LonelyPlanet-Verlag, einstiger Arbeitgeber des Amerikaners, schlug Alarm. Dessen Reiseführer sind die Bibeln der Individualtouristen weltweit und gehen jährlich millionenfach über den Ladentisch. Preist der LonelyPlanet eine Spelunke in Shanghai als Geheimtipp an, dann wird das Restaurant zur Goldgrube. Die Rucksackgemeinde schätzt den Kompass für die Welt vor allem wegen seiner Glaubwürdigkeit. Um die zu retten, holte Verleger Piers Pickard zum Gegenschlag aus: „Die Behauptungen in dem Buch sind wirklich keine zutreffende Darstellung, wie unsere Autoren arbeiten oder was in unseren Reiseführern steht.“ Er teilte zudem mit, die Redaktion prüfe derzeit die betroffenen Titel über Patagonien, Südamerika und die karibischen Inseln. Im Fall Kolumbiens sollte der Autor lediglich über Geschichte, Kultur und Essgewohnheiten des Landes schreiben. „Thomas Aufgabe war es gar nicht, vor Ort zu recherchieren“, erklärt das australische Unternehmen.

Kohnstamms Buch ist dreist, intelligent und irrsinnig komisch. Nach der Lektüre genießt man den LonelyPlanet mit Vorsicht nach dem Motto „Glaube keinem Reiseführer, den du nicht selbst gefälscht hast!“ *Sophia E. Gerber*

***Thomas Kohnstamm: „Die absolut ehrlichen und völlig schamlosen Bekenntnisse eines professionellen Reiseführer-Autors“**, Malik Verlag, München 2009, gebunden, 304 Seiten, 16,95 Euro*

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert



1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York'schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

CD – € 13,90



Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Dirk W. Oetting
Kein Krieg wie im Westen
Geb., 336 Seiten, Festeinband, ausführliches Quellenregister, Literaturverzeichnis
Best.-Nr.: 6906, € 24,00

Arno Surminski

Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

Frank Schirrmacher
Payback
Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 6907, € 17,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

statt früher € 15,90 nur noch € 7,95



Preußen-Schlüsselanhänger

Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95



Alexander Häusser, Gordian Maugg
Hungerwinter
Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6885, € 19,90

Musik von Friedrich II.





Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 13,90
CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 13,90
CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 13,90
CD

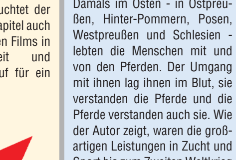
PMD
Preußischer Mediendienst

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Stefan Hug
Hollywood greift an. Kriegsfilme machen Politik...



Ein Film ist oft mehr als ein Film. Anhand der Traumfabrik Hollywood lässt sich die Instrumentalisierung des Mediums Film für politische Zwecke ziemlich unverhüllt erkennen.Der Autor unternimmt einen Streifzug durch die Geschichte des Kinos, genauer gesagt widmet er sich der Traumfabrik und geht der Frage nach, inwieweit mit US-Kriegsfilmen Politik gemacht wurde (und wird). Schon während des Ersten Weltkriegs dienten Hollywood-Filme nämlich immer wieder auch dem Zweck, die Bevölkerung auf den Krieg "einzustimmen" und die staatliche Sicht der Dinge via Film unter das Volk zu bringen. Daran änderte sich im weiteren Verlauf der Geschichte wenig. Im Zweiten Weltkrieg wurde Sergeant York instrumentalisiert, um im gleichnamigen Spielfilm, dargestellt von Gary Cooper, Stimmung für den Krieg zu machen. Nach Kriegsende trat die Sowjetunion als neuer "virtueller" Feind an die Stelle der Deutschen und sorgte für Politik an den Kinokassen. Es ging aber nicht nur um Stimmungsmache. Auch Rechtfertigung und Revisionismus waren Gegenstand unterschwelliger Hollywood-Politik. So transportierte zum Beispiel der Kassenschlager "Top Gun" eine neue Sicht des Vietnamkriegs. Und nach 9/11 überschwemmte überhaupt eine Lawine an Kriegsfilmen (naturgemäß mit mehr oder weniger einseitiger Botschaft) die Kinos. Vor dem Hintergrund der "Machtübernahme" Hollywoods im internationalen Filmgeschäft beleuchtet der Autor in einem eigenen Kapitel auch den Abstieg des deutschen Films in die Bedeutungslosigkeit und schließt mit einem "Aufruf für ein deutsches Kino".

Geb., 180 Seiten
mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6910





€ 19,90



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50

Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Musique pour Luise





Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
u. a. Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

CD



€ 13,90

Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im Alten Osten
Damals und heute



Damals im Osten - in Ostpreußen, Hinter-Pommern, Posen, Westpreußen und Schlesien - lebten die Menschen mit und von den Pferden. Der Umgang mit ihnen lag ihnen im Blut, sie verstanden die Pferde und die Pferde verstanden auch sie. Wie der Autor zeigt, waren die großartigen Leistungen in Zucht und Sport bis zum Zweiten Weltkrieg der ländlich gewachsenen Verbundenheit zwischen Mensch und Pferd und der Wechselwirkung von Zuchtprüfung und Turnierreiten zu verdanken.

Geb., 160 Seiten, Best.-Nr.: 1566

statt € 24,90 nur € 14,90



Winfied Brandstäter
Mein Paradies lag in Masuren
Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6859, € 10,90

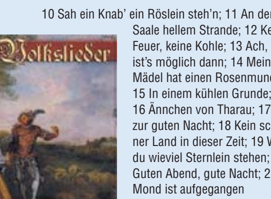
Irmgard Powierski
Heimat in mir
Geliebtes Masuren und die Flucht 1945
Best.-Nr.: 6909, € 13,80



Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

CD

Die schönsten Volkslieder



Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893



€ 13,90

Frauenkirche Dresden, Orgelmusik 1943- 44



Orgelmusik von Bach, Reger, Frickhoeffer und Bunk
Inhalt
1. Johann Sebastian Bach (1685–1750) Präludium und Fuge Es-dur BWV 552 – Rec. 19.12.1943
2. Passacaglia c-moll BWV 582 – Rec. 6.3.1944
3. Präludium und Fuge D-dur BWV 532 – Rec. 1943/1944
4. Toccata und Fuge d-moll BWV 565 – Rec. 6.3.1944
5. Max Reger (1873–1916) Introduktion und Passacaglia d-moll – Rec. 1943/1944
6. Otto Frickhoeffer (1892–1963) Fantasie über B-A-C-H – Rec. 25.1.1944
7. Gerard Bunk (1888–1958) O laufet, ihr Hirten – Einleitung, Thema und Variationen über das Weihnachtslied Rec. 6.3.1944
Hanns Ander-Donath, Orgel, Spielzeit ca. 72: 18 Min
Best.-Nr.: 6904, € 12,95

CD

Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45



Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten
mit Abb.
Best.-Nr.: 6847



€ 19,90

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815

1 Französisches Signal Ausrücken; 2 Preußisches Signal Alarm; 3 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 1 - 3; 4 Geschwindmarsch (AM II. 131); 5 Marsch Kurhannoversche Gardeartillerie (AM III. 103); 6 Beim Siegesfeuer (Flamme empor) Strophen 1 - 4; 7 Schwedischer Kriegsmarsch (AM II. 241); 8 Signal und Marsch 7. Kurhannoversches Infanterie Regiment; 9 Die Gedanken sind frei Strophen 1 - 3; 10 Marsch der Kurhannoverschen Garde-Grenadiere (AM I. 76); 11 Ein Jäger aus Kurpfalz (AM II. 243); 12 Ballade vom Schill bei Dodendorf Strophen 1 - 3, 7; 13 Infanterie-Signale, Kanon; 14 Die Schlacht bei Leipzig; 15 Regimentssignal 2. Hannoversche Jäger; 16 Marsch der Freiwilligen Jäger (AM II. 239 u. AM III. 124); 17 Marsch 2. Kurhannoversches Jägerbataillon (AM II. 232); 18 Schwedische Reitersignale; 19 Marsch der Cambridge Dragoner; 20 Marche des Soldats de Robert Bruce; 21 Jubelmarsch für König Ernst August von Hannover; 22 Alt-Österreichisches Signal: Zum Gebet!; 23 Ich hatt' einen Kameraden Strophen 1 - 3; 24 Preußisches Signal: Ruf zum Gebet!; 25 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 4 - 6; 26 Hannoverscher Zapfenstreich; 27 Yorkscher Marsch (AM. II 37); 28 Krönungsmarschmusik mit Preußenlied Strophen 1, 4; 29 Schwedisches Reitersignal
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 13,90

CD

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser= 20mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Sonderangebot



Frieda Koschorreck
Zerbrechliches Glück
Das schwere Schicksal einer Ostpreußin während des Krieges und der Nachkriegszeit
Kart., 78 Seiten
Best.-Nr.: 2620,
statt € 6,00 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

06/10

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Gleichstellung für Jungen

Berlin – Die neue Bundesfamilienministerin Kristina Köhler (CDU) hat ein neues Referat in ihrem Ministerium geschaffen, Aufgabenfeld: „Gleichstellung für Jungen und Männer". Vor allem Jungen würden zu viel alleingelassen von der Politik, dabei hätten sie erwiesenermaßen schlechtere Chancen in der Schule als Mädchen, heißt es aus dem Hause Köhler. *PAZ*

Glocken dürfen lauter klingen

Rendsburg – In Rendsburg ruft der Muezzin ab sofort öffentlich zum Gebet. Allerdings darf der Lautsprecher des Islamischen Zentrums nicht lauter als 41 Dezibel erschallen; das entspricht etwa Vogelgezwitscher. Gegen die Entscheidung protestierten etwa 15 Mitglieder der Bürgerinitiative „Kein öffentlicher Gebetsruf". Die muslimische Gemeinde will den Gebetsruf nur freitags ertönen lassen. Die Muslime sind nicht ganz zufrieden mit den städtischen Auflagen. Wegen der geringen Lautstärke werde der Muezzinruf kaum zu hören sein. Kirchenglocken seien viel lauter. *idea*

ZUR PERSON

Die Frau an Ottos Seite

Knapp einen Monat nach Ihrem 85. Geburtstag hat **Regina von Habsburg** für immer ihre Augen geschlossen. Die Ehefrau Otto von Habsburgs kam als jüngstes von vier Kindern des letzten Erbprinzen des Herzogtums Sachsen-Meiningen und dessen Ehefrau Klara-Marie Gräfin von Korff am 6. Januar 1925 in Würzburg zur Welt. Kindheit und Jugend verbrachte die Prinzessin auf der Heldburg in Südthüringen. Nachdem ihr Vater 1946 nach der Verhaftung durch die Sowjets in einem sibirischen Lagerlazarett an der Ruhr gestorben war, entschied sich Regina von Sachsen-Meiningen für den Beruf der katholischen Fürsorgerin. In dieser Funktion arbeitete sie 1949 für die Caritas in einem bayerischen Flüchtlingsheim, als sie Otto von Habsburg kennenlernte, der von Paris nach München gekommen war, um ungarische Flüchtlinge zu besuchen.

1950 verlobten sich die Großnichte des letzten regierenden Herzogs von Sachsen-Meiningen, Bernhard III., und der Sohn des letzten Kaisers von Österreich, Karl I., im Landhaus der Prinzessin-Mutter in Seeheim am Starnberger See. Zur Hochzeit 1951 fanden sich zahlreiche Vertreter des europäischen Hochadels aus regierenden, ehemals regierenden und fürstlichen Häusern ein in in der Minoritenkirche von Lothringens alter Hauptstadt Nancy, der Grablege der Herzöge von Lothringen. Als ständigen Wohnsitz wählte das Ehepaar 1954 die Villa Austria in Pöcking am Starnberger See.



2005 erlitt Regina einen Herzschlag, von dem sie sich aber wieder erholt zu haben schien. Am 3. Februar ist Regina von Habsburg, die auch Herzogin von Schlesien und Markgräfin von Mähren war, in Pöcking verstorben. Sie hinterlässt außer ihrem Ehemann fünf Töchter und zwei Söhne. *M.R.*



Zeichnung: Mohr

Stufe härter

Wie uns im Februar der Winter überraschte, wie Westerwelle langsam verschwindet, und wie Holland schnell wieder auftaucht / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Ja, es ist kalt in Deutschland. Das kann inzwischen niemand mehr bestreiten, nicht einmal der Senat der „deutschen Klimahauptstadt". Ja, sowas haben wir auch, nicht lachen. Hamburg hat sich diesen pitoresken Ehrentitel selber umgehängt und zeigt ihn unter den genervten Nachbarn eifrig herum: Schaut mal, wie wir funkeln!

Der Titel verpflichtet. Daher stehen die schwarz-grünen Regenten der Hansestadt in Treue fest zur Erderwärmung, weshalb sie Minusgrade, Schneewehen und Glatteis-Chaos bis vor wenigen Tagen konsequent ignorierten. Es kann nicht wirklich kalt sein, wenn uns alle ernstzunehmenden Wissenschaftler bestätigt haben, dass es immer wärmer wird.

Andere Städte und Gemeinden haben sich dem leuchtenden Beispiel von der Elbe angeschlossen und ihren Winterdienst ebenfalls in die Skiferien geschickt. Mittlerweile leeren sich die Straßen. Wer noch nicht in den Gängen der überfüllten Hospitäler über seine gebrochenen Haxen dahindämmert, der hat de facto Hausarrest. Zumindest jeder, der nicht mehr so gut auf den Beinen ist.

Anfang dieser Woche nun hatte Hamburgs Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk, doch noch ein Einsehen und veranstaltete unter Medientrara einen „Glatteisgipfel". Ja, es sei kalt, räumten die hochrangigen Vertreter aus den Bezirken der Stadt knapp zwei Monate nach Beginn der Frostphase nun doch noch ein. Daher komme auch die Glätte draußen. „Gipfel"-Ergebnis: Es soll gestreut werden. Und ein Meckertelefon wurde eingerichtet, wo den Anrufer seichte Flughafenmusik aus den 80ern und ein zart gehauchtes „Bitte haben Sie noch etwas Geduld" vom Ärger kuriert.

Das haben sie wirklich drauf, unsere Politiker: Erst pennen, bis es an allen Ecken brennt, und dann die allerödesten Selbstverständlichkeiten zur ganz großen Nummer aufblasen.

Nicht nur die Hamburger haben reichlich spät bemerkt, dass sie aufs Eis geraten sind. Guido Westerwelle musste erst scheppernd hinknallen, bis ihm klar wurde, wie schmerzlich man auf uneinlösbaren Wahlversprechen ausrutschen kann. Aber er lässt sich nicht beirren. "Kurs halten" lautet die Parole des Chefgelben. Den zittrigen Beifall seiner Kollegen in der Parteiführung deutet Westerwelle als kraftvolles Signal des Aufbruchs – „Stufe härter schalten" lautet die tapfere Devise. Hart könnte es werden für die FDP, wenn im Mai in NRW gewählt wird.

Guido Westerwelle ist beleidigt, er hatte sich das im September alles ganz anders vorgestellt: Er, der funkelnde Prinz, befreit die schmachtende Angela aus dem Augiasstall der schwarz-roten Kuddelmuddel-Kompromisse und führt sie ins strahlende Licht marktwirtschaftlicher Reinheit, wo sie viele glückliche Jahre miteinander verbringen würden. Ewig dankbar und treu wäre sie ihm.

> **Guidos schlimmste Überraschung: Merkel herzt ihre politischen Partner nicht, sie verdaut sie**

Dankbar? Wofür? Im Kuddelmuddel fühlte sich Merkel in Wahrheit nämlich überaus wohl! Die erschreckendste Überraschung aber war, dass die Kanzlerin gefährlich viel gemein hat mit einer Gottesanbeterin: Merkel herzt ihre politischen Partner nicht, sie verdaut sie.

Von der CDU ragen schon nur noch ein paar abgemagerte Extremitäten hervor aus dem Riesencorpus ihrer Chefin. Die SPD barmte während der Großen Koalition ganz offen, die Kanzlerin möge doch wenigstens etwas von ihr übriglassen. Es blieben nur 23 Prozent. Noch vier weitere Jahre Schwarz-Rot, und die Sozialdemokratie wäre wohl zur Gänze vertilgt worden.

Und nun die sowieso kümmerlich kleine FDP. „Stufe härter schalten" erscheint hier wie das verzweifelte Gestrampel eines schon halb Verschlungenen. Und das nach nur vier Monaten! Guido Westerwelle ist bereits zum unbeliebtesten Außenminister seit Klaus Kinkel geschrumpft. Klaus wer? Ja, eben! Geschichte wollte Westerwelle machen, der neue Genscher sollte er werden. Dafür kroch er sogar in Warschau unterm Teppich durch. Und nun Klaus Kinkel. Ausgerechnet Kinkel, dieser spröde Kofferträger, an den sich schon heute niemand mehr erinnert. Fragen Sie mal jemanden, wer vor Joschka Fischer Außenminister war! Die meisten werden kurz grübeln und dann Genscher sagen. Dabei war Kinkel mit sechseinhalb Jahren fast genauso lange Außenamtschef wie sein grüner Nachfolger. Mit dem auf einer Stufe zu landen ist für Guido Westerwelle das böseste Omen, das ihm verkündet werden konnte.

So schnell kann's hinabgehen von den Gipfeln des Zuspruchs hinab in den blubbernden Sumpf von Spott und Ablehnung. Das passiert selbst den angesehensten Personen und Institutionen. Und wenn die meuchelnde Meute erst Blut gewittert hat, dann lässt sie ohnehin nicht mehr locker.

Passend zum gar nicht erwärmten Wetter hat es nun schon wieder den eben noch hochverehrten Weltklimarat IPCC erwischt. Der IPCC-„Sachstandsbericht", sozusagen die broschierte Sorgenfalte des vom Untergang bedrohten Planeten, verkommt immer mehr zur Lachnummer.

Einiges hatten wir ja schon: Dass man sich beim voraussichtlichen Abschmelzen der Himalaya-Gletscher um über 300 Jahre vertan hatte, ist bereits rum. Vertan, nicht verrechnet, denn gerechnet wurde ja gar nicht. Die inkriminierten IPCC-Zahlen stammten aus irgendeinem zehn Jahre alten russischen Zeitschriften-Interview. Andere „Untersuchungsergebnisse" entpuppten sich als plumpe Abschriften aus grünen Kampfblättern. Vor allem aber hatten uns die E-Mails von einem der Hauptzuträger des IPCC aus England gefesselt: Darin wurde unumwunden dazu aufgefordert, der noblen Sache wegen ruhig einmal Kritiker zu diffamieren und Zahlen zu schönen.

Wie hier etwa: Die Niederländer haben entdeckt, dass der IPCC haarsträubende Vorstellungen von der Geographie ihres Landes verbreitet: Danach lägen 55 Prozent des Königreichs unter dem Meeresspiegel, wo 65 Prozent seiner Wirtschaftsleistung erbracht würden. Wer von modernem Deichbau noch nichts gehört hat, dafür aber um so mehr vom stündlich steigenden Meeresspiegel, der sieht das hübsche Land von Käse und Cannabis praktisch schon abgesoffen – und genau das soll er auch nach dem Wunsch des IPCC.

Tatsächlich aber, so die pikierten Niederländer, liege ihr Land nur zu 26 Prozent unter Normalnull. Und dort würden auch bloß 19 Prozent der Wirtschaftsleistung erarbeitet. Außerdem fühlen sich die Holländer hinter ihren Deichen, den besten der Welt, weitaus sicherer als mancher Mittelgebirgsbewohner, der alle paar Jahre den angeschwollenen Dorfbach zu Besuch im Wohnzimmer hat.

In Brüssel bei der EU hat man einen Namen für Daten von der Qualität des IPCC-Berichts. Man nennt so etwas dort „griechische Zahlen". Auf die armen Hellenen prasselt die versammelte Wut halb Europas nieder. Je nach Temperament nimmt sie jedoch ganz unterschiedliche Formen an. Der Kommentator der noblen „Frankfurter Allgemeinen" beispielsweise resümierte: „Ob die Griechen habituell einem Hang zur ökonomischen Disziplinlosigkeit nachgegeben haben oder ob sie rechnend auf Hilfen spekuliert haben, mag dahingestellt sein." Ist das nicht zauberhaft formuliert? Derber ausgedrückt heißt das: Ob sie wirklich nur Luschen sind oder kaltblütige Betrüger, ist jetzt eh wurst.

Aber warum ist das so egal? Schwitzend und fluchend durchstöbern Athens wutentbrannte Partner das Euro-Vertragswerk nach Möglichkeiten, Strolche zu bestrafen. Leider jedoch waren sie es selbst, die im wonnevollen Gefühl vom „gemeinsamen europäischen Währungsraum" Strafmaßnahmen völlig überflüssig fanden. Schließlich sei doch jedes neue EU- und erst recht jedes weitere Euro-Mitglied eine „Bereicherung für uns alle". Man möchte seinen Europa-Abgeordneten spontan zum Abendbrot einladen. Zu essen gibt es seine Worte.

ZITATE

Unionsfraktionschef ***Volker Kauder*** *im „Focus" vom 1. Februar zum Thema* ***Bildung als Mittel zur Integration****:*

„Ich bin ein Kind von Flüchtlingseltern. Meine Eltern kamen aus Jugoslawien. Wir hatten nichts, wir waren bettelarm. Das Einzige, was meine Eltern meinem Bruder und mir geben konnten, waren gute Erziehung und gute Bildung. Dafür bin ich ewig dankbar. So waren Aufstieg und Integration in die Gesellschaft möglich. Bei vielen Migranten, aber auch Deutschen gibt es hier ein Riesenproblem: Viele glauben, ihre einzige Perspektive sei Hartz IV, das Verweilen im Arbeitslosengeld II ihr natürlicher Lebensweg."

In der „Jungen Freiheit" vom 6. Februar kritisiert ***Afghanistan-Experte Peter Scholl-Latour*** *das Taliban-Aussteigerprogramm:*

„Aussteigerprogramme gehen an der Mentalität der Afghanen vorbei. Gern nehmen sie das Geld. Verpflichtet fühlen sie sich dadurch nicht."

Der ***afghanische Präsident Hamid Karzai*** *lobte im „Spiegel" vom 1. Februar das* ***deutsche Engagement*** *in seinem Land:*

„Es hat auch vorher Tote in der Bevölkerung gegeben. In keinem Land sind deswegen der Verteidigungsminister und der oberste Soldat zurückgetreten. In Deutschland war das so. Die Bundesregierung hat den Angehörigen der Opfer geholfen. Keine andere Regierung hat sich so um die zivilen Opfer gekümmert wie die deutsche."

Späte Erkenntnis

Die Straßenbahn wird oft geschmäht,
vor allem wenn nix weitergeht
und dicht man im Gedränge steckt –
nicht alles, leider, ist perfekt.

Wer einsteigt, der hat andrerseits
– und zwar im vorhinein bereits –
Gewissheit, was die Reise dann
ihn allerhöchstens kosten kann.

Der Weg, auf dem man sich bewegt,
der ist durch Schienen festgelegt,
wobei im schlimmsten Fall am Schluss
man einen Umweg nehmen muss.

Und fährt versehens man zu weit,
ist eine Ausstiegsmöglichkeit
gleich bei der nächsten Station –
auch das steht fest im voraus schon.

Nun reimt sich zwar Afghanistan
phonetisch gut auf Straßenbahn,
jedoch besteht, wie man's auch dreht,
sonst keine Parallelität.

Denn wer dort einsteigt, blindlings meist,
der hat, wie nachher sich erweist,
noch keine Ahnung von dem Preis
und weiß nicht mal, dass nichts er weiß.

Drum steckt im Plan von Anbeginn
der Keim blamablen Scheiterns drin,
und spät erst dämmert's dann:
O Graus,
wie steigt man da bloß wieder aus?

Ein Reim – so zeigt sich nebenher –
ist für Erfolg halt nicht Gewähr,
doch ungereimtes Zeug, das ist
wohl immer Garantie für Mist!

Pannonicus